

# NACHRICHTEN

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Mai 1975

Einzelpreis 2,50 DM

XV. Jahrgang

D 21 395 E

**D**GB-Kongresse zählten in der Geschichte der Bundesrepublik schon immer zu wichtigen Ereignissen der Arbeiterbewegung. Dies gilt sicher auch für den bevorstehenden 10. ordentlichen Bundeskongreß, der vom 25. bis 31. Mai in Hamburg zusammentritt. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der verschärften Angriffe auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften erwarten die 7,5 Millionen organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten konkrete Entscheidungen, die ihren Interessen entsprechen.

Erstmalig findet der DGB-Kongreß in einer Zeit statt, wo annähernd 2 Millionen Arbeiter und Angestellte von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind, die Preise nach wie vor steigen und große Teile der Arbeiterklasse Reallohnverluste hinnehmen müssen. Auf der anderen Seite steigen die Profite der großen Konzerne weiter in die Höhe, beispielsweise die der Deutschen Bank in einem Jahr um 80 Prozent, wie der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf der zentralen Mai-Kundgebung in Gelsenkirchen anprangerte.

## Parlament der Arbeit tagt

sein, wenn sie darauf ausgerichtet ist, die Macht der Multimillionäre zugunsten der Lohnabhängigen einzuschränken und mit den Forderungen nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmungen in Gemeineigentum sowie einer umfassenden Mitbestimmung eng verbunden wird.

Eine an den Interessen der Arbeiter ausgerichtete Politik wird der DGB nur dann verwirklichen können, wenn sie unabhängig ist von Unternehmern, Parteien und Regierungen. Das gilt auch gegenüber der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Der DGB-Kongreß sollte allen Tendenzen entgegenwirken, die darauf hinauslaufen, die Gewerkschaften zum verlängerten Arm der Bundesregierung und zu ihrem Erfüllungsgehilfen zu machen. Man sollte in Hamburg sowohl den de facto-Lohnleitlinien der Bundesregierung als auch den von der IG Metall als „unannehmbar“ bezeichneten Gesetzentwürfen zur paritätischen Mitbestimmung und zur beruflichen Bildung den Kampf ansagen und für die Durchsetzung der eigenen Forderungen die Mitgliedschaft mobilisieren.

Ebenso wird der DGB-Kongreß eine klare Aussage zu der Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten durch Berufsverbote treffen müssen. Wenn Mitglieder der DKP und linke Sozialdemokraten wegen ihrer politischen Anschauung und auch ihrer aktiven gewerkschaftlichen Tätigkeit unter Ausnahmerecht gestellt werden, dann ist das „verfassungswidrig“, so der stellvertretende DGB-Landesbezirksvorsitzende Jochen Richert auf der Frankfurter Mai-Kundgebung. Ohne eindeutige Stellungnahme des DGB verstärkt sich die Gefahr, daß künftig Berufsverbote gegen alle aktiven Gewerkschafter verhängt werden.

Diese Lage erfordert, daß der DGB deutlich macht: das nur auf den Profit ausgerichtete kapitalistische System erweist sich immer mehr als unfähig. Heute sind darum stärker denn je neben der unmittelbaren materiellen Interessenvertretung grundlegende demokratische Reformen erforderlich. Als einen der Schwerpunkte wird sich der DGB-Kongreß mit der Forderung nach Investitionslenkung und -kontrolle beschäftigen. Diese Forderung kann aber nur dann eine Alternative gegenüber der alleinigen ökonomischen und politischen Macht des Großkapitals

# 5/75

### Aus dem Inhalt:

1. Mai — Kampftag der Arbeiter und Angestellten	2
Gewerkschaften als Motor gesellschaftlichen Fortschritts, von Christian Götz, Leiter der HBV-Pressestelle	4
291 Anträge zum DGB-Kongreß Neues Grundsatzprogramm geplant	6
Spalter aller Schattierungen erlitten bei Hoesch Abfuhr	9
Tarifabschluß auf partnerschaftlichen Pfaden	11
VW: Abwälzung der Krisenlasten auf Arbeiter und Angestellte	14
<hr/>	
Reden zum 1. Mai	
Reden auf den Demonstrationen gegen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung und für Reform des Berufsbildungsgesetzes	
Pressestimmen	15—22
<hr/>	
Steuerliche Belastung nach wie vor hoch	23
Gegen Krisenfolgen Investitionskontrolle	25
Gegen verstärkte Arbeitshetze: Möglichkeiten für Betriebsräte	26
Bildungsarbeit der IG DruPa an Arbeiterinteressen ausgerichtet	28
Der Fall von Caravans Wilk: Ein kapitalistisches Lehrstück	30
30 Jahre FDGB — Bilanz einer erfolgreichen Arbeit, von Werner Heilemann, Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes	33
Wahlen in Portugal Wichtiger Schritt zur Demokratie	35



# 1. Mai 1975 - Kampftag der Arbeiter und Angestellten

**Stärker als in den vorangegangenen Jahren trat an diesem 1. Mai 1975 sein Charakter als Kampftag der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der lernenden und arbeitslosen Jugend in Erscheinung. Nach langen Jahren konnten erstmals wieder zahlreiche Orte Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel melden. Größere Manifestationen lösten mancherorts die in den vergangenen Jahren von Gewerkschaftsmitgliedern kritisierten „akademischen Feierstunden“ ab.**

Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beamte demonstrierten gemeinsam gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung — gegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Preissteigerungen, Lehrstellenverknappung und Berufsverbote, für paritätische Mitbestimmung, ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Auf zahlreichen Transparenten wurde das siegreiche Volk Vietnams beglückwünscht und die Solidarität mit Chile zum Ausdruck gebracht.

Vor 20 000 Teilnehmern setzte sich auf der zentralen DGB-Kundgebung in Gelsenkirchen DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter für eine bessere Wirtschaftspolitik ein. Am Beispiel der Deutschen Bank, die 1974 ein Rekordprofitergebnis erzielt habe, prangerte er die Großkonzerne und Großbanken an und rief die Kundgebungsteilnehmer auf, die Gewerkschaften zu stärken. „Nur wenn wir uns in starken Gewerkschaften zusammenschließen, können wir unsere Rechte behaupten.“

Wie die vieler anderer DGB-Sprecher war aber auch die Rede Veters nicht frei von Widersprüchen. Auf der einen Seite gegen die Unternehmer und ihre Parteien richtige Aussagen, andererseits anstelle einer kritischen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung in den Fragen, in denen sie den Interessen der Gewerkschaften zuwiderhandelt, von Vetter nur Lob. Ebenso wie beispielsweise Loderer in Hamburg, verteidigte auch Vetter die diesjährigen minimalen Tarifabschlüsse mit ihren teilweisen Reallohnsenkungen als „unseren Beitrag zum konjunkturellen Aufstieg“.

Auf der gleichen Kundgebung sprach Bundeskanzler Helmut Schmidt. Er hielt eine reine Wahlrede und dankte den Gewerkschaften für die „maßvollen Tarifabschlüsse“, die er mit seinen Maßhalteteappellen und seinem Druck auf die Gewerkschaften herbeigeführt hat. In ähnlichem Sinne äußerten sich andere sozialdemokratische Vertreter der Bundesregierung und der Länderregierungen auf den Maikundgebungen, so Bundesfinanzminister Apel in Hamburg.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, warum gerade an diesem 1. Mai eine ganze Legion die Möglichkeit erhielt, die Regierungspolitik zu verteidigen. Wurde dadurch der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Regierungen, wie sie das DGB-Grundsatzprogramm fordert, nicht ein schlechter Dienst erwiesen?

Nach langen Jahren fand in Hamburg erstmals wieder eine Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel statt. Vor 35 000 Teilnehmern bezeichnete Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, als Ziel Nr. 1 die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. In Übereinstimmung mit dem DGB-Grundsatzprogramm erhielten Maßnahmen der „Investitionslenkung verstärkte Bedeutung“. Auf dem Münchner Königsplatz fanden sich 50 000 Teilnehmer zu ihrer traditionellen Maikundgebung ein.

Nach Angaben des DGB fanden allein in Hessen am 1. Mai 100 Demonstrationen und Kundgebungen statt. Die größte erlebte Frankfurt mit rund 20 000 Teilnehmern. In seiner oft von Beifall unterbrochenen Rede verlangte der stellvertretende hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Jochen Richert „die Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ und die „Bekämpfung der Ausbeutung in all ihren Formen“. Er wandte sich gegen Berufsverbote und das Verwaltungsgerichtsurteil im Fall Anne Lenhart. Nachdrücklich lehnte Richert den Ministerpräsidenten-Erlaß vom Januar 1972 und den Sondergesetzentwurf der Bundesregierung ab, weil sie letztlich „besonders aktive Gewerkschafter, Arbeiter, Angestellte und Beamte, die sich für die Verbesserung der Situation ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen, treffen“. (Auszüge aus DGB-Maireden im Einhefter.)

In den Tagen um den 1. Mai fanden in zahlreichen Städten Veranstaltungen der SPD und der DKP statt. Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, sprach vor über 2500 Menschen in der Düsseldorfer Philipshalle. Er verlangte die Erhöhung der Massenkaufkraft durch Lohn- und Preisstopps sowie durch Verwirklichung der Mitbestimmung sicherere Arbeitsplätze. G. M.

## Verstoß gegen Grundgesetz

Der hessische Kultusminister Krollmann (SPD) hat sich in der Front der CDU/CSU eingereiht. Auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Ende April kündigte er an, daß Mitglieder der DKP nicht in den Schuldienst übernommen werden können. Dieses Nachgeben gegenüber dem Druck von rechts hat zu scharfen Reaktionen geführt. Der Leiter der Abteilung Beamte — Öffentlicher Dienst beim DGB-Landesbezirk Hessen, Heinz Haimler, erklärte in einer Pressemitteilung, daß eine solche Regelung einen Verstoß gegen das Grundgesetz und die Hessische Verfassung bedeute.

Wie der DGB-Funktionär weiter betonte, stellt der Artikel 21 des Grundgesetzes eine besondere Schutzvorschrift für die Parteien dar. Hierzu gehöre nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht nur die Arbeit der Parteien selbst, sondern bis zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit auch die parteibezogene Tätigkeit einzelner Mitglieder. Insoweit könne ein „Verbot nur dann Platz greifen, wenn eine Partei als verfassungswidrig verboten wurde“. An diesem Rechtszustand ändere auch das vor einigen Tagen veröffentlichte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Anne Lenhart — die Red.) nichts, da das Grundgesetz „sogenannte verfassungsfeindliche Parteien“ nicht kenne.

In Artikel 33 Abs. II und III habe das Grundgesetz die Begrenzung der Zulassung zu öffentlichen Ämtern eindeutig geregelt. Diese Grundsätze könnten auch nicht durch andere Vorschriften eingeengt werden. Wie Heinz Haimler betonte, genießen die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte eindeutig Vorrang. Diese Rechte würden „jedoch durch die geplanten Maßnahmen des Kultusministers gravierend verletzt“. In diesem Zusammenhang verwies der DGB-Funktionär auf einen Beschluß der im Februar stattgefundenen hessischen DGB-Landesbezirkskonferenz, in dem der gleiche Rechtsstandpunkt vertreten worden sei.

Neben den südhessischen Jungsozialisten, und den in der GEW organisierten Lehrern zweier Frankfurter Schulen, hat auch der stellvertretende DGB-Landesbezirksvorsitzende und Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses der SPD, Jochen Richert, Protest erhoben. Namens des Ausschusses kündigte er an, daß „in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen“ sei. Es widerspräche dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Opposition und parteipolitische Betätigung, wenn Mitgliedern einer nicht verbotenen Partei Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst verweigert würden. gim

## Keine Holzpuppen

Die Bundesregierung hat nun den Entwurf eines Berufsbildungsgesetzes verabschiedet. Er ist nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern auch bei den Gewerkschaften auf harte Kritik gestoßen. Im Namen des DGB und der ihm angeschlossenen Gewerkschaften lehnte ihn Hans Preiss vom Vorstand der IG Metall am 19. April auf der Frankfurter Kundgebung gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung vor über 10 000 Teilnehmern „als völlig unzulänglich“ ab.

Eine entscheidende Veränderung sieht der Kabinettsentwurf jedoch nicht vor. Mit Recht stellten darum die Gewerkschaftssprecher fest, daß die Änderungen im Detail, wie sie der von der Bundesregierung verabschiedete Entwurf beinhalte, Flickwerk bleiben werden. Insbesondere wird von den Gewerkschaften kritisiert, daß die Berufsbildung — wie schon gehabt — Sache der Unternehmerkammern und damit profitorientiert bleiben soll. Nicht einmal in Ansätzen wurden die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften berücksichtigt.

Was die vom DGB geforderte Schaffung eines zentralen Fonds, der alle Betriebe zur Finanzierung der Berufsbildung zur Kasse bittet, betrifft, so beugte sich die Bundesregierung dem Unternehmerdruck. Nur ein Teil der Betriebe soll Mittel in diesen Fonds einzahlen.

Es ist darum zu begrüßen, daß die Betroffenen in machtvollen DGB-Kundgebungen in Hamburg, Stuttgart, Frankfurt und Dortmund diesem Gesetzentwurf den Kampf angesagt haben. Denn, so erklärte Hans Preiss auf der Kundgebung in Frankfurt, wir wollen nicht „die Holzpuppen stellen“, wo „die Unternehmer die Fäden ziehen“. (Auszüge aus den Reden der Kundgebungen im Einhefter.) gim

## Wahlen in NRW und an der Saar

Die nach Redaktionsschluß stattgefundenen Landtagswahlen am 4. Mai haben in Nordrhein-Westfalen die SPD/FDP-Regierungskoalition bestätigt und im Saargebiet zu einer Pattsituation — CDU und SPD/FDP verfügen über jeweils 25 Abgeordnete — geführt. Damit hat die CDU ihre bisherige Mehrheit im Bundesrat verloren. Am gleichen Tage wählte die Bevölkerung in NRW ihre Kommunalparlamente.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die weitgehend vom Großkapital beherrschte CDU gegenüber den Landtagswahlen vor vier Jahren leichte und im Vergleich zu den letzten Bundestagswahlen 1972 beachtliche Stimmengewinne verbuchen konnte. Dies widerspiegelt die Unzufriedenheit auch vieler Arbeiter und Angestellten gegenüber der unternehmerfreundlichen Politik der Bundesregierung. Auch die soziale Demagogie der CDU hat zu den Stimmenverlusten der SPD beigetragen.

Während die DKP angesichts des „Kopf-an-Kopf-Rennens“ und der undemokratischen 5-Prozent-Klausel im allgemeinen Stimmenverluste zugunsten der SPD erlitt, gelang ihr in der Großstadt Bottrop ein beachtlicher Erfolg. Sie erreichte 7 Prozent der Stimmen und konnte die Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von bisher zwei auf vier Abgeordnete erweitern. ick

## GLOSSE

### Verlässlichkeit

*In Stockholm sprengten Terroristen die Bonner Botschaft in die Luft und ermordeten zwei Diplomaten. In Basel setzten sie Bonns Generalkonsulat in Brand. Wem es bis dahin entgangen war, merke es jetzt: Aha, es stehen Wahlen ins Haus!*

*Mit der Verlässlichkeit einer Quarzuhr und der Willfährigkeit eines Henkers besorgen ganz gewöhnliche Terrorbanden das Geschäft der bundesdeutschen Reaktion. Sie lesen ihr die Wünsche gewissermaßen von den großmäuligen Lippen ab.*

*Als am 2. März in Westberlin und am 9. März in Rheinland-Pfalz Wahlen angesetzt waren, und die CDU den „großen Durchbruch“ erzielen wollte, halfen Anarchisten, mittels Entführung von Peter Lorenz die Sympathietrommel für die Rechten zu rühren. Bei den Landtagswahlen am 13. April in Schleswig-Holstein war die Lorenz-Rührseligkeit schon verbraucht, und die CDU erlitt Verluste.*

*Offenbar sagte man sich im Lager derjenigen, die den Terroristen die Einsatzbefehle geben, daß nunmehr ein „schweres Geschütz“ notwendig sei, um bei den Wahlen am 4. Mai in Nordrhein-Westfalen und im Saarland der CDU die Wähler zuzutreiben. Jawohl, der CDU, und zwar ihren reaktionärsten Vertretern. Denn niemandem sonst nützt der große Knall von Stockholm.*

*Immerhin stehen CDU-Leute in dringendem Verdacht, beim Sturz Allendes in Chile mitgewirkt zu haben.*

okolus

## Befreiung

Am 8. Mai vor 30 Jahren atmete die Menschheit auf: Das faschistische deutsche Ungeheuer war zur Strecke gebracht. Die Kriegs- und Unterdrückungsmaschinerie Hitlers und des deutschen Monopolkapitals war zerschlagen, viele Millionen Menschen wurden aus der Barbarei und Unterdrückung befreit. Die Anti-Hitler-Koalition hatte gesiegt; einen besonders großen Anteil — den entscheidenden — an der Niederdrückung des Faschismus leistete die Sowjetunion.

30 Jahre später — heute — beklagen die gleichen gesellschaftlichen Kräfte, die damals den Faschismus finanziert haben und denen 1945 aufs Haupt geschlagen wurde, den Tag der Befreiung als „Katastrophe“. Das hat seine Logik. Und besonders die Gewerkschafter sollten Politiker, die den 8. Mai 1945 so bewerten, gut im Auge behalten — etwa im Sinne des abgewandelten Sprichworts: Sage mir, wie du zur Zerschlagung des faschistischen Deutschlands stehst, und ich sage dir, wer du bist!

Es ist bedauerlich, daß vor allem auch die Bundesregierung nicht bemüht war, eines so entscheidenden Datums deutscher Geschichte in der angemessenen Weise zu gedenken. Vielmehr ist eine gewisse Peinlichkeit nicht zu übersehen, mit der sie sich unter dem Druck von Nationalisten und Revanchisten aller Schattierungen in dieser Frage windet. Es blieb den Veranstaltern einer großen Demonstration und Kundgebung in Frankfurt vorbehalten, den 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zum Anlaß zu nehmen, den Willen der schaffenden Bevölkerung nach Demokratie, Frieden und Abrüstung sowie gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt zum Ausdruck zu bringen. Zu dieser Kundgebung hatten zahlreiche bekannte Gewerkschafter mitaufgerufen. Unter anderem sprach dort der hessische DGB-Landesjugendsekretär Dieter Hooge.

In einem ppa-Interview erklärte der Bezirksleiter der IG Metall in Bayern, Erwin Essl, man müsse jetzt die Lehre beherzigen, daß es gelte mitzuhelfen, „Frieden und Entspannung auf eine breite Basis zu stellen“. Fritz Gent, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in NRW, erinnerte daran, daß wir 30 Jahre nach Zerschlagung des Faschismus wieder Verhältnisse haben, in denen abermals eine kleine Schicht die Produktionsmittel besitzt.

Diese Tatsache bildet auch die Basis dafür, daß heute wieder die Rechtskräfte verstärkt das Haupt erheben. Der 8. Mai sollte Anlaß geben, verstärkt die Solidarität der Demokraten, aller Gewerkschafter, gegen Reaktion und Restauration zu mobilisieren. G. S.

# Gewerkschaften als Motor gesellschaftlichen Fortschritts

Von Christian Götz, Leiter der HBV-Pressestelle

Der 10. ordentliche DGB-Bundeskongreß muß unter veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen neu „Position“ beziehen. Wenn man Arbeitnehmerinteressen zum Maßstab nimmt, findet er unter schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen statt. Auf jeden Fall hat sich die gesamte „gesellschaftliche Szenerie“ seit dem letzten DGB-Bundeskongreß (Juni 1972 in Berlin) erheblich verändert. Als „Indikatoren der Veränderung“ seien die Bundestagswahlen 1972, der Kanzlerwechsel vom Mai 1974, das Erstarken konservativer und reaktionärer Kräfte, die „Bremsspur“ in der Reformpolitik und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Probleme genannt. Heute geht es für viele Arbeitnehmer nicht darum, für soziale Fortschritte zu kämpfen; sie müssen vielmehr ihren Besitzstand verteidigen.

## Enttäuschte Erwartungen – Konservative Kräfte erstarken

Auch für die Gewerkschaften gilt: Eine Überprüfung und gegebenenfalls Neudefinition der Politik setzt eine realistische und nüchterne Analyse der „politischen Wirklichkeit“ voraus. Deshalb sind noch einige Anmerkungen zu den einleitend aufgeführten „Indikatoren der Veränderung“ notwendig. Gerade rückblickend wird deutlich, welche große Hoffnungen die breite Arbeitnehmerschaft mit den Bundestagswahlen 1972 verband. Die SPD errang damals vor allen Dingen auf der Basis von drei Voraussetzungen den größten Wahlsieg ihrer Geschichte:

1. Sie grenzte sich klar von konservativen und rechten Strömungen – auch solchen aus dem Unternehmerlager – ab.
2. Sie trat ohne „Wenn und Aber“ für eine Politik der Entspannung und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Nachbarländern ein.
3. Sie offerierte ein überzeugendes Programm innerer Reformen.

Daß die SPD inzwischen so viele Wahl-niederlagen einstecken mußte, ist wohl nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß sie – vorsichtig ausgedrückt – in allen drei Punkten ihre offensive Haltung aufgegeben hat. Das gilt insbesondere für den dritten Punkt. In diesem Zusammenhang stellte der Kanzlerwechsel eben erheblich mehr als eine personelle Veränderung an der Spitze des Bundeskabinetts dar. Helmut Schmidt versteht sich gerade auch Arbeitnehmern gegenüber durchaus als

„Maßhalte-Kanzler“ und prägt entsprechend die Regierungspolitik. Dabei trifft er logischerweise nicht gerade auf Widerstand bei seinem Koalitionspartner.

Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren einen deutlichen „Rechtsruck“ erlebt. Wer das bestreitet, ist blind gegenüber Realitäten. Als Gegenargument etwa auf die reduzierte Position der NPD zu verweisen, zeugt höchstens von politischer Naivität. Spätestens seit der berüchtigten Sonthofener Rede von Franz Josef Strauß ist es nun wirklich keine Polemik mehr, anzumerken: Unabhängig vom „politischen Schicksal“ der NPD bleiben ihre wesentlichen Forderungen in der Diskussion. Sie werden von der „legalen Rechten“ sogar effektiver mitvertreten.

Als weitere Indizien für die Zunahme konservativer bis reaktionärer Strömungen und das Erstarken der „legalen Rechten“ kann man unter anderem die Verkündung des „gesellschaftspolitischen Positionspapiers“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die aggressiven, frontal gegen Arbeitnehmerinteressen gerichteten Reden von BDA-Präsident Hanns Martin Schleyer, die unter der Parole „drohender Gewerkschaftsstaat“ laufende Verteufelungskampagne gegen die Arbeitnehmerorganisationen und den konsequenten Reformboykott der Unternehmer (Beispiele: Mitbestimmung und berufliche Bildung) werten.

Hinzu kommt, daß es unbestreitbar wirtschaftliche Probleme gibt, von denen – wie nicht anders zu erwarten – vor allen Dingen die Arbeitnehmer und ihre Familien getroffen werden. Inflationäre Tendenzen, Arbeitslosigkeit, Preisauftrieb, Konjunkturschwankungen, Betriebsschließungen, Rationalisierungsmaßnahmen usw. haben zu einer Ver-

unsicherung breiter Arbeitnehmerschichten geführt, die letztlich objektiv wiederum dem gesellschaftspolitischen Gegner dient.

## Verhältnis zu Parteien und Unternehmern überprüfen

Die kurz kommentierten „Indikatoren der Veränderung“ machen es immer schwieriger, fortschrittliche Politik im Interesse der Arbeitnehmer zu konzipieren und durchzusetzen. Für den Hamburger DGB-Bundeskongreß ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabenstellung:

1. Die Gewerkschaften müssen unter den konkreten Bedingungen die „große Richtung“ ihrer Politik und Aufgabenstellung überprüfen und gegebenenfalls neu definieren.
2. Die Gewerkschaften müssen klare Aussagen zu umstrittenen gesellschaftspolitischen Fragen machen.

Zur Überprüfung der „großen Richtung“ sollte die kritische Aufarbeitung des Verhältnisses zu den Bundestagsparteien gehören. Wichtiger Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß sich diese Parteien, wenn auch mit deutlich unterschiedlichem Gewicht, ganz bewußt nicht als Arbeitnehmer-, sondern als Volksparteien verstehen. Das hat durchaus praktische Bedeutung, wie gerade Erfahrungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zeigen. Konsequenz: Den Gewerkschaften bleibt letztlich gar nichts anderes übrig, als sich immer stärker auch als autonome politische Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu verstehen.

Nicht weniger wichtig ist die Überprüfung des grundsätzlichen Verhältnisses zu den Unternehmern und ihren Verbänden. Hier ergibt sich die – nicht durch die Gewerkschaften aufgeworfene – Frage, ob angesichts der Diffamierungskampagne der Unternehmer die vielzitierte „Sozialpartnerschaft“ überhaupt noch aufrechterhalten und praktiziert werden kann. Unbestreitbar ist wohl, daß die Unternehmer wesentliche Voraussetzungen demontiert haben und weiter demontieren, wenn sie immer wieder versuchen, die Gewerkschaften und ihre Ziele an den Rand oder gar außerhalb von Verfassung und Demokratie zu drängen.

Ob die Gewerkschaften weiterhin in der „konzertierten Aktion“ mitarbeiten sollen, stellt in diesem Zusammenhang eine wichtige praktische Frage dar. Über die vorliegenden Anträge auf Austritt aus diesem Gremium sollte erst

nach sehr gründlicher Diskussion entschieden werden.

Zum Themenkomplex „große Richtung“ gehören letztlich Standort- und Abgrenzungsfragen. Der DGB und seine Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren vor allen Dingen mit der Abgrenzung nach links beschäftigt. Die Notwendigkeit, sich von extremen, gewaltsamen Lösungen anstrengenden Gruppierungen, die zudem die Orientierungsmarke „links“ mißbrauchen, abzugrenzen und zu trennen, wird hier nicht bestritten. Aufgepaßt werden muß dabei, daß nicht gleichzeitig auch die Möglichkeiten eingeschränkt werden, innerhalb der Gewerkschaften „legitime“, kritische und linke Positionen zu vertreten.

Außerdem darf die Abgrenzung nach rechts nicht vergessen werden. Um es „plastisch“ zu formulieren: Für CSU-Mitglieder, die sich mit der Rede von Franz Josef Strauß identifizieren, dürfte in den Gewerkschaften eigentlich genauso wenig Platz sein wie für „linke Chaoten“, wobei Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden dürfen: Nicht derjenige (wie der Verfasser dieses Kommentars), der entsprechende Überlegungen anstellt, sondern Franz Josef Strauß, der Sonthofener Reden hält, gefährdet damit auch den Grundsatz der Einheitsgewerkschaft.

## Entscheidungskompetenz der Unternehmer einschränken

Bei der Behandlung konkreter Fragen werden auf dem Hamburger Kongreß mit Sicherheit die Themen Arbeitslosigkeit und Preisentwicklung sehr weit im Vordergrund stehen. In einem in der Ausgabe 4/1975 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ veröffentlichten Artikel betonte Heinz Oskar Vetter, die Arbeitnehmer ließen sich nicht wegnehmen, was sie in Jahrzehnten solidarisch durch ihre Gewerkschaften erkämpft hätten. Wörtlich: „Diese Grundrechte auf Arbeit, Einkommen, auf eine menschenwürdige Umwelt (auch in den Betrieben), auf Gesundheit oder auf Bildung und Ausbildung müssen dem konjunkturellen Auf und Ab entzogen werden.“

Mit diesen Anmerkungen unterstreicht der DGB-Vorsitzende die Notwendigkeit, daß Lebensfragen der Arbeitnehmer nicht allein der an Profitinteressen orientierten Entscheidungskompetenz der Unternehmer überlassen sein dürfen. In diesen Zusammenhang gehören die Forderungen nach tatsächlich gleichberechtigter Mitbestimmung sowie nach Investitionslenkung bzw. -kontrolle. Der 10. ordentliche DGB-Bundes-

kongreß wird zu diesen Fragen ein „deutliches Wort“ sagen müssen.

Weitere wichtige Themen, in denen der Hamburger Kongreß deutlich „Flagge zeigen“ sollte, sind u. a.:

1. die Ablehnung der Unternehmerforderung nach „Stillstand im Verteilungskampf“;
2. die Forderung nach qualifizierter beruflicher Bildung;
3. die Verteidigung der Tarifautonomie;
4. die Verbesserung der Start- und Gleichheitschancen für Arbeitnehmerinnen;
5. die Notwendigkeit, die Entspannungspolitik mit den sozialistischen Ländern fortzusetzen.

Insgesamt muß deutlich werden, daß die Gewerkschaften keineswegs bereit sind, auf umfassende Reformen im Interesse der Arbeitnehmer zu verzichten.

## Grundsatz- und Aktionsprogramm überarbeiten DGB-Reform beleben

Aus den bisher aufgezeigten politischen Prämissen ergeben sich logisch einige Konsequenzen für den eigenen Bereich. Dazu gehört die Notwendigkeit, das DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm zu überarbeiten. Dabei sollten die „programmatischen Papiere“ der Deutschen Postgewerkschaft und der IG Druck und Papier voll in die Diskussion miteinbezogen werden. Außerdem muß der Hamburger Kongreß die seit dem 3. außerordentlichen DGB-Bundeskongreß (Mai 1971) schlafende Diskussion über die Reform des DGB wieder beleben.

In seinem Vorwort zu dem Buch „Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ hat Heinz Oskar Vetter Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften unter anderem so beschrieben: „Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern zur Verbesserung ihrer materiellen und gesellschaftlichen Lebenslage. Sie verstehen sich als politische Kraft und Motor des gesellschaftlichen Fortschritts.“

In der Anfang April erschienenen Ausgabe ihres Verbandsorgans haben sich die Arbeitgeber noch einmal mächtig spezifisch über diese Standortbestimmung aufgeregt und damit – im Umkehrschluß – ihre Richtigkeit bestätigt. Der 10. ordentliche DGB-Bundeskongreß muß diesem hohen Anspruch gerecht werden.

## PERSONALIEN

**Norbert Fischer**, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in München und langjähriges Vorstandsmitglied dieser Gewerkschaft, gilt als aussichtsreichster Nachfolger des im März 1975 verstorbenen Vorstandsmitglieds und Hauptkassierers der IG Metall, Karl-Heinz Troche.

**Albrecht Hasinger**, gelernter Jurist und früherer Beamter im bayerischen Finanzministerium, wählte der Bundesvorstand der CDU-Sozialausschüsse zum Hauptgeschäftsführer dieser Organisation. Er tritt die Nachfolge des CDU-MdB Norbert Blum an. Im Gegensatz zu Blum, der sich für die Einheitsgewerkschaften einsetzt, ist Hasinger in den DGB-Gewerkschaften kaum bekannt. Offenbar soll er die „linken“ Sozialausschüsse stärker an die CDU-Parteispitze anbinden und von den Einheitsgewerkschaften wegorientieren.

**Willi Malkomes**, Mitherausgeber der Monatszeitschrift NACHRICHTEN, wurde am 9. Mai 50 Jahre. Er ist Mitglied der Großen Tarifkommission der IG Chemie-Papier-Keramik in Hessen und wurde bei der jetzt stattgefundenen Betriebsratswahl von der Belegschaft des Konzernbetriebes Degussa, Werk II in Frankfurt, erneut in den Betriebsrat gewählt.

**Georg Neemann**, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes und verantwortlich für Wirtschaftspolitik, wird sich auf dem 10. DGB-Kongreß in Hamburg nicht mehr zur Wiederwahl stellen. Als Grund für seinen Verzicht wird von dem heute 58jährigen Neemann, der bereits seit 1950 in verschiedenen Funktionen hauptamtlich in den Gewerkschaften tätig war, eine seit längerer Zeit anhaltende schwere Krankheit angegeben.

**Adolf Schmidt**, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) feierte am 18. April seinen 50. Geburtstag. Seine gewerkschaftliche Laufbahn begann der gelernte Maschinenschlosser 1948 als Betriebsrat im Braunkohlebergbau. Nach dem Besuch der Akademie der Arbeit war Schmidt DGB-Jugendsekretär in Bayern und Baden-Württemberg und seit 1965 Bezirksleiter der IGBE in Hessen. 1969 wurde er von den Delegierten des IGBE-Gewerkschaftstages in Dortmund als Nachfolger des heutigen Bundesministers Arendt zum Vorsitzenden der IGBE gewählt.

**Günter Simon** nahm am 1. April 1975 die Tätigkeit als Bonner Korrespondent für die gewerkschaftliche Tageszeitung Tribüne, Zentralorgan des FDGB, auf. Bisher war der gelernte Diplomjournalist stellvertretender Chefredakteur dieser DDR-Zeitung.

## 291 Anträge zum DGB-Kongreß Neues Grundsatzprogramm geplant

Den 478 Delegierten des 10. ordentlichen DGB-Kongresses vom 25. bis 31. Mai in Hamburg liegen insgesamt 291 Anträge zur Entscheidung vor. Dazu hat bereits die Antragskommission Empfehlungen gegeben. Schwerpunkte der Anträge bilden neben dem Vorschlag, ein neues DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm auszuarbeiten, Probleme der Investitionskontrolle, der Berufsbildung, der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der internationalen Zusammenarbeit gegenüber den multinationalen Konzernen. Wesentliche Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere nach paritätischer Mitbestimmung, widerspiegeln sich völlig unzureichend in den vorliegenden Anträgen.

Bei den 20 Anträgen zur „Allgemeinen Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik“ ist der von der Gewerkschaft HBV eingebrachte Antrag Nr. 144 besonders hervorzuheben. Dieser zur Annahme empfohlene Antrag sieht eine Überarbeitung des geltenden Grundsatz- und Aktionsprogramms vor. Dazu wird der Bundesvorstand aufgefordert, bis zum folgenden DGB-Kongreß Entwürfe vorzulegen. Alle ähnlich lautenden Anträge und Vorschläge für die inhaltliche Bestimmung dieser Programme werden als Material zum Antrag 144 zur Annahme empfohlen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit dürfte beispielsweise der Vorschlag der IG Druck und Papier, die Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden zu verkürzen, von besonderem Interesse sein.

Auch das Gesellschafts- und Berufspolitische Programm der Deutschen Postgewerkschaft, das in Hamburg allen Delegierten vorgelegt werden soll, vermittelt zweifelsfrei Anregungen für die künftige Programmdiskussion. Konkrete inhaltliche Forderungen für die „Reform der Gesellschaft“ enthält der vom DGB-Bundesjugendausschuß (BJA) eingebrachte Antrag 110. Demnach müßte in einem künftigen Programm u. a. enthalten sein:

- Überführung der Schlüsselindustrien und der marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.
- Staatliche Kontrolle der multinationalen Konzerne.
- Öffentliche Preis- und Gewinnkontrolle.
- Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik.
- Begrenzung und Senkung der Rüstungsausgaben zugunsten der sozialen und bildungspolitischen Reformen.

Entsprechend der Ankündigung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter und des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen

Loderer, daß sich der bevorstehende Kongreß mit Problemen der Investitionslenkung und -kontrolle beschäftigen werde, liegen im Rahmen der 51 Anträge zur Wirtschaftspolitik sieben vor, die diese Thematik zum Inhalt haben (siehe dazu gesonderten Beitrag von Heinz Schäfer auf S. 25). Der zur Annahme vorliegende Antrag 263 von der IG Metall enthält zwar einige Ansatzpunkte für eine demokratische Investitionskontrolle, verbindet aber nicht diese Aufgabe mit der Forderung nach Mitbestimmung und Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Letzteres verlangt ein Antrag des DGB-Landesbezirks Hessen.

### Rückzug bei der Mitbestimmung

Besonders enttäuschend ist, daß zur Frage der paritätischen Mitbestimmung in Großunternehmen lediglich ein Antrag vorliegt, Nr. 216 vom DGB-Landesbezirk Westberlin, der vom bisherigen gewerkschaftlichen Standpunkt abweicht und de facto auf Regierungskurs umschwenkt. Dieser Antrag „begrüßt“ die Absicht der Bundesregierung, die Mitbestimmung über den Montanbereich hinaus zu erweitern, und stellt lediglich fest, daß die bisher diskutierten Entwürfe eine echte paritätische Mitbestimmung nicht erreichen.

Noch im September vergangenen Jahres hatte der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall diesen Regierungsentwurf nach einer Grundsatzdiskussion mit überwiegender Mehrheit als „unannehmbar“ abgelehnt. Obwohl beim IGM-Gewerkschaftstag 34 Anträge aus der Mitgliedschaft zum Komplex Mitbestimmung vorlagen und ein konkreter Beschluß gefaßt worden war, hat jetzt der Vorstand der IGM dem Mitgliederwillen nicht entsprochen und zu dieser Kernfrage der Gewerkschaftspolitik keinen Antrag vorgelegt. Das gilt

auch für die anderen sechs im vergangenen Jahr stattgefundenen Gewerkschaftstage sowie die meisten DGB-Landesbezirkskonferenzen. Anfang 1975, die mit Ausnahme der Gewerkschaft Textil, Bekleidung und dem DGB-Landesbezirk Westberlin den Regierungsentwurf abgelehnt, die gewerkschaftlichen Forderungen bekräftigt und wie z. B. die IG Druck und Papier Maßnahmen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderung festgelegt haben.

Offenbar hat in der Mitbestimmungs- und anderen aktuellen Grundfragen die SPD-Spitze und die Bundesregierung auf die Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften Druck ausgeübt, daß diese ihre Kritik an der unternehmerfreundlichen Politik der Bundesregierung weitgehend einstellen und bestenfalls einige unverbindliche Feststellungen treffen. Würde sich der DGB diesem Druck beugen, würde damit die im Grundsatzprogramm und in der Satzung enthaltene Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft von Unternehmen, Regierungen und Parteien gefährdet und der notwendigen Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten unzureichend entsprechen. Hinzu kommt, daß ein Abweichen vom Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit letzten Endes nur das Großkapital und die CDU/CSU, Schleyer, Strauß und Dregger ermuntern würde, die Gewerkschaften noch mehr zu verfeuern und verstärkt zu versuchen, ihren reaktionär konservativen Standpunkt durchzusetzen. Jeder Schritt der Gewerkschaften in Richtung eines Ordnungsfaktors muß sich zwangsläufig negativ für die Arbeiter und Angestellten auswirken.

Auch bei der Forderung nach Austritt aus der konzertierten Aktion ist bei der Empfehlung der Antragskommission nicht dem Mitgliederwillen gefolgt worden. Mit dem Entschließungsantrag 191 des DGB-Bundesvorstandes zur Wirtschaftspolitik, im dem u. a. festgestellt wird, daß die konzertierte Aktion lediglich als ein unverbindlicher Gesprächskreis anzusehen wäre, sollen die drei vorliegenden Anträge, die den Austritt aus der konzertierten Aktion fordern, „erledigt“ sein. (Siehe auch NACHRICHTEN 4/75, S. 12.) Wie in der Mitbestimmungsfrage werden auch bei der konzertierten Aktion die Delegierten zu entscheiden haben.

### Aktiv gegen „Multis“

Zum Bereich „Internationale Politik“ und „Europapolitik“ liegen dem Kongreß 18 Anträge vor. Den umfangreichsten Komplex bilden davon die Anträge zum gewerkschaftlichen Auftreten gegenüber den multinationalen Konzer-

nen. Die Bundesregierung wird in dem zur Annahme empfohlenen Antrag 266 der IG Metall aufgefordert, „Wettbewerbs-, Steuer-, Währungs- und sonstige Manipulationen der internationalen Konzerne zu verhindern“. Ihnen seien durch die Errichtung öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen „potente Wettbewerber entgegenzustellen“. Die gewerkschaftliche Gegenmachtposition müsse durch Erweiterung und Verbesserung der Mitbestimmungsrechte gestärkt werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden in dem Antrag verpflichtet, „eine systematische gewerkschaftliche Beobachtung der Konzerne auf nationaler und internationaler Ebene zu gewährleisten“. Dies ist die Grundlage einer erfolgversprechenden Abstimmung von gewerkschaftlichen Maßnahmen im Geiste internationaler Solidarität. Den Multis müsse aber auch national begegnet werden.

Der Antrag 266 hat einen entscheidenden Mangel, der zugleich die diesbezügliche Grundorientierung des DGB aufdeckt: Er orientiert überhaupt nicht auf Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften, unabhängig von ihrer internationalen organisatorischen Zugehörigkeit und Weltanschauung. Nur mit einer solchen Orientierung kann indessen ein Höchstmaß an Effektivität bei der gewerkschaftlichen Durchsetzung und Verteidigung von Arbeiterinteressen im Bereich der „Multinationals“ erreicht werden.

Dem Antrag der IG Metall sind fünf weitere zu dieser Thematik als „Material“ zugeordnet, darunter auch je ein Antrag der Gewerkschaft HBV und des BJA, in denen diese notwendige internationale Zusammenarbeit verlangen. „Die internationale Verflechtung der multinationalen Konzerne macht es erforderlich“, heißt es im BJA-Antrag, „unabhängig von der weltanschaulichen Ausrichtung der Gewerkschaften, zu einer Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gewerkschaften und ihren Bündnispartnern zu gelangen.“

Die Deutsche Postgewerkschaft fordert im Antrag 16 den DGB-Bundesvorstand auf, „Rahmenbedingungen zu entwickeln, nach denen sich Kontakte mit ausländischen Gewerkschaften, die nicht dem IBFG angehören, vollziehen sollten“. Dieser Antrag ist als Material dem Antrag 206 des Bundesvorstandes zugeordnet, in dem dieser seine Konzeption zu den internationalen Beziehungen des DGB entwickelt.

Danach begrüßt der DGB die Entwicklung zu einer größeren Gewerkschaftseinheit im internationalen Bereich und orientiert auf Zusammenarbeit mit dem IBFG und Gewerkschaften, die nicht dem Weltgewerkschaftsbund angehören. Ausdrücklich werden die Bemühungen begrüßt, den US-amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO, der unter einer scharf antikommuni-

stisch ausgerichteten Führung steht, in den IBFG „zurückzuführen“. Kein Wort wird in diesem Antrag zu der in jüngster Zeit erfolgreich praktizierten Zusammenarbeit aller europäischen Gewerkschaftsbünde und zu deren Zielsetzung, weitere gemeinsame Konferenzen durchzuführen bzw. den Meinungsaustausch zu pflegen, gesagt. Der DGB-Kongreß soll den Bundesvorstand jedoch beauftragen, „daß er die bilateralen Gewerkschaftskontakte weiter ausbaut und intensiviert“.

Der einzige Antrag (236), der die Beziehungen zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder direkt anspricht und einen verstärkten Jugendaustausch fordert, soll nach der Empfehlung der Antragskommission als „erledigt“ angesehen werden. Den zum Themenbereich „internationale Beziehungen“ vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten

## Nur noch alle vier Jahre DGB-Kongresse?

Dem 10. ordentlichen Bundeskongreß liegt ein Antrag (Nr. 133) der Gewerkschaft Textil/Bekleidung vor, § 7 Ziff. 2 der DGB-Satzung wie folgt zu ändern:

„Jedes vierte Jahr findet ein ordentlicher Bundeskongreß statt. Innerhalb von drei Monaten vor einem ordentlichen Bundeskongreß sollen keine ordentlichen Gewerkschaftstage und dürfen keine Personengruppenkonferenzen und Landesbezirkskonferenzen des Bundes stattfinden.“

Die Begründung, daß die Verlängerung der Legislaturperiode der „Kontinuität der gewerkschaftlichen Arbeit“ dienen soll, ist nicht stichhaltig, da mit diesem Argument eine endlose Ausdehnung „begründet“ werden kann. Dennoch wurde dieser Antrag von der Antragsberatungskommission zur Annahme empfohlen.

und zur Annahme empfohlenen weiteren Anträgen ist die offensichtliche Konzeption gemeinsam, den besonders in Europa verstärkten Trend der Gewerkschaften zur Zusammenarbeit über weltanschauliche und organisatorische Schranken hinweg nicht zu fördern. Es erhebt sich die Frage, ob der DGB wieder antikommunistische Pflöcke einschlagen will.

Das soll insbesondere durch engere Anbindung der Mitgliedsgewerkschaften

des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) an den IBFG erfolgen, obgleich mehrere dieser Gewerkschaften keinem internationalen Bund angehören. Durch Einführung einer „Konsolidierungsphase“ (Antrag 197) gedenkt der DGB-Bundeskongreß, der von mehreren westeuropäischen Gewerkschaften gewünschten Aufnahme der französischen CGT (Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes) in den EGB entgegenzuwirken. Die Forderung des DGB-Landesbezirks Hessen (Antrag 55) an den Bundesvorstand, „entsprechend seiner Beschlüsse beim 9. DGB-Kongreß endlich zu allen Gewerkschaften in Westeuropa Kontakte herzustellen und die Zusammenarbeit zu suchen“, ist zur Ablehnung empfohlen.

### Solidarität mit Chile

Zur Situation in Chile liegen zwei Anträge vor, in denen schärfster Protest des DGB gegen den andauernden Terror der faschistischen Junta erhoben wird. In dem zur Annahme empfohlenen Antrag 3 wird gefordert, „sofort die Konzentrationslager aufzuheben, die inhaftierten Arbeitnehmer, Gewerkschafter und demokratischen Politiker freizulassen sowie die Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Chile wiederherzustellen“. Es wird zu verstärkter Solidarität mit den chilenischen Demokraten aufgerufen.

In dem weiteren Chile-Antrag, der als Material zu Antrag 3 behandelt werden soll, wird die Bundesregierung aufgefordert, den faschistischen Terror in Chile zu verurteilen und dem Regime keine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zu geben.

### 100 Prozent Arbeitslosengeld

Mit fast 60 Anträgen bildet die Sozialpolitik einen weiteren Schwerpunkt. Mehrere Anträge fordern die Senkung der Altersgrenze in der Rentenversicherung auf 60 Jahre. Das Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld soll durch gesetzliche Regelung auf 100 Prozent des letzten Nettolohns angehoben werden — eine Forderung, die angesichts hoher Dauerarbeitslosigkeit und einer großen Zahl von Kurzarbeitern von besonderer Wichtigkeit ist.

In einer ausführlichen Entschließung zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen fordert der DGB-Bundesvorstand eine Reform des Systems der Gesundheitssicherung entsprechend den Vorschlägen des Gesundheitspolitischen Programms des DGB mit dem Ziel einer nachhaltigen Leistungsverbesserung. „Selbstbeteiligungsabsichten und



Kostenerstattungspläne" werden zurückgewiesen.

Ein Antrag der IG Metall zur Betriebsverfassung und Betriebsrätearbeit fordert in 14 Punkten die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes, so z. B. die Erweiterung der Unterrichtspflicht des Unternehmers nach § 111 bei geplanten Betriebsänderungen. Es sei Aufgabe der DGB-Gewerkschaften, „den Gesetzgeber zu drängen, die hier erhobenen Forderungen durch eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Interesse der Arbeitnehmer baldmöglichst zu verwirklichen“.

In mehreren Anträgen wird das Verbot der Aussperrung verlangt. Mit Nachdruck werden Wahrung und Verteidigung der Tarifautonomie bekräftigt. „Der Deutsche Gewerkschaftsbund weist jeden Versuch, diese Tarifautonomie einzuengen, mit aller Entschiedenheit zurück“, heißt es in der vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Entschließung zur Tarifpolitik. Gleichzeitig möchte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung dem Bundesvorstand eine stärkere „Koordinierungsaufgabe“ in der Tarifpolitik gegenüber den einzelnen Gewerkschaften zuschreiben. Offenbar erhofft sich der Antragsteller auf diese Weise eine Anpassung der Tarifpolitik der anderen Gewerkschaften an die von ihm bisher geübte Praxis, die Tarifautonomie nur formal bestehen zu lassen.

## Reform der Berufsbildung

Positiv zu werten sind die 29 Anträge, die sich mit Fragen der Bildung und Berufsbildung beschäftigen. So werden im Antrag 279 zur Bildungspolitik die Gewerkschaften aufgefordert, „einen entschiedeneren Kampf gegen alle Schattierungen der Unternehmerideologie zu führen. Der Antrag 277 bekräftigt die gewerkschaftlichen Forderungen zur „Reform der Berufsbildung“. In Gewerkschaftskreisen hofft man, daß der DGB-Kongreß unter dem Eindruck der jüngsten Demonstrationen gegen die Jugendarbeitslosigkeit mit einem Initiativantrag zu dem unzureichenden Regierungsentwurf für ein Berufsbildungsgesetz Stellung nimmt.

Befremden herrscht bei vielen Delegierten darüber, daß einige wichtige Anträge, z. B. Kürzung des Wehretats und Zurückstellung von Jugendvertretern und Betriebsräten vom Wehr- und Ersatzdienst, nur als Material an die Abteilung Vorsitzenden (im Bundesvorstand) überwiesen werden sollen. NACHRICHTEN werden in den nächsten Ausgaben ausführlich über den 10. DGB-Kongreß berichten.

Werner Petschick/Gerd Siebert

## GEW Hessen fordert: Alle Lehrer einstellen!

Nach dreitägiger Dauer der Landesvertreterversammlung des hessischen Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im März in Gießen, die bis zur letzten Stunde mit Sitzungsdebatten (Anpassung der Landessatzung an die GEW-Bundessatzung) und Vorstandswahlen ausgefüllt war, beschlossen die Delegierten eine eintägige Verlängerung der Konferenz im April, da noch nicht einer der 260 Anträge behandelt worden war.

In einer Situation wachsender Lehrerarbeitslosigkeit, die GEW-Bundesvorsitzender Erich Frister als „erste Verwirklichung eines radikalen bildungspolitischen Kurswechsels“ angeprangert hatte, war der „Nachsitzen“-Beschluß auch dringend notwendig. Denn die 21 000 hessischen GEW-Mitglieder erwarteten von ihren Vertretern klare Aussagen zu der für die Lehrergewerkschaft neuen und ungewohnten Lage.

Bei der Fortsetzung der Konferenz Mitte April konnten dann auch rund 70 Anträge und Entschließungen verabschiedet werden. Die Delegierten verurteilten „die bewußte Irreführung der Bevölkerung durch die Finanz- und Kultusminister mit falschen Zahlenangaben über eine angebliche Lehrerschwemme“ und bezeichneten die „Einstellung aller Lehrer“ durch Erhöhung der Ausbildungsstellen für Referendare und Einrichtung zusätzlicher Planstellen für die ausgebildeten Lehrer als „oberste Priorität gewerkschaftlicher Arbeit“.

Die GEW will solange auf die Einstellung aller Lehrer bestehen, wie ihre bildungspolitischen Forderungen – keine Klasse über 25 Schüler, Einführung des 10. Schuljahres und der Eingangsstufe für alle Schüler, zwölf Stunden Berufsschulunterricht, Einführung der Ganztagschule u. a. m. – nicht erfüllt sind. Diesen Forderungen will die GEW Hessen noch vor den Sommerferien mit einer zentralen Protestveranstaltung in enger Zusammenarbeit mit dem DGB Nachdruck verleihen. Für die noch nicht eingestellten Lehrer forderte die Konferenz die Anerkennung als Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Zur Reform und Verbesserung des Bildungswesens bekräftigte die Vertreterversammlung ihre Forderungen nach mehr vorschulischen Bildungseinrich-

tungen, einer zweijährigen Eingangsstufe mit anschließender dreijähriger Grundstufe, Verbesserung der Situation der integrierten Gesamtschulen und ihre Aufnahme als Regelschule in das Schulverwaltungsgesetz, Einführung der obligatorischen Förderstufe, Integration der Sekundarstufe II und Einführung des Berufsgrundschuljahres. Die Entwicklung und Durchsetzung einer Bildungsplanung soll sich künftig langfristig an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren und dürfe nicht, wie bisher, von finanzpolitischen Spielräumen abhängig gemacht werden, die rein wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen.

In der Frage der Berufsverbote schloß sich die Versammlung vollinhaltlich der Entschließung der hessischen DGB-Landesbezirkskonferenz 1975 an, in der sowohl der Ministerpräsidentenerlaß als auch der Sondergesetzentwurf in Sachen Berufsverbot als verfassungswidrig verurteilt werden.

## Christliche Spaltergewerkschaft

Während im allgemeinen die von der CDU/CSU favorisierte Spaltergruppe „Christlicher Gewerkschaftsbund“ (CGB) bei den Betriebsratswahlen nicht zum Zuge kam, gibt es einzelne Punkte, wo diese gelbe Gewerkschaft Stimmengewinne verbuchen konnte. Dazu gehört der Saarbergbau. Hier konnte die „Christliche Gewerkschaft“ auf vier Gruben die Anzahl ihrer Sitze von bisher 6 auf 19 erhöhen. Die IG Bergbau und Energie (IGBE) errang 53 Sitze. Offensichtlich hat die unzureichende Interessenvertretung des Hauptvorstandes der IGBE gegenüber den Bergarbeitern bewirkt, daß ein Teil der Belegschaften den demagogischen Versprechungen der Gegner der Einheitsgewerkschaft auf den Leim gegangen ist.

## Berichtigung

In einem Artikel „Alleingang des IG-Chemie-Vorstandes“ (NA. Nr. 4/75) muß es selbstverständlich statt zentrale be- zirkliche Tarifkommissionen heißen.

## Spalter aller Schattierungen erlitten bei Hoesch Abfuhr

Verschiedenste Spaltergruppchen versuchten, die diesjährigen Betriebsräteahlen für ihre Angriffe auf einheitliche Vertretungen der Arbeiter und Angestellten zu mißbrauchen. Gruppen, die, wie die von der CDU beeinflusste Christlich-Demokratische Arbeitnehmer-schaft (CDA), offen das Geschäft der Konzernherren betreiben und andere, die sich nicht scheuten, den Namen Kommunisten für ihre Spaltertätigkeit zu mißbrauchen. Sie erlitten dort Schiffbruch, wo die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten offensiv ihre gewerkschaftliche Einheitsliste verteidigten, wie z. B. bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund.

Ein internes Material der CDA-Führung zur Betriebsratswahl 1975 zeigt, für welche Ziele aktive christliche Gewerkschafter mißbraucht werden sollen. Die Betriebsgruppenarbeit, so heißt es dort, „ermöglicht es der CDU, Einfluß in den Gewerkschaften und bei den Mandatsträgern im Betrieb zu bekommen. Dies ist das Ziel unserer betrieblichen Tätigkeit“. Da ist weiterhin die Rede von der Unterstützung des Betriebsrats-Wahlkampfes durch „Betriebsbesucher der Bundesspitze der CDU“, und zwar vor allem in Betrieben, „die von der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage besonders betroffen sind“. Und da wird auch ganz offen die „erfolgreiche Zusammenarbeit“ und „enge Kooperation“ mit dem „Christlichen Gewerkschaftsbund“ (CGB) angepriesen.

Die sich links gebenden Spaltergruppchen bereiteten sich ähnlich auf die Betriebsratswahlen vor. Auch sie nahmen seit längerer Zeit Kurs auf eigene, gegen die Einheitslisten der Gewerkschaften gerichtete Spalterlisten. So ist es auch kein Widerspruch, daß die mit reichlichem finanziellen Aufwand vor und in den Betrieben verteilten Materialien beider Spaltervarianten sich nur im Stil und in der Wortwahl unterschieden. Ihre Gegner, die sie bekämpften, waren dieselben: die Einheitsgewerkschaften, die gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper und die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte.

Nicht anders war es bei den Hoesch-Hüttenwerken, deren aktive und kämpferische Belegschaften den Konzernherren und ihren politischen Handlangern seit langem ein Dorn im Auge sind. Von den 6243 Arbeitern der Hoesch-Phönix-Hütte sind z. B. nur 60 nicht in der IG Metall organisiert, von den 10 648 Arbeitern der Hoesch-Westfalenhütte sogar nur 14.

Auch in diesem Jahr wurde die Kandidatenliste der IG Metall wieder von den gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpern aufgestellt. Die von den

609 Vertrauensleuten der Westfalenhütte aufgestellte Liste enthält z. B. 68 Kandidaten. Kriterium für deren Nominierung war ihre betriebliche gewerkschaftliche Aktivität. Das paßte den Regisseuren der Spaltergruppen ganz und gar nicht. Ihre Absichten ließen sich weder mit einer Einheitsliste noch durch eine Persönlichkeitswahl verwirklichen. Die CDA und eine maoistische Splittergruppe versuchten daher eigene Listen aufzustellen und begannen mit der Unterschriftensammlung.

Für die CDA war es nicht allzu schwer, von ihren im Betrieb beschäftigten CDU-Mitgliedern die nötige Zahl von 100 Unterschriften unter ihre Liste zu erhalten. Anders dagegen bei den Maoisten. Da sie unter den Arbeitern keine Mitglieder gewinnen konnten, hatten sie einige ihrer Mitglieder zu Arbeitern ernannt und in die Betriebe geschickt. Diese wurden von den Arbeitern allerdings kaum anerkannt oder sogar offen als „Laumalocher“ und Schwätzer abgelehnt.

Also begannen sie mit einer konzentrierten Hetz- und Verleumdungskampagne gegen aktive Gewerkschafter und Betriebsräte, verbunden mit der ständig wiederholten Aufforderung an die Hüttenarbeiter, doch ihre Spalterliste zu unterschreiben. Um darüber hinaus aktive Gewerkschafter zu verunsichern, wurde das Gerücht verbreitet, auch die DKP sei dabei, eine eigene Liste vorzubereiten, ein Vorwurf, der von der Betriebsgruppe der DKP in ihrer Betriebszeitung „Heiße Eisen“ sofort und unmißverständlich zurückgewiesen wurde.

Die Arbeiter reagierten auf die Hetzkampagne mit zunehmender Empörung. Sie waren nicht der Meinung, daß man die Aktivitäten der Spalter ignorieren solle oder sich sogar mit zusätzlichen IGM-Listen vorbereiten müsse. Als die Maoisten den von der gesamten Belegschaft gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten das Mandat zur Aufstellung einer eigenen Liste absprechen wollte, unterbreiteten die Arbeiter

und Vertrauensleute mehrerer Betriebsabteilungen spontan den Vorschlag, eigene Unterschriftenlisten für die gewerkschaftlichen Einheitslisten vorzubereiten und zur Unterschriftensammlung in die einzelnen Abteilungen zu geben.

Dieser Vorschlag wurde von den Betriebsräten aufgegriffen und verwirklicht. In der Westfalenhütte und im „Phönix“ begannen die Vertrauensleute mit der Sammlung von Unterschriften. Ein Vorgang, der mit zahlreichen Diskussionen über die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Einheitslisten und der Bedeutung der Einheitsgewerkschaft überhaupt verbunden war und dadurch entscheidend zu der offenen Abfuhr der Spalter auf einer Belegschaftsversammlung der Westfalenhütte beitrug.

Während die Spalter auf dem „Phönix“ den Versuch, Unterschriften unter ihre Spalterliste zu bekommen, als zwecklos einstellten, nachdem die gewerkschaftlichen Vertrauensleute mit ihrer Unterschriftensammlung begonnen hatten, glaubten ihre Drahtzieher, es bei der Belegschaft der Westfalenhütte noch einmal mit einem „Generalangriff“ versuchen zu können. Als der am besten für ihre Zwecke geeignete Zeitpunkt erschien ihnen eine Belegschaftsversammlung wenige Tage vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Listen. Vor den Werkstoren und vor der kleinen Westfalenhalle, wo die Belegschaftsversammlung stattfand, wurden Flugblätter verteilt, die sogar den „Hinweis“ enthielten, daß auf der Liste der IGM „zehn DKP-Verräter“ kandidieren. Vor der Westfalenhalle wurden die Arbeiter sogar mit Lautsprechern dazu aufgerufen, die maoistische Spalterliste zu unterzeichnen. Weibliche Mitglieder der Gruppe folgten den Arbeitern bis zu ihren Sitzplätzen in der Halle und bettelten um eine Unterschrift. Sie bekamen auch nicht eine.

Als sich dann noch zwei Spalter zur Diskussion meldeten, die dem Vertrauensleutkörper nochmals das Mandat zur Aufstellung einer Liste absprachen und dazu aufriefen, ihre Spalterliste zu unterschreiben, platzte den Arbeitern endgültig der Kragen. Sie piffen und protestierten so lange, bis den Provokateuren das Wort entzogen wurde.

In den nächsten Tagen wurde die Unterschriftensammlung unter die gewerkschaftliche Einheitsliste fortgeführt. Auf dem „Phönix“ unterzeichneten nahezu 6000 Kollegen und auf der Westfalenhütte etwa 7000. Die Spalter blieben erfolglos. Auch die CDA verzichtete unter dem Eindruck dieses überwältigenden Bekenntnisses der Hüttenarbeiter darauf, ihre Liste einzureichen. Einige der christlichen Gewerkschafter: „Es war falsch, diese Liste überhaupt vorzubereiten.“

Jochen Mandel



## IG-Metall-Gäste aus der DDR Vetter bei Michael Kohl

Auf Einladung des Vorstandes der IG Metall besuchte vom 5. bis 12. April 1975 eine sechsköpfige Delegation des Präsidiums der IG Metall im FDGB unter Leitung des Vorsitzenden Reinhard Sommer die Bundesrepublik. In einer gemeinsamen Presseerklärung begrüßten beide Seiten „die Entspannungspolitik sowie die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen“ (Wortlaut im Einhefter, S. 20).

Im vergangenen Monat sprachen die Gäste aus der DDR mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus verschiedenen Konzernbetrieben, so u. a. BMW (München), Bosch (Stuttgart) und Krupp-Hüttenwerke (Rheinhausen) sowie mit Lehrgangsteilnehmern und Lehrern im IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel. Dabei konnten die Gäste mangelhafte oder unrichtige Kenntnisse über die Tätigkeit der Gewerkschaften der DDR korrigieren. Dies betonte Reinhard Sommer auf einer vielbeachteten Pressekonferenz in Frankfurt am Main. Auf einem Empfang in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn für die IG-Metall-Delegation und ihre Gastgeber kam es erstmals zu einem offiziellen Zusammentreffen zwischen Eugen Loderer und dem DDR-Botschafter Dr. Michael Kohl. Anwesend waren auch Vertreter des Parteivorstandes der FDP und der DKP. In einer kurzen Anspra-

che würdigte Kohl den Beitrag der DGB-Gewerkschaften beim Zustandekommen der Verträge der Bundesrepublik mit der DDR und anderen sozialistischen Staaten.

Inzwischen hat Michael Kohl ebenfalls den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter am 29. April in Bonn zu einem Gespräch empfangen. W. P.

## Lohnrunde per Schiedsspruch

Rückwirkend ab 1. April 1975 erhalten die Arbeiter und Lehrlinge der Druckindustrie eine Erhöhung der Tariflöhne bzw. Ausbildungsvergütung von 6,4 Prozent. Eine gleichlautende Erhöhung ist für die Gehälter der Angestellten, die bezirklich geregelt werden, vorgesehen. Ferner sollen 1976 die Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur abgeschlossen werden. Diesem Abschluß stimmte die Mehrheit der zentralen Tarifkommission am 8. April zu, nachdem vorher ein entsprechender Schiedsspruch gefällt worden war.

In großen Teilen der Mitgliedschaft gab es Kritik an dem mageren Abschluß aus zweierlei Gründen. Einmal darum, weil mit der 6,4-Prozent-Erhöhung die seit der letzten Lohnerhöhung eingetretenen Kaufkraftverluste nicht ausgeglichen werden, zum anderen, weil die Tarifkommission ohne Befragung der Mitgliedschaft dem Schiedsspruch zugestimmt hat. Ohne auch nur den Versuch zu machen, die Mitglieder zu mobilisieren, ist die Tarifkommission von der vorher von ihr aufgestellten 10-Prozent-Forderung abgegangen.

Verlauf und Ergebnis in der Lohnrunde der Druckindustrie unterstreichen einmal mehr, wie sich Schlichtungsvereinbarungen zuungunsten der Arbeiter auswirken und den Handlungsspielraum der Gewerkschaften einschränken. Darum sei es dringend notwendig, wie von maßgeblichen Funktionären der IG Druck und Papier betont wurde, das geltende Schlichtungsabkommen entsprechend dem Auftrag des letzten Gewerkschaftstages schnellstens zu kündigen.

Nicht wenige Unternehmer versuchen, den Reallohnabbau noch zu vergrößern, indem sie die 6,4 Prozent Lohnerhöhung auf übertarifliche Lohnbestandteile anzurechnen versuchen. In Hessen haben die Betriebsräte von mehr als 40 Betrieben (z. B. Societäts-Druckerei, Frankfurt/M. und Burda, Darmstadt) mit Hilfe der IG Druck und Papier durch Betriebsvereinbarungen erreicht, daß die 6,4 Prozent nicht auf die übertariflichen Lohnbestandteile angerechnet werden. Neben dieser Aufgabe sollte man jetzt schon beginnen, die nächste Tarifrunde vorzubereiten. Ich

## Tarifabschluß auf partnerschaftlichen Pfaden

Wie wir in NACHRICHTEN (Nr. 4/75) bereits berichteten, ist es in der chemischen Industrie am 26. März 1975 zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die Erklärungsfrist lief bis zum 18. April. Von den zehn regionalen Lohn- und Gehaltstarifkommissionen haben neun das Ergebnis angenommen, wobei in Hessen bei einem Stimmenverhältnis von 21 zu 10 sich die vorhandene Unzufriedenheit in den Betrieben artikuliert. Hamburg lehnte das Ergebnis mit 12 gegen 10 Stimmen ab.

Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat nun am 18. April 1975 das Tarifabkommen angenommen und für alle Tarifbezirke verbindlich erklärt. Der Tarifabschluß sieht vor, daß sich die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen einheitlich um 6,8 Prozent erhöhen. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge wurden in den Tarifgebieten Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz am 1. April 1975 und in Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen, Westfalen und Westberlin am 1. Mai 1975 wirksam. In Bayern und dem Saarland wird dies am 1. Juni 1975 sein. Die Laufzeit beträgt 12 Monate.

Ab 1. Januar 1976 erhöhen sich die vermögenswirksamen Leistungen von 26 auf 39 DM und ab 1. April 1977 auf 52 DM monatlich, wobei hier zu berücksichtigen ist, daß der ursprüngliche Betrag von 26 DM durch die inflationäre Entwicklung ausgezehrt wurde und mit der Steuerreform sich die Prämienregelung verschlechterte.

Fallen Arbeitsplätze aus betriebsbedingten Gründen weg, so sollen die davon betroffenen Arbeiter und Angestellten nach Möglichkeit auf gleichwertige Arbeitsplätze im selben Betrieb oder in einem anderen Betrieb des Unternehmens umgesetzt werden.

Arbeiter und Angestellte, die das 50. Lebensjahr vollendet haben und mehr als zehn Jahre dem Betrieb angehören, erhalten im Falle der innerbetrieblichen Umsetzung auf einen geringer bezahlten Arbeitsplatz für die Dauer von sechs Monaten zwischen 90 und 100 Prozent ihres vorher erzielten Verdienstes garantiert. Diejenigen, die aus betriebsbedingten Gründen entlassen worden sind, haben einen vorrangigen Anspruch auf Wiedereinstellung, wenn sie dem Betrieb länger als zwölf Monate angehört haben und ihre Entlassung nicht mehr als zwölf Monate zurückliegt.

Arbeitslose Arbeiter und Angestellte, die acht Jahre ununterbrochen in der chemischen Industrie beschäftigt waren, davon mindestens vier Jahre in einem Betrieb, erhalten aus einem Unter-

stützungsfonds einen Zuschuß zum Arbeitslosengeld in Höhe von 15 Prozent des Arbeitslosengeldes, wenn die Zeit der Arbeitslosigkeit einen Monat überschreitet. Dauert sie länger als zwei Monate, wird der Zuschuß rückwirkend auch für den ersten Monat der Arbeitslosigkeit gezahlt. Diese Regelung tritt am 1. Oktober 1975 in Kraft.

Angesichts der Preissteigerung von 6 Prozent und der erhöhten Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung sichert das materielle Ergebnis allenfalls, aber noch nicht einmal für alle, den erreichten Lebensstandard. In der IG Chemie-Papier-Keramik wird vor allem die Art und Weise kritisiert, wie die Abschlüsse zustandekamen. Es wird darauf verwiesen, daß die Tarifpolitik sich immer mehr der IG Bau-Steine-Erden annähert, die sich keineswegs zum Vorteil der Bauarbeiter auswirkte. Die „Frankfurter Allgemeine“ vom 2. April 1975 bestätigt in einem Artikel unter der Überschrift „Ein heimlicher Tarifabschluß“ diese Vermutung. Sie hebt hervor, daß es ein neuer Stil sei, „in aller Stille“ zu beraten. Noch im März 1975 hat die „Gewerkschaftspost“ festgestellt: „In Konferenzen der Vertrauensleute und der Tarifkommissionen wird jetzt die Diskussion um Höhe und Form der Forderungen geführt.“ Die hier publizierte Orientierung deckte sich mit dem Beschluß des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages 1972, der in den Tarifrichtlinien den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in der innerbetrieblichen Umsetzung auf einen geringer bezahlten Arbeitsplatz für die Dauer von sechs Monaten zwischen 90 und 100 Prozent ihres vorher erzielten Verdienstes garantiert. Diejenigen, die aus betriebsbedingten Gründen entlassen worden sind, haben einen vorrangigen Anspruch auf Wiedereinstellung, wenn sie dem Betrieb länger als zwölf Monate angehört haben und ihre Entlassung nicht mehr als zwölf Monate zurückliegt.

Davon war in dieser Tarifrunde überhaupt nichts zu spüren. Die Verhandlungen fanden außerhalb der Einflußsphäre der Vertrauensleute statt, und selbst die Tarifkommissionen traten nur bei den unerläßlichen Abstimmungen in Erscheinung. Einem Beiratsbeschluß zufolge sollte ursprünglich die Tarifabteilung beim Hauptvorstand, mit Unterstützung der Bezirksleiter, mit den Unternehmern „sondieren“, ob im „Vorfeld“ der Tarifbewegung vorab bestimmte Tarifregelungen im Hinblick auf eine Arbeitsplatzsicherung erzielt werden können. Zum 31. Dezember 1974 waren die Manteltarifbestimmun-

gen über den Rationalisierungsschutz gekündigt worden, um die Möglichkeit zu bekommen, weitergehende Regelungen einer Arbeitsplatzsicherung zu erreichen.

Die Unternehmer ließen sich diese Gelegenheit nicht entgehen, um auf die IG Chemie-Papier-Keramik einen massiven Druck auszuüben. Sie machten die „Sondierungsgespräche“ davon abhängig, daß auch die Lohn- und Gehaltsfindung in die Gespräche einbezogen werden. So fanden bereits Tarifgespräche vor Ablauf der Tarifverträge in den drei größten Tarifbezirken statt, bevor in den meisten Tarifbezirken die Tarifverträge überhaupt gekündigt worden waren. Es wurden auch keine konkreten Forderungen angemeldet.

Als ein besonderer Erfolg wird vom Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik herausgestellt, daß es gelungen sei, einen Unterstützungsverein für arbeitslose Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie zu schaffen. Zweifellos wird sich kein Arbeitsloser, der die Bedingungen erfüllt, über einen Zuschuß in Höhe von 15 Prozent des Arbeitslosengeldes ärgern, obwohl der größte Teil der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie leer ausgehen wird. Aber es gilt, hier darauf zu verweisen, daß die IG Chemie-Papier-Keramik ursprünglich eine Arbeitsplatzsicherung wollte. Der Unterstützungsfonds tritt erst dann in Aktion, wenn ein Arbeitsplatz überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Es sei auch daran erinnert, daß in anderen Wirtschaftszweigen bereits Tarifverträge abgeschlossen wurden, die einen umfangreichen Kündigungsschutz für ältere Arbeiter und Angestellte vorsehen.

Das aber wollten die Chemiekonzerne unter keinen Umständen. Die „Frankfurter Allgemeine“ vermerkt: „In der chemischen Industrie fürchtet man, daß eine weitere Ausdehnung solcher Schutzbestimmungen die personalpolitische Flexibilität der Unternehmer zu stark beeinträchtigen könnte. Das Arbeitslosengeld... kann nach Meinung der Chemie in eine andere Richtung führen.“ Das ist eine deutliche Aussage. Es besteht die Gefahr, daß mit der Vereinbarung über den Unterstützungsverein der Weg erschwert, wenn nicht gar verbaut wurde, die Arbeitsplatzsicherung auszuweiten.

An diesen Unterstützungsfonds knüpfen die Unternehmer auch noch andere Erwartungen. Sie meinen, wie die FAZ, daß solche Fonds eine Art inneren Zwang zum fortlaufenden Kontakt und zu Gesprächen in sich tragen. „Und wo ständige Zusammenkünfte von Tarifparteien erst einmal zu einer Regel geworden sind, können auch über andere Fragen Meinungen ausgetauscht und Mißverständnisse rechtzeitig vermieden werden. Die Versachlichung ist auf dem Vormarsch.“

Heinz Schäfer

## Erfolgreiche Mitgliederentwicklung

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Beamte			Gesamt		Insgesamt		in %
	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.	männl. u. weibl.		
Bau, Steine, Erden	478 504	2 062	478 506	34 038	5 283	39 326	—	—	—	510 537	7 345	517 882	7,0	
Bergbau und Energie	328 257	1 676	328 532	41 500	3 903	45 403	146	—	146	368 503	5 579	374 082	5,0	
Chemie, Papier, Keramik	457 048	93 050	550 098	81 597	24 102	105 699	—	—	—	538 645	116 158	654 803	8,9	
Druck und Papier	122 789	24 973	147 762	12 825	4 078	16 903	—	—	—	135 614	29 051	164 665	2,2	
Gew. der Eisenbahner	234 415	13 787	248 202	8 418	4 359	12 777	193 577	2 824	196 401	434 410	20 970	455 380	6,1	
Erziehung und Wissenschaft	—	—	—	7 882	10 148	18 030	65 196	48 880	114 076	73 078	59 028	132 106	1,8	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	32 807	1 684	34 561	2 002	261	2 263	3 042	3	3 045	37 911	1 948	39 859	0,5	
Handel, Banken und Versicherungen	27 381	11 301	38 682	91 176	106 804	197 980	—	—	—	118 537	118 105	236 642	3,2	
Holz und Kunststoff	119 741	10 269	129 010	8 918	1 277	10 195	—	—	—	123 659	11 546	135 205	1,8	
Kunst	—	—	—	30 567	5 583	36 150	—	—	—	30 567	5 583	36 150	0,5	
Leder	32 571	22 159	54 730	2 107	783	2 890	—	—	—	34 678	22 922	57 600	0,8	
Metall	1 983 385	264 848	2 248 233	266 743	78 454	345 247	—	—	—	2 250 178	343 302	2 593 480	35,0	
Nahrung, Genuß, Gaststätten	154 844	56 898	211 542	20 770	16 160	36 930	—	—	—	175 423	73 038	248 461	3,4	
Öffentliche Dienste	484 985	78 770	563 755	253 508	132 172	385 680	97 127	5 558	102 685	835 600	215 498	1 051 098	14,2	
Postgewerkschaft	82 982	38 948	121 930	11 583	27 912	39 495	223 804	34 637	258 441	318 459	101 497	419 956	5,7	
Textil-Bekleidung	119 767	145 055	264 822	14 964	7 855	22 819	—	—	—	134 731	152 910	287 641	3,9	
DGB — Gesamt (31. 12. 1974)	4 663 798	782 498	5 446 296	884 472	429 114	1 313 586	582 892	82 900	665 792	6 121 260	1 284 500	7 405 760	100	
	85,9%	14,1%	100%	87,3%	32,7%	100%	96,3%	13,7%	100%	82,7%	17,3%	100%		
	73,2%	—	—	17,7%	—	—	9,1%	—	—	—	—	—		
Vergleichszahlen 31. 12. 1973	4 567 979	718 985	5 286 964	834 622	371 530	1 206 152	585 160	89 247	674 407	5 897 761	1 179 762	7 077 523		
	80,4%	13,6%	100%	89,2%	30,8%	100%	86,8%	13,2%	100%	83,5%	16,5%	100%		
	73,8%	—	—	16,8%	—	—	9,4%	—	—	—	—	—		

RUND 200 000 MITGLIEDER MEHR hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nach einer jetzt veröffentlichten Statistik Ende 1974 gegenüber 1973 zu verzeichnen.

Die Tabelle zeigt keine Vergleichszahlen bei den Einzelgewerkschaften, von denen die IG Metall mit 35 Prozent die höchste DGB-Mitgliederzahl stellt.



## Tarifloser Zustand bei Bekleidung 6 bis 6,9 Prozent für Textil

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil, Bekleidung (GTB) hat jetzt erneut die Feststellung machen müssen, daß eine zeitweise tarifpolitische Rücksichtnahme der Gewerkschaft von den Bekleidungsunternehmen nicht nur nicht honoriert wird, sondern zu einem verstärkten „Konfrontationskurs der Arbeitgeber“ führt.

Unverständlich fand es der Hauptvorstand der Gewerkschaft, der am 24. und 25. April 1975 in Saarbrücken tagte, daß, nachdem im Vorjahr in der Tarifpolitik „volle Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Situation geübt und mit niedrigen Tarifabschlüssen zum Ausdruck gebracht und getragen wurde“, heute die Arbeitgeber einen noch nie dagewesenen Konfrontationskurs steuern. Ultimativ ließen sie das erste Tarifgespräch am 11. April platzen, nur weil die Gewerkschaft die höchst bescheidene Forderung von 9 Prozent erhob, obwohl in der Bekleidungsindustrie allein schon Produktionszuwächse von rund 12 Prozent zu verzeichnen sind. Das danach für den 18. April angesetzte Gespräch wurde von gleicher Seite gesprengt.

In einer Entschließung des GTB-Hauptvorstandes heißt es jetzt: „Mit Entschiedenheit wird der Versuch der Unternehmer zurückgewiesen, die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie weiter unter das gesamtwirtschaftliche Niveau zurückfallen zu lassen.“ So verständlich und berechtigt diese Forderung der Gewerkschaft ist, be-

deutet sie aber nicht in jedem Falle eine aktive Lohnpolitik.

Der bei der am 24. April in Saarbrücken anläßlich einer Pressekonferenz dargelegte gesamtwirtschaftliche Optimismus sowohl durch den Gewerkschaftsvorsitzenden Buschmann als auch durch den Tarifexperten Schumacher ist für die rund 300 000 Beschäftigten dieses Industriezweiges mit Vorsicht zu genießen. Denn der binnenwirtschaftliche Aufschwung in dieser Branche ist in hohem Maße von der kaufkraftfähigen Nachfrage der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Bundesrepublik abhängig.

Und: Die diesjährigen von Unternehmenseite in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen diktierten Tarifverträge bedeuten vielfach Einkommensstillstand und -senkung. Desweiteren wird durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung (Rückbeorderung Hunderttausender ausländischer Arbeitskollegen) die Binnennachfrage in der Bekleidungsindustrie nicht größer, sondern kleiner.

## NGG: Erfolge in der Tarifpolitik

In einer kürzlich von der Hauptverwaltung der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten veröffentlichten Übersicht über die Tarifarbeit 1974 ist als Ergebnis eine durchschnittliche Erhöhung der tariflichen Löhne und Gehälter um 12,1 Prozent ausgewiesen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 489 Lohn- und Gehaltstarifverträge erneuert. Bei den 364 Lohnstarifverträgen betrug die durchschnittliche Erhöhung 12,6 Prozent, bei den 125 Gehaltstarifverträgen 11,6 Prozent. Nachdem die durchschnittliche Steigerung der tariflichen Löhne und Gehälter im Bereich der Gewerkschaft NGG 1972 nur 8,5 und 1973 10,7 Prozent betragen hatte, stellt das Resultat des Jahres 1974 einen deutlichen Anstieg dar; allerdings war in diesem Jahr auch die Preissteigerung am stärksten.

In den ersten Monaten dieses Jahres fielen in dem Klima verstärkten Drucks von Unternehmern und Bundesregierung auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik auch die NGG-Abschlüsse niedriger aus. Jedoch muß festgestellt werden, daß sie in keinem Bereich auf das im öffentlichen Dienst, bei Metall, Chemie, der Bauwirtschaft, Druckindustrie

So heißt es in dieser Tarifrunde für die Bekleidungsindustrie: Die notwendigen, berechtigten und durchzusetzenden Forderungen sind nur durch nüchterne Betrachtung und geschlossenes Handeln der Arbeiter und Angestellten zu realisieren.

Während in der Bekleidungsindustrie ein tarifloser Zustand herrscht, wurde in den letzten Apriltagen die diesjährige Lohn- und Gehaltsrunde für den überwiegenden Teil der rund 380 000 Beschäftigten der Textilindustrie beendet. Die Erhöhungen liegen unterschiedlich in den einzelnen Tarifbezirken zwischen 6 Prozent in Nordrhein und 6,9 Prozent in Nordbayern, Baden-Württemberg und Südbayern. Umgerechnet liegen die Stundenloohnerhöhungen zwischen 36 bis 48 Pfennig in Nordrhein und 38 bis 51 Pfennig in Südbayern. Entsprechend steigen auch die Gehälter und Ausbildungsvergütungen. In allen Tarifbezirken wurde der Urlaub um einen Tag verlängert.

Darüber hinaus wurden Erhöhungen der Zeitlohn- und Handwerkerzulage um 3 Pfennig für Zeitlöhner und 7 Pfennig für Handwerker in Westfalen und in allen Bezirken eine Erhöhung des Urlaubsgeldes vereinbart. In Baden-Württemberg tritt ein neuer Tätigkeitskatalog in Kraft, der für eine Reihe wichtiger Tätigkeiten Höherstufungen beinhaltet. -ses

und in anderen Branchen praktizierte Niveau von 6 bis 6,8 Prozent abgesunken sind. NGG setzte im allgemeinen zwischen 7 und 8 Prozent, teilweise auch darüber, durch.

Dafür einige Beispiele von Tarifabschlüssen, die von Februar bis April dieses Jahres wirksam geworden sind: Lohn- und Gehaltserhöhung im Fleischerhandwerk von Rheinland-Pfalz um 7,5 Prozent; Lohnerhöhung in Hamburger Schmelzkäsebetrieben um 8 Prozent; Lohnerhöhung in der Erfrischungsgetränkeindustrie und dem Biergroßhandel in Hamburg/Schleswig-Holstein um 7,5 Prozent, in hessischen Mineralbrunnenbetrieben zwischen 7,1 und 8,1 Prozent; Gehaltserhöhung bei der ASKO-Gruppe der Coop in Saarbrücken um 8,2 bzw. 8,4 Prozent; Gehaltserhöhung in der Margarineindustrie Hamburg/Schleswig-Holsteins um 8 Prozent.

Zweifelloos reichen auch solche Abschlüsse kaum aus, um bei der gegenwärtigen Preissteigerungsrate und den höheren Sozialabzügen die Realeinkommen zu halten oder gar zu steigern. gs

## TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

■ **30. Juni**  
Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Essen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).

■ **31. Juli**  
Hohlglaserzeugende Industrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

■ **31. August**  
Glasindustrie (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000), Brauereien in den Bezirken Nordrhein-Westfalen und Hessen (27 000).

■ **30. September**  
Holzverarbeitung — restliche Bezirke (240 000 insgesamt).

■ **15. Oktober**  
Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen (220 000).

■ **31. Dezember**  
Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), Papierverarbeitende Industrie (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (55 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).

■ **31. Januar 1976**  
Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000), Metallindustrie in Bayern (68 000), Volkswagenwerke (109 000), Land- und Forstwirtschaft (ca. 120 000), Groß- und Einzelhandel in Hessen (85 000).

■ **28. Februar 1976**  
Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000), Einzelhandel in Hessen (110 000), feinkeramische Industrie Bayern (30 000).

■ **31. März 1976**  
Einzel-, Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (100 000), chemische Industrie in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein (ca. 400 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen — Angestellte (25 000).

## DAS ARGUMENT

### Sonne, Tag und Konjunktur

*Wenn es Bindfäden oder — schlimmer noch — junge Hunde regnet, weiß jedermann: Man muß nur lange genug warten, und es scheint wieder die Sonne. Das liegt an den meteorologischen Gesetzmäßigkeiten, und kaum jemandem würde einfallen zu behaupten, er habe den Sonnenschein gemacht.*

*Wenn es Nacht ist und der Morgen graut, muß man nur lange genug streiten, ob es Nacht oder Tag ist — und es wird Tag sein. Das liegt an der Gesetzmäßigkeit von der Bewegung der Planeten, und kaum jemandem würde einfallen zu behaupten, er habe den Tag gemacht.*

*Wenn in kapitalistischen Ländern die Krise herrscht, muß man nur lange genug über die Ursachen rätseln und an den Symptomen herumkurieren, dann wird man eines Tages wieder Aufwind spüren und gar die Konjunktur erleben. Das liegt an den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, am kapitalistischen System. Und doch gibt es Politiker, die behaupten, nur sie hätten die Konjunktur gemacht.*

*Das erleben wir gerade wieder. In den Wahlkämpfen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und im Saarland — aber auch in unzähligen Reden und Interviews im ganzen Land — wird fleißig die Behauptung kolportiert, nur das Konjunktursteuerungsprogramm von Schmidt und Friderichs, das bekanntlich zu Lasten der Löhne und des Lebensstandards der Werktätigen geht, habe den nun wieder spürbaren „Aufwind“ gebracht. (Aufwind für die Unternehmergewinne, um es im Klartext zu sagen.) Staatssekretär Otto Schlecht vom Wirtschaftsministerium forderte in einer Rede am 17. April sogar, mit den Lohnabschlüssen „deutlich unter 10 Prozent“ müsse das noch viele Jahre weitergehen, wenn die Wirtschaft wieder florieren solle.*

*Hier treffen sich die Interessen von Regierungsvertretern, der CDU/CSU und der Unternehmerfunktionäre. Die Krisenfurcht wird ausgenutzt, um das Geschäft der Konzerne zu besorgen. Es wird der Eindruck erweckt, als könne man der kapitalistischen Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit, Inflation usw. durchaus Herr werden, wenn die Arbeiter nur genügend Opfer bringen.*

*Bekanntlich hat schon Karl Marx vor weit über hundert Jahren die Widersprüche in der kapitalistischen Produktion als Ursachen für die immer wiederkehrenden (zyklischen) Krisen aufgedeckt, die nur mit der Überwindung des Kapitalismus selbst zu überwinden seien. Die krisenfreie sozialistische Wirtschaft und die immer aufs neue von Krisen geschüttelte kapitalistische Wirtschaft sind der nicht zu widerlegende Beweis dafür.*

*Zwar läßt sich durch gewisse Regulierungsmaßnahmen des Staates im Kapitalismus der Gang von Krise und Konjunktur in gewisser Weise beeinflussen, verzögern oder beschleunigen, aber wie die Krise nicht verhindert werden kann, läßt sich die Konjunktur nicht „machen“. Weder Erhard noch Schiller haben das gekonnt, auch Schmidt und Friderichs werden es nicht können. Übrigens: Nach der nächsten Konjunktur kommt auch die nächste Krise, wenn sich weiterhin alles Wirtschaften an den Profitwünschen der Konzerne orientiert und die Arbeiter und Gewerkschafter von der Mitbestimmung ausgeschlossen bleiben.* G. S.

## 7 Prozent für Bergarbeiter

Die Tarifrunde im Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar ist beendet. Ab 1. Mai erhalten die rund 180 000 Bergarbeiter 7 Prozent mehr Lohn und Gehalt. In gleichem Umfang erhöht sich auch die Vergütung für Auszubildende. Darüber hinaus wurde vereinbart, daß der Urlaub im laufenden Jahr um einen Tag verlängert wird. Außerdem erhöht sich für jeden Arbeiter und Angestellten die Jahresvergütung um einheitlich 353 DM. Gegenüber NACHRICHTEN vertraten Bergarbeiter die Meinung, daß — angesichts der gestiegenen Nachfrage nach Kohle — in der jetzt abgelaufenen Tarifrunde „mehr dringewesen“ wäre.

## 1,9 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit gab es Ende März in der Bundesrepublik noch immer 1 927 400 Arbeitslose und Kurzarbeiter. Gegenüber dem Vormonat verringerte sich die

Zahl der Arbeitslosen um 69 500 auf 1 114 000 bzw. von 5,2 auf 4,9 Prozent. Statt 956 500 im Februar arbeiteten im März 813 400 Arbeiter und Angestellte kurz. Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, gegenüber der Presse erklärt, habe der Rückgang der Arbeitslosenzahlen „ausschließlich saisonale Gründe“ und sei schwächer als in den Vorjahren.



## VW: Abwälzung der Krisenlasten auf Arbeiter und Angestellte

Am 15. April 1975 beschloß der Aufsichtsrat der Volkswagen AG, daß die Zahl der Beschäftigten im Konzernbereich von gegenwärtig 133 500 auf 108 350, das sind 25 150 oder 18,8 Prozent, herabgesetzt werden soll. Die Werke Heilbronn und Neuenstein sollen geschlossen werden, Prozentual überdurchschnittlich betroffen sind die Belegschaften von Audi/NSU in Neckarsulm sowie der VW-Werke Salzgitter und Emden, in denen die Belegschaften zwischen 44 und 22 Prozent reduziert werden sollen. Die betroffenen Beschäftigten, vor allem in Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein, brachten ihre Empörung in Warnstreiks und Demonstrationen zum Ausdruck.

Für den Beschluß stimmten nicht nur die Vertreter der Großbanken und Konzerne im Aufsichtsrat, sondern auch die Vertreter der Bundesregierung, die Staatssekretäre Pöhl und Schlecht, sowie die niedersächsischen Minister Kasimier und Küpker. Beide Regierungen werden von Sozialdemokraten geleitet. Besonders makaber ist, daß für die Massenentlassungen auch Walter Heselbach von der Bank für Gemeinwirtschaft stimmte, die unter maßgeblichem Einfluß der Gewerkschaften steht.

Die Folgen dieses Beschlusses gehen aber in ihren Wirkungen weit über den Bereich des VW-Konzerns hinaus. Betroffen werden Tausende kleiner und mittlerer Unternehmen, die als Zulieferer für VW fungieren, mit weitgehenden Auswirkungen auf die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten und nicht zuletzt auf die Städte und Gemeinden.

Wenn heute für die Situation bei VW hervorgehoben wird, daß das Management schwere Fehler begangen hat, beispielsweise in der Modell-, Preis- und Exportpolitik, so ist dies sicherlich zutreffend. Denken wir nur daran, daß das Management in einer Zeit eines rapiden Rückgangs der Nachfrage allein in einem Jahre die Preise viermal um insgesamt nicht weniger als 20 Prozent erhöhte. Auch die konjunkturelle Situation machte keinen Bogen um VW. Aber all dies berücksichtigt nicht den Hauptpunkt, den tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß, der sich gegenwärtig in der Automobilindustrie aller kapitalistischen Länder vollzieht.

Am 10. April hat die IG Metall eine Ausarbeitung vorgelegt: „Die Lage der Automobilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Tendenzen — Perspektiven — Maßnahmen.“ Diese Studie geht davon aus, daß auch weiterhin sinkende Wachstumsraten für den Straßenfahrzeugbau wahrscheinlich sind, mit entsprechenden Auswirkungen

auch auf die Beschäftigungslage. Insgesamt zeichnet die IG Metall ein relativ optimistisches Bild, möglicherweise zu optimistisch. Sie rechnet, daß der Kraftfahrzeugbestand in den nächsten fünf Jahren bis 1980 um 14,2 Prozent und in den darauffolgenden fünf Jahren bis 1985 um 10,6 bis 10,9 Prozent wachsen wird. Das entspricht durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 2,7 Prozent bzw. 2,0 Prozent. Die IG Metall schätzt, daß die Arbeitsproduktivität sich nicht schneller erhöhen wird und daher „ein mittelfristig konstantes Beschäftigungsvolumen“ zu erwarten sei.

Als eine große Unbekannte erscheint die weitere Entwicklung des Exports. Die IG Metall meint, daß auf dem US-amerikanischen Markt die Sättigungsgrenze praktisch erreicht sei. In den westeuropäischen Ländern dürfte die Entwicklung der Absatzmöglichkeiten ähnlich verlaufen wie in der Bundesrepublik. Langfristig positiv werden die Bedingungen auf den Märkten der sozialistischen Länder, den Oststaaten und den Entwicklungsländern sein.

Bei aller insgesamt mäßig positiven Entwicklung der westdeutschen Automobilindustrie steht jedoch unabwiesbar das Problem, wie den Arbeitern und Angestellten der Automobilindustrie jetzt geholfen werden und die kapitalistische Alternative durchkreuzt werden kann, die nichts anderes bietet, als zu schrumpfen und zu entlassen.

Die Vertreter der IG Metall in den Aufsichtsräten von VW und Audi/NSU haben die vorgeschlagenen Massenentlassungen abgelehnt. Es fragt sich aber, ob es richtig war, in diesen Aufsichtsratssitzungen ein „positives“ Rationalisierungsprogramm zu entwickeln, das auch von „Opfern“ der betroffenen Arbeiter und Angestellten ausgeht. Sie haben lediglich die „Massenentlassungen in dieser Höhe“ als ungerechtfertigt angesehen und unterbreiteten Vor-

schläge, die geplanten Massenentlassungen erheblich zu reduzieren.

Warum aber sollen die Arbeiter und Angestellten Opfer für Entscheidungen bringen, auf deren Zustandekommen sie nicht den geringsten Einfluß haben? Eine prinzipiell ablehnende Haltung hätte keineswegs den Weg verbaut, bei von den Gewerkschaftsvertretern gegenwärtig noch nicht zu verhandelnden Entlassungen bessere Bedingungen für die zur Entlassung vorgesehenen Kollegen zu erreichen, wie zeitliche Streckung, Verminderung sozialer Härten, Umzugshilfen usw.

Um den Beschäftigten der Automobilindustrie zu helfen, fordert die IG Metall eine Verkürzung der Arbeitszeit. Aber die Probleme der Beschäftigten der Automobilindustrie sind so ernst, daß Sofortmaßnahmen nur ein erster Schritt sein können. Wenn die IG Metall in ihrer Studie fordert, die „Investitionstätigkeit durch verstärkte öffentliche Zusatzaufträge allgemein fördern“ und an die Bundesbank appelliert, „ihre bisherige Politik der kleinen Schritte durch dauerhafte beschäftigungspolitische Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik (zu) vervollständigen“, so ist dies nicht nur ungenügend, sondern nach den bisherigen Erfahrungen wenig wirkungsvoll. Es fällt auf, daß der Vorstand der IG Metall gewerkschaftliche Forderungen, wie nach Investitionslenkung und -kontrolle sowie nach überbetrieblicher Mitbestimmung, nicht in die Diskussion einbrachte. Er forderte nur, die paritätische Mitbestimmung auf weitere Bereiche der Wirtschaft auszuweiten.

Gegen die Entscheidung des VW-Aufsichtsrates erhob das Bundeskabinett nicht die geringsten Einwände. Bundeskanzler Schmidt äußerte sein „großes persönliches Vertrauen“, daß die Entscheidung der VW-Spitze richtig sei. Ministerpräsident Filbinger (CDU) will die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten senken, obwohl beispielsweise Audi/NSU am unteren Ende der Lohn- und Gehaltsskala der westdeutschen Automobilunternehmen rangiert.

Wenn die Arbeiter und Angestellten auf Hilfe vertrauen, so können sie sich nur selbst helfen. Die Vertrauensleute in Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein haben damit begonnen. Sie gingen auf die Straße und kündigten zugleich einen verstärkten politischen Druck auf die zuständigen Stellen bei Bund und Land an, weil sie darin die einzige Chance sehen, daß zusätzliche Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung eingeleitet werden. Neue Arbeitsplätze sind zu schaffen, und zwar bald.

Heinz Schäfer

## Im Mittelpunkt der Reden zum 1. Mai: Sorge um Arbeitsplatz

Der 1. Mai in diesem Jahr stand — besonders in den größeren Städten — im Zeichen machtvoller Demonstrationen und Kundgebungen. Damit kam der DGB einer Forderung nach, die in zahlreichen Anträgen von Kreis- und Landesbezirks-Delegiertenkonferenzen nach kämpferischen 1.-Mai-Veranstaltungen enthalten und mit überwältigenden Mehrheiten angenommen worden war. Vorherrschendes Zeichen der Demonstrations- und Kundgebungsteilnehmer war die traditionelle rote Mainelke und in einigen DGB-Landesbezirken auch Maiabzeichen der Gewerkschaft. Neben den Gewerkschaftsrednern traten beispielsweise Bundeskanzler Helmut Schmidt in Gelsenkirchen und Finanzminister Hans Apel als Sprecher auf den Maikundgebungen auf.

Im Mittelpunkt der Aussagen der Gewerkschaftsfunktionäre standen die Auswirkungen der Krise, die Sorge um den Arbeitsplatz, die Lehrstellenverknappung und die Forderungen der Frauen nach gleichem Lohn und Chancengleichheit. Während die Redner zum größten Teil die Bank- und Konzernherren anprangerten, gab es — abgesehen von wenigen Ausnahmen — noch nicht einmal ansatzweise Kritik an der Bundesregierung. Immer wieder wurde hervorgehoben, daß die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern gut dastünde. Ganze Passagen mancher Märedien enthielten Loblieder auf die SPD und die von ihr geführte Regierung. Das wurde in verstärktem Maße offensichtlich in Gebieten, wo Wahlen kurz bevorstanden, beispielsweise in der Rede des DGB-Vorsitzenden Vetter in Gelsenkirchen.

Um unseren Lesern einen Überblick zu geben, veröffentlichen wir nachfolgend Auszüge aus den Reden des DGB-Vorsitzenden Vetter in Gelsenkirchen, des Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, in Regensburg, des stellvertretenden hessischen Landesbezirksvorsitzenden Jochen Richter in Frankfurt, des 2. Landesvorsitzenden der IG Druck und Papier, Manfred Balder, in Wiesbaden-Biebrich, sowie von Hector Cruz, Generalsekretär der chilenischen Metallarbeitergewerkschaft in der CUT, in Wetzlar.

G. M.

## Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender:

Die größte deutsche Privatbank, die Deutsche Bank, hat 1974 ein Rekordergebnis erzielt. Mit 234 Millionen DM erreichte sie den höchsten Jahresüberschuß seit dem Kriege. Das sind — sage und schreibe — 80 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Ihr seht: Die einen verdienen sich doll und dämlich, während andere Pleite gehen. Hier stimmt doch etwas nicht. Wir brauchen deshalb eine andere Wirtschaftspolitik, eine Wirtschaftspolitik, die mehr Gerechtigkeit bringt und endlich eine ausgeglichene Entwicklung ermöglicht.

Arbeitslosigkeit ist kein Naturereignis, kein unabwendbares Schicksal. Sie entsteht, wenn Unternehmer sich falsch verhalten, wenn es an Vorausschau und Übersicht mangelt, wenn Monopole und Kartelle schalten und walten können wie sie wollen, wenn es zu weltweiten Spekulationen und Boykottmaßnahmen kommt. Wir können es nicht zulassen, daß die Unternehmer ihre Schwierigkeiten auf dem Rücken der Arbeitneh-

mer lösen. Deshalb fordern wir heute und erst recht: Die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen der Wirtschaft! Die Gegner der Mitbestimmung können uns nicht beirren. Die Schlagworte vom Gewerkschaftsstaat und von der Funktionärsherrschaft sind dummes Zeug. Wir wollen keinen Gewerkschaftsstaat, wir wollen keinen Unternehmerstaat! Wir wollen Gleichberechtigung!

Unsere Verfassung schreibt vor, daß Eigentum eine soziale Verpflichtung hat. Mit dieser Sozialverpflichtung aber sieht es böse aus. Das haben uns die Flicks, die Quandts und die Geringlings mit ihren riesigen Kapitalverschiebungen gezeigt. Dahinter steckt die gleiche Macht wie hinter den 38 Vorstandsmitgliedern der drei größten westdeutschen Privatbanken. Mit ihren 340 Aufsichtsratssitzen kontrollieren sie die wichtigsten Unternehmen der Bundesrepublik. Und diese gleichen Leute sprechen vom Gewerkschaftsstaat. Für wie dumm halten die uns eigentlich! Vielleicht ist mancher von euch müde, wenn er das jahrelange Hin- und Hergezerre verfolgt. In der Tat, man kann sagen: Weniger Modelle, weniger Kompromisse, weniger juristische Spitzfindigkeiten — dafür aber endlich mehr Mitbestimmung. Deshalb rufe ich die Bundesregierung und den Bundestag auf: Macht jetzt ernst mit dem Recht der Arbeitnehmer auf wirkliche, auf gleichberechtigte Mitbestimmung.

Die politischen und sozialen Auseinandersetzungen werden härter. Täglich erleben wir, daß konservative Kräfte versuchen, dringend notwendige gesellschaftspolitische Reformen zu verteuern. Das Wort vom „Sautall ohnegleichen“ hat Franz Josef Strauß ja gerade in diesem Zusammenhang verwendet. Es hat sich mittlerweile als Bumerang erwiesen. Die Menschen in unserem Lande sind klüger und besser informiert als der CSU-Chef angenommen hat...

Es gibt Leute, die das Rad der Geschichte sogar zurückdrehen wollen. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung von Nordwürttemberg will die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent der Bezüge reduzieren. Das könnte dem Herrn so passen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat mehr als ein Jahrzehnt für die Lohnfortzahlung gekämpft. In Schleswig-Holstein haben die Metallarbeiter monatelang dafür gestreikt. Kein Arbeiter wird zulassen, daß die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angetastet wird. Hände weg, kann ich nur sagen. Hände weg von den Rechten der Arbeitnehmer auf soziale Sicherheit! Wer bei den Krankheitskosten sparen will, soll doch einmal die Preise für Arzneimittel unter die Lupe nehmen. Das Berliner Kammergericht hat erst dieser Tage den Chemie-Konzern Merck dazu verurteilt, bestimmte Vitaminpräparate erheblich billiger zu verkaufen. Die Firma hatte ihre beherrschende Stellung im Markt mißbraucht, um stark überhöhte Preise zu fordern.

Wir werden nicht aufhören, solche Ungerechtigkeiten anzuprangern. Sie sind ebenso ein Schlag ins Gesicht jedes sozial empfindenden Menschen wie das Benehmen des Chefs der Zementfabrik Seibel und Söhne in Erwitte. Rund 160 Kollegen arbeiten dort, zum Teil über 20 Jahre lang. Sie haben die Fabrik aufgebaut. Das Unternehmen ist wirtschaftlich gesünder als viele andere Unternehmen in der Branche. Der Eigentümer konnte sich eine Brauerei in Brasilien und Ländereien in Kanada zulegen. Plötzlich aber wirft dieser feine Herr die Hälfte der Belegschaft hinaus. Der Betriebsrat wird nicht informiert. Einen Sozialplan gibt es auch nicht. Unterdessen genießt der Fabrikant eine schöne Zeit im sonnigen Italien. Doch er hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Seit zwei Monaten ist das Werk besetzt. Die Arbeitnehmer haben ihre Situation auf diese Weise der ganzen Öffentlichkeit vor Augen geführt. Das war ein Akt der Notwehr gegen rüde Unternehmerwillkür. Ich versichere den Kollegen von Erwitte unsere volle Sympathie und unsere ganze Solidarität.

Erwitte ist, wie wir alle wissen, kein Einzelfall. Arbeitnehmer müssen auch heute noch um ihre Rechte kämpfen. Deshalb brauchen sie starke Gewerkschaften. Die Stärke der Gewerkschaften aber beruht auf der aktiven, kampfbereiten Solidarität ihrer Mitglieder.



## Leonhard Mahlein, Vorsitzender IG DruPa:

Diesen 1. Mai begehen wir in wirtschaftlich schwieriger Zeit. Nicht wenige haben ihren Arbeitsplatz verloren, nicht wenige stehen in Kurzarbeit. Und viele spüren in den Betrieben das kälter gewordene soziale Klima. Da wird nach eineinhalb Jahrzehnten Gefasel von „sozialer Partnerschaft“ wieder der nackte Herr-im-Hause-Standpunkt hervorgekehrt. Da benützt man und schürt man mit Panikparolen die Unsicherheit der Arbeitnehmer. Und da wenden Zug um Zug übertarifliche Leistungen oder einmal gegebene soziale Zusagen zurückgenommen.

Nicht wenige Arbeitgeber hoffen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten als Disziplinierungsinstrument gegen die Arbeitnehmer einsetzen zu können. Sie huldigen dem Motto: Das Zuckerbrot in der Hochkonjunktur — die Peitsche immer dann, wenn sich die Stellungssuchenden auf dem Arbeitsmarkt drängeln... Wenn's schwierig wird, zeigt sich halt leider immer wieder, daß diese angeblich soziale Marktwirtschaft dem Unternehmer recht wirksame Waffen gegen die Arbeitnehmer in die Hand gegeben hat.

Es zeigt sich auch, daß die Arbeitgeber gegebenenfalls nicht zögern, ihre Waffen einzusetzen. Sicher: Arbeitslosigkeit ist heute kein Absturz ins Elend. Kurzarbeit ist keine Katastrophe. Dafür sorgt das soziale Schutznetz, das die sozialliberale Koalition seit 1969 enger und enger geknüpft hat. Aber ebenso sicher ist auch, daß das Eingreifen des Staates und die Hilfen der Gesellschaft der Soforthilfe von Rettungssanitätern ähneln. Achtbar sicher, sozialpolitisch auch notwendig — aber eben hilflos, wenn es darum geht, die Ursachen der Wirtschaftsmisere im Ansatz zu bekämpfen...

Wir müssen dieser Marktwirtschaft planerische Korsettstangen einziehen. Das wirtschaftliche Schicksal von Hunderttausenden darf nicht von den Erbschaftstreitigkeiten eines Familiencolans, von der Habgier einer amerikanischen Konzernmutter, von den Urteilen oder Vorurteilen eines arabischen Öltscheichs abhängen. Mehr Mitsprache des Staates bei der Investitionspolitik, Mitsprache und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft sind Schritte auf dem Wege zur Humanisierung unserer Gesellschaft. Dazu gehört auch das Recht auf Arbeit. Es ist nicht zu ersetzen durch das Recht auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Dem Recht auf Arbeit gebührt Verfassungsrang — es gehört im Grundgesetz verankert. Es muß verbindliche Richtlinie für die staatliche Wirtschaftspolitik werden...

Es gibt nämlich einen Herrn in diesem Landstrich, der das alles sehr viel anders sieht. Einen Mann, der die Krise für eine unabänderliche Notwendigkeit sieht. Einen Mann, der die Hoffnung hat, daß ihn die Krise an die Spitze des Staates befördern könnte. Sie wissen, wen ich meine... Um es noch schnell dem Sonthofener Strauß ins Stammbuch zu schreiben: seine Strategie zur Rückgewinnung der politischen Macht ist nicht unser Problem. Wohl aber werden wir uns mit Zähnen und Klauen dagegen wehren, daß nach dem Sonthofener Konzept die sozialen Errungenschaften Schritt um Schritt wieder abgebaut werden sollen.

Ein solcher Schritt würde selbst bei einem politischen Machtwechsel in Bonn die Gewerkschaften zu entschiedenen Gegnern herausfordern. Unsere Stimme kann man nicht bekommen zu dem anvisierten Krankenkassenbeitrag der Rentner, zu dem Versuch, die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung schleichend abzubauen, und zu der Globalstrategie, erreichte soziale Positionen unter Hinweis auf die Kassenlage wieder zurückzudrehen...

Die bundesdeutschen Arbeitnehmer haben es gelernt, die erreichten sozialen Verbesserungen mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Auch wenn es Herr Strauß noch nicht wahrhaben will: die errungenen sozialen Verbesserungen entziehen sich seinem Zugriff. Es wäre klüger, er ließe von vornherein die Finger davon.

## Jochen Richert, stellv. Landesbezirksvors.:

An diesem 1. Mai bekennen wir uns zu dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeitnehmer, bekennen wir uns zu den Gewerkschaften als wirksamste Gegenmacht gegen die alleinige Herrschaft des Kapitals. Die notwendigen sozialen und politischen Erneuerungen können nur von den Gewerkschaften ausgehen. Wer sie dabei hindert, will die Arbeitnehmer, das heißt die Mehrheit unseres Volkes, in Abhängigkeit belassen.

Gerade in der gegenwärtigen Zeit mit verstärkter Arbeitslosigkeit, mit wirtschaftlicher Stagnation und anderen Erscheinungen brauchen wir starke Gewerkschaften, brauchen wir solidarische Verbündete. Was wir nicht brauchen, ist der Beifall von falschen Freunden, was wir nicht brauchen, sind jene Kräfte, die zwar dauernd von Freiheit reden, aber die Arbeitnehmer in einer Unfreiheit halten wollen.

Die Sorge um die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland und die Angst um den Arbeitsplatz stehen im Vordergrund. Die betroffenen Arbeitnehmer erwarten konkrete Hilfe und eine Veränderung der ungerechten Machtverhältnisse, die sich insbesondere in der Privatverfügung der erzielten Gewinne einerseits und andererseits in der Risikogarantie des Staates bei verfehlter Unternehmenspolitik deutlich zeigen. Dieser Staat ist verpflichtet, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Wir, die deutschen Gewerkschaften, werden alles tun, damit der Arbeiter, Angestellte und Beamte seinen Platz in der Wirtschaft, in der Industrie, in der Verwaltung einnimmt, der ihm zukommt. Über unsere ursächliche Aufgabenstellung, nämlich:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- Bekämpfung der Ausbeutung in all ihren Formen und
- die soziale Sicherung der Arbeitnehmer, hinaus,

ergibt sich heute für uns der Anspruch und die Notwendigkeit, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu vertreten. Die Arbeitnehmer tragen die Hauptlast der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Die Arbeitnehmer zahlen heute schon die meisten Steuern. Die Arbeitnehmer sind die ersten, die entlassen werden bei einer wirtschaftlichen Krise...

Wir als Gewerkschaften müssen den Gefahren begegnen, die in zunehmendem Maße von der Konzentration in Wirtschaft und Industrie ausgehen. Der Arbeitnehmer will und muß Gewißheit haben, nicht bei jedem Windstoß der Konjunktur seine Arbeit und damit seine soziale Sicherheit zu verlieren...

Noch ein Wort zur Mitbestimmung: Mitbestimmung richtet sich gegen Herrschaft, Mitbestimmung bedeutet Machteinsschränkung für die und dort, wo Macht ausgeübt wird, wo Abhängigkeiten entstehen. Die Durchsetzung der qualifizierten Mitbestimmung ist ein Prüfstein unserer Demokratie geworden. Warum? Im Verlauf der politischen Entwicklung der Bundesrepublik kam es nicht zu der im DGB-Grundsatzprogramm geforderten und als unverzichtbar verstandenen Gleichzeitigkeit von Vergesellschaftung, Wirtschaftsplanung und Mitbestimmung...

Ein anderer Punkt, der an diesem 1. Mai angesprochen sein soll, ist die Frage der politisch begründeten Nichteinstellung für Lehrer und andere Bedienstete im öffentlichen Bereich. In den letzten Tagen hat es hierzu ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts gegeben. Kernsatz in der Urteilsbegründung ist: Mitgliedschaft in bestimmten Parteien bzw. in einer bestimmten Partei und „Zweifel“ durch die Anstellungsbehörde genügen, um einen Bewerber abzuweisen. Unser Grundsatz lautet: Niemand darf entlassen oder nicht eingestellt werden, weil er sich politisch und gewerkschaftlich für Arbeitnehmerinteressen einsetzt... Mit juristischen Tricks lassen sich solche Probleme nicht lösen...

## Manfred Balder, IG DruPa, 2. Vors. in Hessen:

Wer wärmt sich denn an der Krise die Hände? Es sind die Kräfte, die versuchen, die Krise auszunutzen, um die politische Entwicklung unseres Landes nach rechts zu drücken. Es sind die Kräfte, die Arbeitslosigkeit und Krisenfurcht als Disziplinierungsmittel für die Arbeiter und Angestellten ansehen. Es sind die Kräfte, die die Legitimität von Streiks bestreiten, die Mitbestimmung als verfassungswidrig bezeichnen und die staatliche Kontrolle der Gewerkschaften fordern. Es sind die Kräfte, die anarchistische Terroristen zum Vorwand nehmen, um z. B. das Versammlungs- und Demonstrationsrecht einzuschränken, obwohl anarchistische Terroristen alles andere tun, als öffentliche Versammlungen und Demonstrationen abzuhalten.

Es wurde zu Recht auf die Verdienste der älteren Kollegen hingewiesen. Sie alle — unabhängig von der Parteirichtung — sind in den ersten Nachkriegsjahren mit dem Willen und der Bereitschaft zur Neuordnung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse angetreten...

Aber diese Entwicklung ist nicht unaufhaltsam; sie verläuft nicht zwangsläufig. Die demokratischen Kräfte können vereint ihre reaktionären Gegner ins politische Abseits drängen; sie können die Initiative wiedergewinnen; sie können die verfassungsmäßigen Rechte sichern, den sozialen Besitzstand erhalten und den gesellschaftlichen Fortschritt garantieren.

Dazu brauchen wir aber die Aktionseinheit; dazu brauchen wir insbesondere unsere gewerkschaftliche Einheit. Es ist doch nicht wahr, daß die arbeitenden Menschen unseres Landes kein Interesse mehr an sozialen Reformen hätten. Das ist doch nicht eine Frage von übersteigerten Erwartungen. Das ist doch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Sollen weiterhin die Grenzen für Reformen in diesem Lande der Profit der Unternehmer sein? Soll sich die Regierung weiterhin in der Berufsausbildung und in der Mitbestimmung erpressen lassen? Wie ist es denn um die Glaubwürdigkeit von Politikern bestellt, die zweistellige Lohnforderungen aus der Fassung bringen, aber ein elfstelliger Rüstungsetat ungerührt läßt...?

Was ist zu tun? Wir müssen die Schutzfunktion der Gewerkschaften in den Betrieben noch besser organisieren. Die Erfahrungen zeigen, daß die Kraft der Gewerkschaften auf ihrer Stärke in den Betrieben beruht. Man muß immer dort kämpfen, wo man stark ist. Gewerkschaftliche Betriebsarbeit kann man nicht mit imponierender Radikalität betreiben — das ist harte, mühselige Kleinarbeit, die Schritt für Schritt geleistet werden muß, um wirkliche Veränderungen zu bewirken. Der Klassenkampf vollzieht sich nicht nur in großen Schlachten, sondern er ist täglicher Kleinkrieg.

Das alles wollen uns die Unternehmer, ihr publizistischer und politischer Anhang ausreden. Aber wenn die Unternehmer reden, sollte man zweimal zuhören und dreimal nachdenken. Das gilt auch für die bildreiche Sprache von dem gleichen Strick, an dem wir angeblich alle ziehen. Es kommt natürlich darauf an, wer diesen Strick in der Hand und wer ihn um den Hals hat...

In Europa beginnt eine neue historische Phase. Wir sind auf dem schwierigen Weg von der feindlichen Konfrontation zur friedlichen Koexistenz. Der Zusammenbruch des kalten Krieges ist ein Sieg des Verstandes über den Wahnsinn. Europa hat eine Perspektive des Friedens vor sich — 30 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus.

Aber wir müssen wachsam bleiben. Die aggressiven Abenteurer sind auch in unserem Lande noch nicht ausgestorben. Der politischen Entspannung muß endlich die militärische Entspannung folgen. Das Rad der Geschichte darf nicht zurückgedreht werden. Dafür muß die Arbeiterbewegung unseres Landes ein Garant bleiben — auch gegenüber den anderen Völkern in Europa und in der ganzen Welt.

## Hector Cruz, Generalsekr. der CUT:

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, grüßt der chilenische Gewerkschaftsbund alle chilenischen Arbeitnehmer, die in der BRD leben. Die herzliche Grußadresse gilt auch dem DGB und damit allen deutschen, spanischen, portugiesischen, italienischen, türkischen, jugoslawischen und griechischen Arbeitnehmern, die in diesem Lande leben und arbeiten. Unser besonderer Gruß an diesem Tag — der an die Kämpfe aller Arbeiter auf der Welt erinnert — richtet sich vor allem an die deutschen Arbeitnehmer, die sich mit uns solidarisieren und uns unterstützen.

Diese Solidarität brauchen wir heute mehr als je zuvor, weil ihr alle wißt, daß mehr als 80 Prozent der Gefangenen in unserem Land Arbeiter und Bauern sind. Die Repression der Militärjunta ist ein Klassenkampf gegen die chilenischen Arbeiter. Deswegen hat unsere Solidarität auch einen Klassencharakter gegenüber unseren Arbeitskollegen, die noch in den Gefängnissen sitzen. Unsere Solidaritätskampagne soll dem Beispiel der Arbeiter in den verschiedensten Ländern folgen, wie beispielsweise in Australien, Italien, Frankreich und Schweden und insbesondere in England, die sich mit dem chilenischen Volk solidarisch erklärt haben und in einem internationalen Boykott verhindert haben, daß Kupfer aus Chile exportiert wurde und sich weigern, Erzeugnisse nach Chile auszuliefern.

Die Arbeiter aus Schweden und Finnland weigern sich seit Monaten, Kupfer, das aus Chile kommt, auszuliefern, weil sie der Ansicht sind, daß man damit gegen die Junta Druck ausüben kann. Die Militärjunta hat dafür eine Lösung gefunden: Das Kupfer wird im Hamburger Hafen ausgeladen und von dort in skandinavische Länder transportiert. Wir sind davon überzeugt, daß die Werftarbeiter in Hamburg diese Manöver nicht dulden und sich diesem Boykott anschließen, weil dieser Boykott sehr wichtig ist, um die Militärjunta zu stürzen.

Andererseits hungert unser Volk, da es keine Arbeit hat. Das staatliche Kupferunternehmen (CODELCO) aus Chile versucht, in dem Dorf Emmerich in der Nähe der holländischen Grenze eine Fabrik aufzubauen, obwohl es in Chile 20 Prozent Arbeitslose gibt. Wir, die chilenischen Arbeiter, erwarten von den deutschen Arbeitern und ihren Gewerkschaften, die uns in ihrem Land aufgenommen und uns zu dieser Kundgebung eingeladen haben, sich mit allen Kräften gegen den Bau dieser Fabrik einzusetzen, sich an dem internationalen Boykott zu beteiligen und noch einmal gegenüber der Junta zu betonen, daß der DGB gegen die Teilnahme der BRD an den Umschulungsverhandlungen in Paris ist.

Heute, am 1. Mai 1975, gilt unser Gruß und unsere Dankbarkeit all den Millionen Frauen und Männern, die sich mit unserem Volk solidarisiert haben. Wir möchten auf dieser Kundgebung noch einmal betonen, daß die Repression in Chile von Tag zu Tag schlimmer wird und man alle humanistischen Rechte mit Füßen tritt. Heute ehren wir alle, die im Kampf um demokratische Freiheit in Chile gefallen sind und alle Kollegen, die noch in Gefängnissen und Konzentrationslagern sitzen. Wir haben Vertrauen in unsere Arbeiterklasse, die sich nicht unterwerfen lassen wird und trotz all dieser Umstände immer noch für die Rechte der Menschen, für gewerkschaftliche Freiheit und Gerechtigkeit kämpft.

Arbeiterkollegen, wir richten hier noch einmal einen Gruß an die Völker, die als Symbol des Weltproletariats z. B. in Portugal eine 40jährige Diktatur überwunden haben. Das ist ein Vorbild für die chilenische Arbeiterklasse! Wir richten ebenfalls Grüße an die Kämpfenden, wie Vietnamesen und Kampodschaner, die den Erzfeind der Arbeiterklasse — den amerikanischen Imperialismus — fast beseitigt haben. Es lebe die Solidarität der chilenischen Arbeiterbewegung. Venceremos! Vereint werden wir siegen!



# Berufsbildungsreform und Ausbildungsplätze jetzt!

Am 19. April 1975 fanden in Dortmund und Frankfurt/Main machtvolle Demonstrationen und Kundgebungen des DGB gegen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung und für eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes statt, an denen sich in beiden Städten 40 000 Gewerkschafter beteiligten. Bereits eine Woche vorher hatten annähernd 15 000 überwiegend junge Menschen mit einer Kundgebung für ihr Recht auf freie Berufswahl und Chancengleichheit demonstriert. Nachfolgend veröffentlichten wir wichtige Aussagen der Hauptredner auf den drei Kundgebungen:

## Karl Schwab in Dortmund:

Die Auseinandersetzung um die Reform der Berufsbildung hat ein Stadium erreicht, in welchem nicht mehr die Anliegen — nämlich eine ausreichende berufliche Bildung für alle Jugendlichen — sondern die unterschiedlichen Auffassungen über die Aufgaben der Gesellschaft, in der wir leben, zu Lasten der Arbeitnehmer und insbesondere der jugendlichen Arbeitnehmer ausgetragen werden. Ich stelle fest: Seitdem im Auftrag der Bundesregierung die außerschulische berufliche Bildung wissenschaftlich untersucht wurde, wissen wir genauer, unter welchen Bedingungen 1,3 Millionen Jugendliche ihre Berufsausbildung erhalten.

Die Edding-Kommission hat zum Beispiel festgestellt: Der von den Kammern vermittelte Eindruck, daß Berufsausbildung eine Aufgabe sei, die auf der gesamten Wirtschaft lastet, ist falsch: Nur zehn Prozent aller IHK-Betriebe und 26 Prozent aller Handwerksbetriebe beteiligen sich an der Ausbildung. Über zehn Prozent aller Betriebe erwirtschaften mit der Berufsausbildung nachweislich Gewinne. Dabei verdienen die kleineren Betriebe mehr als die großen. Oder anders ausgedrückt: Ein Kleinbetrieb hält sich mitunter auch auf Kosten der Auszubildenden über Wasser. Nur drei Prozent aller IHK-Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten verdienen an der Ausbildung. Bei den Handwerksbetrieben verdienen immerhin 17 Prozent. 70 Prozent aller Auszubildenden befinden sich in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten.

Von den insgesamt 136 000 Ausbildern, die bei den Industrie- und Handelskammern erfaßt sind, üben ganze sieben Prozent hauptamtlich ihre Tätigkeit aus. Von den 97 000 im Handwerk erfaßten Ausbildern sind nur fünf Prozent hauptamtlich tätig. Diese wenigen Fakten machen schlaglichtartig deutlich, wie notwendig die Reform der beruflichen Bildung ist.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im April 1972 111 Thesen zur Reform der beruflichen Bildung vorgelegt. Dies war erforderlich, weil sich das Berufsbildungsgesetz von 1969 als unzureichend zur Lösung der drängenden Probleme von 1,3 Millionen Auszubildenden erwiesen hat. Dieses Gesetz hat es nicht möglich gemacht, das Qualitätsgefälle in der betrieblichen Ausbildung zwischen Groß- und Kleinbetrieb, zwischen Stadt und Land abzubauen. Dieses Gesetz gab dem Staat kein Instrumentarium in die Hand, um ein ausreichendes Angebot an qualitativ hochwertigen Ausbildungsstellen in allen Landes- teilen sicherzustellen.

Dieses Gesetz sicherte nicht die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichheit aller ohne Ansehen der Herkunft und die Freiheit der Wahl des Berufes, wie sie unsere Verfassung fordert.

Die Arbeitnehmer sehen sich einer Situation gegenüber, in der erworbenes Wissen in immer kürzeren Zeitabständen veraltet. Moderne Produktionsmethoden treiben die Arbeitsteilung im-

mer weiter voran. Hochqualifiziertes Spezialistentum ist das eine Ergebnis, vielfache Dequalifizierung menschlicher Arbeitskraft das andere. Berufsbildung unter den derzeitigen Bedingungen hat vorrangig das Ziel: Die Arbeitskraft möglichst rasch und billig für den Produktionsprozeß verwertbar zu machen.

Die Gewerkschaften fordern deshalb:

Die berufliche Bildung muß künftig inhaltlich so gestaltet werden, daß sie es dem Arbeitnehmer ermöglicht,

- nach Beendigung der Berufsausbildung den von ihm gewählten Beruf auszuüben,
- die für einen Berufswechsel erforderlichen Grundqualifikationen zu erwerben,
- durch die gesellschaftliche und technologische Entwicklung bedingte Veränderungen des Arbeitsprozesses zu bewältigen,
- auf allen Ebenen des Staates demokratische Rechte wahrnehmen und Funktionen ausüben zu können.

Das ist nur möglich, wenn die berufliche Bildung künftig öffentliche Aufgabe sein wird. Sie darf nicht länger ausschließlich privatwirtschaftlicher Verfügung überlassen werden, sondern muß Teil einer Neugestaltung des gesamten Bildungssystems sein. Dabei ist die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung anzustreben. Die Bildungsreform hat für uns Vorrang, weil hier Weichen gestellt und Veränderungen vorbereitet werden.

Wer es mit der Demokratie ernst meint, muß Demokratie einüben, muß die einfachsten Voraussetzungen schaffen, damit aus Verfassungsrecht auch für den Arbeitnehmer Verfassungswirklichkeit wird. Deshalb stehen die Gewerkschaften vor der Aufgabe, beides durchzusetzen: Paritätische Mitbestimmung und die Reform der beruflichen Bildung.

## Hans Preiss in Frankfurt:

In der Schule hieß es: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätten frei zu wählen.“ Wir fragen: Was ist aus diesem Recht für 600 000 Jugendliche, für über 100 000 Arbeitslose geworden? Wir, die wir hier stehen, klagen an: Unser Grundgesetz, unsere verfassungsmäßigen Rechte werden mit Füßen getreten! Aber spiegeln die Zahlen der Statistik wirklich das ganze Ausmaß der Not? Den Zahlen- spielereien halten wir entgegen: Gewerkschafter lassen sich nicht ausschließlich von Statistiken beeindrucken. Für uns zählt, neben der Zahl, immer noch der Mensch, zählt immer noch das Einzelschicksal. Das unterscheidet uns von anderen.

Was spielt sich aber in Wirklichkeit ab? Zehntausende von Schulabgängern haben die Hoffnung verloren, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Viele haben es satt, vergeblich im Korridor des Arbeitsamtes zu warten. Sie erhalten kein Arbeitslosengeld, sie erhalten keine Arbeitslosenhilfe! Keine Statistik verzeichnet sie. Die amtliche Statistik verschweigt alle Jugendlichen, die durch ziellose Verlängerung der Schulzeit ihre Arbeitslosigkeit nur aufschieben, die entgegen ihren Fähigkeiten und Neigungen dem Zwang unterworfen werden jede Lehrstelle wahllos annehmen zu müssen. Die amtliche Statistik übergeht auch alle die Jugendlichen, die irgendwo als Hilfsarbeiter angefangen haben.

Diese Demonstration beweist: Wir sind uns einig. Jugendarbeitslosigkeit ist die brutalste Erscheinungsform der gegenwärtigen Krise. Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur eine drückende Last für jeden Jugendlichen, Jugendarbeitslosigkeit ist eine Provokation für alle Arbeitnehmer. Wir machen uns keine Illusionen. Mit moralischer Entrüstung ist nichts getan. Wir fallen nicht auf die Beteuerungen der Unternehmer herein. Ihr Gerede von angeblicher „Sorge um die Jugend“ ist blanker Hohn, ist blanke Heuchelei! Nur die Kraft der Arbeiter und Angestellten, nur die solidarische Aktion kann hier die Wende bringen!...

Um was geht es? Es geht um die Zukunft aller arbeitenden Menschen. Es geht darum, ob der Lebensweg von Hunderttausenden nach wenigen Jahren in einer Sackgasse endet,

- weil die berufliche Bildung schmalspurig war,
- weil der Beruf, den sie einmal erlernt haben, nur noch den Heimatforscher interessiert,
- weil die betriebliche Ausbildung in Wahrheit eine kurzfristige Verwertung unverbrauchter, leistungsbereiter Arbeitskraft im Auge hat.

Die Reform erschöpft sich für uns nicht in einer Anpassung der Ausbildungsgänge von Arbeitern und Angestellten an die jeweiligen Bedürfnisse von Einzelbetrieben. Uns geht es nicht darum, die Produktion menschlicher Arbeitskraft „durchzurationalisieren“. Uns geht es nicht allein darum, Finanzierungsfragen zu lösen, so wichtig das auch ist. Nein! Es geht darum, eine Bresche zu schlagen für das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften. Es geht darum, die Ausbildungsherrschaft der Unternehmer über Jugendliche und Erwachsene zu brechen.

Damit hier keine Mißverständnisse aufkommen: Es kann uns nicht gleichgültig sein, wer in Bonn regiert. Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß Strauß und Dregger den Marsch auf Bonn antreten. Aber damit auch klar wird: Gewerkschafter sind keine Regierungssprecher. Wir haben hier und heute nicht irgendeinen Koalitionskompromiß zu vertreten. Wir müssen Position beziehen. Wir müssen deutlich machen: Gewerkschafter haben die Interessen aller Arbeiter und Angestellten gegen die Macht des Kapitals zu vertreten. Aus dieser Verpflichtung kann sich kein Gewerkschafter herausmogeln.

Der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften lehnen den vorliegenden Entwurf eines neuen Berufsbildungsgesetzes als völlig unzulänglich ab. Berufsbildung ist eine öffentliche Aufgabe. Sie muß die Rechte aller Auszubildenden garantieren! Das fordern wir hier und heute... Das, was jetzt im Kabinett verabschiedet wurde, sichert nicht das Recht aller Jugendlichen auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit; sichert nicht das Recht auf einen Ausbildungsplatz; sichert nicht ein einheitliches Berufsbildungsrecht für alle. Der Entwurf klammert die Beamten aus und privilegiert das Handwerk. Wir fordern die Beseitigung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land, Groß- und Kleinbetrieb. Der Entwurf beseitigt diese Unterschiede nicht. Gerade deshalb fordern wir eine neue Finanzierung der Berufsbildung. Der Entwurf aber überläßt weiterhin die Kosten einer qualifizierten Berufsbildung dem profitorientierten Einzelbetrieb.

Wir fordern auch, daß den Kammern die Mitwirkung in der Berufsbildung entzogen wird. Sie haben versagt. Sie sind eindeutig Werkzeuge der Unternehmer. Deshalb fordern wir die Mitbestimmung der Gewerkschaften auf allen Ebenen! Den Unternehmern und Reaktionären schreiben wir ins Stammbuch: Für uns ist Mitbestimmung kein Marionettentheater, in dem wir die Holzpuppen stellen und die Unternehmer die Fäden ziehen! Unsere Jugend will nicht dirigiert und verwaltet werden, sie will mitbestimmen durch ihre Gewerkschaften!

Aber auch unseren Freunden in Bonn sagen wir: Eine Reform, die ohne breite Beteiligung der Betroffenen und ihrer Gewerkschaften Gesetz wird, eine Reform, die hinter den verschlossenen Türen der Ministerialbürokratie ausgeheckt wird — die kann nicht den Interessen der jungen Arbeitnehmer entsprechen, auch wenn sie diesen Anspruch tausendmal erhebt!...

In der Bundesrepublik wird seit Jahrzehnten jedes Rindvieh und jeder Kirschbaum gezählt, die Zahlen zur Lehrstellensituation aber müssen noch immer über den Daumen gepeilt werden. Wir wundern uns nicht, wenn viele an der Möglichkeit durchgreifender Reformen zweifeln. Damit es deutlich wird: Wer von der Beordnung der Gesamtschulen kommt, wer die Rahmenrichtlinien wie eine heiße Kartoffel hat fallen lassen, wer Minister wie Friedeburg in die Wüste schickt und beim ersten Ansturm der Unternehmer auf die Reform der beruflichen Bildung zurückgewichen ist, der gibt jenen Recht, die Reformen in unserer Gesellschaft als unmöglich ansehen.

## Georg Benz in Stuttgart:

Der Silberstreifen am Horizont des Arbeitsmarktes — vor einigen Tagen vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit verkündet — läßt Tausende verzweifelter Arbeitslose auf ein Ende der Krise hoffen. Sie haben vielleicht die Chance, nach Monaten zermürbenden Wartens, nach oft entwürdigenden Erfahrungen bei der Arbeitsplatzsuche, bei einem Heraus aus dem konjunkturellen Tief wieder Arbeit zu finden.

Weniger Hoffnung haben weit mehr als hunderttausend jugendliche Arbeitslose. Sie wissen bisher nicht, ob in absehbarer Zeit, auch bei einer Wiederbelebung der Wirtschaft, ausreichend Lehrstellen geschaffen werden. Sie befürchten, auch in diesem Lande keine Chance zu haben, wenn die neuen Schul- entlassenen zu den Ausbildungsmöglichkeiten drängen. Sie haben Angst davor, abgestempelt zu sein. Sie wollen nicht als jene gekennzeichnet werden, die angeblich nicht lernen und nicht arbeiten wollen, wie es manche verantwortungslose Zeitgenossen mit beispiellosem Zynismus behaupten.

Die Folgen sind bereits eingetreten: Die Angst draußen, vor den Toren der Ausbildungsstätten und -betriebe bleiben zu müssen, hat Tausende Jugendlicher bewogen, auf den ursprünglich gewünschten Ausbildungsberuf zu verzichten. Sie haben, losgelöst von Neigungen und Interessen, den Lehrberuf ergriffen, der sich ihnen gerade anbot.

Ihre Ausbildungserwartungen haben sich nicht erfüllt. Trotz dieser Enttäuschung schätzen sie sich glücklich, denn sie sind nicht draußen geblieben. Wir aber wollen daran erinnern, daß wir Rechte haben. Grundrechte, die wir als Bürger eines demokratischen Staates geltend machen können und müssen. Unser Grundgesetz garantiert das Recht auf Arbeit und das Recht auf freie Berufswahl. Dieses unser Recht, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und Ausbildung öffentlich einzuklagen, dazu sind wir hier zusammengekommen!

Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben nach den Erfahrungen der Arbeiterbewegung die Position des Kapitals noch nie geschwächt. Stets haben die wirtschaftlich Mächtigen solche Verhältnisse brutal und rücksichtslos für ihre egoistischen Interessen genutzt. Sei es durch Disziplinierungsversuche und Provokationen in Tarifausschließungen, sei es durch den Versuch, den Willen und die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer für gesellschaftliche Reformen zu brechen.

Reformverzicht — Reduzierung der Ansprüche! Das sind auch heute wieder ihre Empfehlungen an die Arbeitnehmer. Mit Arbeitslosigkeit, Einkommenseinbußen und sozialer Unsicherheit sollen die Arbeitnehmer ihren Beitrag zur konjunkturellen Wiederbelebung der Wirtschaft leisten. Darüber hinaus sollen sie auf die drängenden, seit Jahrzehnten von allen Gewerkschaften geforderten Reformen verzichten.

Solchen Empfehlungen der Unternehmer und ihrer politischen Freunde — wie Strauß, Dregger und andere — werden wir eine eindeutige Abfuhr erteilen. Wir sagen ihnen mit aller Deutlichkeit: Wir lassen uns nicht erpressen! Dieser Tribut an die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren Krisen und Pleiten wir nicht zu verantworten haben, ist uns zu hoch! Wir strafen ab! jene Lügen, die behaupten, die Arbeitnehmer seien zu verängstigt und müde, um für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, für Reformen kämpfen zu können. Gerade hier in Baden-Württemberg haben Hunderttausende Gewerkschafter wiederholt und erfolgreich bewiesen, daß sie in der Lage sind, ihre Rechte zu erstreiten.

Auch diese Kundgebung heute beweist es: Die Arbeitnehmer lassen sich nicht einschüchtern durch die Großoffensive der konservativen und reaktionären Kräfte. Sie sind bereit, für ihre berechtigten Forderungen auf die Straße zu gehen. Wir wollen deutlich machen: Die Gewerkschaftsjugend ist mit allen in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisierten Arbeitnehmern solidarisch mit den arbeitslosen Jugendlichen — mit allen, die heute arbeitslos sind oder um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.



Vor allem bekunden wir an dieser Stelle unsere Solidarität mit den arbeitslosen ausländischen Arbeitnehmern. Für sie — die aus anderen Ländern zu uns kamen, um Arbeit und Brot zu finden — kann Arbeitslosigkeit direkt in Not und Elend führen. Für diese Jugend aber kann das das Ende des Bildungsprozesses bedeuten. Sozialisation und Integration in das Gastland bleiben erfahrungsgemäß dabei endgültig auf der Strecke.

Ein weiteres wollen wir als Gewerkschafter klarstellen: Die arbeitslose Jugend ist nicht bereit, sich zum Bodensatz dieser Leistungsgesellschaft degradieren zu lassen. Sie ist nicht bereit, jene Ideologie scheinbar zu rechtfertigen, welche behauptet: Wer es in dieser Gesellschaft zu nichts bringe, der trage selbst die Schuld. Die Jugend will hier und heute sichtbar und unüberhörbar demonstrieren: Wir wollen lernen, wir wollen arbeiten!

Wir rufen deshalb erneut die Verantwortlichen auf: Macht Ernst mit dem grundgesetzlich garantierten Recht auf freie Berufswahl. Schafft die Voraussetzungen dazu durch mehr Lehrstellen!

- Verwirklicht endlich die Bildungsreform, in der allgemeine und berufliche Bildung gleichberechtigt und eine Einheit sind.
- Macht endlich Ernst mit dem Anspruch auf Chancengleichheit, damit Hunderttausende jugendlicher Erwerbstätiger aus dem bildungspolitischen Schatten heraustreten können, damit die Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien nicht länger gesellschaftspolitisch diskriminierte Stiefkinder der Nation sind.
- Garantiert das Recht aller Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz, der eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht. Erlöst die Jugendlichen und ihre Eltern von der Verunsicherung, die mit den Spekulationen über das Ausbildungsangebot erreicht wird.
- Garantiert die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in allen Fragen der beruflichen Bildung.

Unsere wirtschaftlichen Probleme, Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind keine zufällige Erscheinung. Sie sind Ausdruck der Struktur unseres kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Hier bestimmen die privaten Investitionsentscheidungen der Unternehmer über das Auf und Ab in der Wirtschaft. Von den Entscheidungen weniger ökonomisch mächtiger Kapitalvertreter hängt es ab, wieviel Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wo sie zur Verfügung stehen, was dort produziert wird. Sie bestimmen auch weitgehend uneingeschränkt darüber, wie die Arbeitsplätze aussehen, welchem Leistungsdruck, welchen Belastungen die Arbeiter und Angestellten ausgesetzt sind.

Eine gleichgewichtige wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist auf Dauer nur dann zu erreichen, wenn die Entscheidungen über Investitionen, Arbeits- und Ausbildungsplätze der einseitigen Kompetenz des Kapitals entzogen werden, wenn sie losgelöst werden von ihrer alleinigen Orientierung am Profit. Wenn wir unseren hart erarbeiteten Lebensstandard sichern und ausbauen wollen, gilt es mehr denn je, sich für die Realisierung der im DGB-Grundsatzprogramm enthaltenen Forderungen nach Demokratisierung der Wirtschaft einzusetzen.

Wirtschaftliche Fehlentscheidungen, in ihrer Folge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, politischer Mißbrauch autonomer wirtschaftlicher Macht haben in den letzten Jahren nur einmal mehr bewiesen, daß das vorhandene wirtschaftspolitische Instrumentarium nicht mehr ausreicht. Sie zeigen, wie berechtigt und dringend unsere Forderungen sind,

- nach einer demokratischen Investitionslenkung,
- nach gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung zur Koordination und Kontrolle einzelwirtschaftlicher Entscheidungen,
- nach paritätischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen in den Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen.

## IG Metall der DDR auf Gegenbesuch

Auf Einladung des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland weilte vom 5. bis 11. April 1975 eine Delegation, bestehend aus sechs Kolleginnen und Kollegen des Präsidiums des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Metall im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund der Deutschen Demokratischen Republik, zu einem Studienbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Die Delegation wurde vom Kollegen Reinhard Sommer, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, geleitet.

Der erste Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Kollege Eugen Loderer, informierte die Delegation über Aufgaben und Wirken der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, über die Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Die Delegation hatte Gelegenheit, sich eingehend über die Arbeit der Industriegewerkschaft Metall zu informieren.

Bei Besuchen verschiedener Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen der Industriegewerkschaft Metall und Betrieben der metallverarbeitenden und Stahl-Industrie wurden Gespräche mit Funktionären und Mitgliedern über ihre Tätigkeit geführt. Hierbei handelte es sich insbesondere um das Kennenlernen der Mitbestimmung bei Kohle und Stahl.

Im Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes legten die Delegation der IG Metall im FDGB und der Vorstand der IG Metall in der Bundesrepublik in der Gedenkstätte Dachau Kränze nieder. Die DDR-Delegation informierte sich sehr eingehend über die Bildungsarbeit der Industriegewerkschaft Metall im Bildungszentrum Sprockhövel. Die Vertreter der IG Metall im FDGB wurden durch den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes empfangen.

Der Vorsitzende der IG Metall im FDGB, Kollege Sommer, sprach im Namen der Delegation den Dank an den Vorstand der IG Metall in der Bundesrepublik für die erwiesene Gastfreundschaft aus. Er hob die Nützlichkeit des gegenseitigen Meinungsaustausches hervor. Er erläuterte die Arbeit der IG Metall im FDGB und schilderte ihre Verantwortung und umfassende Interessenvertretung der Metallarbeiter der DDR sowie die Verwirklichung der Beschlüsse der 8. Zentraldelegiertenkonferenz.

Bei einem abschließenden Gespräch mit dem Vorstand der Industriegewerkschaft Metall wurde die derzeitige internationale Lage erörtert. Beide Seiten begrüßen die Entspannungspolitik sowie die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen. Beide Seiten unterstützen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, da sie der Verwirklichung der humanitären Gewerkschaftsideen dienen und verurteilen gewaltsame Auseinandersetzungen, die zu Lasten der arbeitenden Menschen gehen. Sie sprechen sich für gegenseitige, vorteilhafte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen ihren Ländern aus.

Es wurde vereinbart, auch in Zukunft weitere Delegationen auszutauschen. Zu diesem Zweck werden Beauftragte beider Seiten Vorschläge ausarbeiten über Inhalt, Umfang und Ziele von weiteren Begegnungen. Dieses Ergebnis wird den beiden Vorständen zur abschließenden Beschlußfassung unterbreitet.

Am Donnerstag, dem 10. April 1975, gab die Ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland einen Empfang aus Anlaß des Besuchs der Delegation in der Bundesrepublik Deutschland.

## Gemeinsamkeiten

In seiner Sonthofener Geheimrede hat Franz Josef Strauß auf den Verzicht auf konkrete Rezepte zugunsten allgemeiner „Konfrontierung“ und „Emotionalisierung“ gesetzt. Unverhohlen war er eingetreten für eine Katastrophopolitik, bei der sich Reaktionäre und Anarchisten auf Kosten von Demokraten und Reformern gegenseitig in die Hände spielen. Im Gegensatz dazu scheinen zum Beispiel der CDU-Generalsekretär Biedenkopf und der Vorsitzende der CDU-Grundsatzkommission von der Notwendigkeit inhaltlicher Alternativen überzeugt zu sein. Die Unterschiede reduzieren sich jedoch auf Formfragen, wenn man sich die Glaubensbekenntnisse der Christdemokraten genauer ansieht. So schreibt von Weizsäcker: „In einer Welt des Wandels dürfen soziale Besitzstände nicht einfach tabuisiert werden. Die Bürger müssen wieder lernen, für sich selbst zu sorgen.“ Das wäre ein Abbau unseres Systems der sozialen Sicherung.

Hier treten Gemeinsamkeiten in der Opposition zutage. Ganz offensichtlich wollen die Genannten in trauter Übereinstimmung Krise und Krisenfurcht für ihr politisches Geschäft ausbeuten. Mit einer Nuance:

Der eine, Herr Strauß, denkt kurzfristig. Er hat die Regierung unmittelbar im Visier. Er möchte die Krise vor allem als Vehikel für die Korrektur politischer Mehrheiten, für die Übernahme der Macht, ausnutzen. Die anderen, nämlich die Herren Biedenkopf/von Weizsäcker, denken mittelfristig. Sie haben die Arbeitnehmer auch im Visier. Sie möchten die Verunsicherung nutzen, um den Arbeitnehmern ihren Anspruch am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt auszurenden.

Offensichtlich haben wir es mit einer Zangenbewegung gegen die Arbeitnehmer zu tun. Der eine will auf dem Rücken der Arbeitnehmer zur politischen Macht. Die anderen wollen auf dem Rücken der Arbeitnehmer Politik machen. So deutlich ist uns das noch nie gesagt worden. Für diese Offenheit müssen wir dankbar sein. Es liegt an den Arbeitnehmern, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Eugen Loderer in „Metall“, Nr. 6, 25. März 1975, Seite 2 — Zeitung der IG Metall.

## Notwendige Entscheidung

Wie kommen die Arbeiter in den portugiesischen Betrieben dazu, auf Lastwagen und mit allerlei Gerät bewaffnet, den vom Rechtsputsch bedrohten Soldaten in Lissabon zu Hilfe zu eilen, wenn sie — laut „Bild“ — doch von diesen Soldaten in eine neue Diktatur gezwängt wurden? Wie kam es, daß die Bevölkerung den Fallschirmjägern, die mit Unterstützung General Spínolas Lissabon erobern sollten, zurief:



„Das Volk steht nicht auf eurer Seite!“? Drücken sich da — wie es „Bild“ wohl sieht — kommunistisch manipulierte Emotionen (Gefühle) oder drückt sich da die eigene politische Überzeugung der Bevölkerung aus?

Als die Bankangestellten die Verstaatlichung der Großbanken forderten, griffen sie nicht aus purer Lust am Gefühl einen kapitalistischen Buhmann, „die Bank“, an, sondern stützten sich auf Fakten, die sie ein Jahr lang gesammelt hatten. Gleich nach dem Sturz der faschistischen Diktatur vor einem Jahr hatte die erste portugiesische Übergangsregierung den Banken vier Milliarden Mark für Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Davon erhielt die wichtigste portugiesische Handelsbank, die „Banco Espírito Santo e Comercial de Lisboa“, den größten Anteil.

Diese Bank steckte das Geld in zwei ihr gehörende Unternehmen, die sie damals gerade systematisch abwirtschaftete. Während sie das Kapital der einen Firma um das Vielfache und das der anderen um das Doppelte aufstockte, kündigte sie den Arbeitern weitere Massenentlassungen an, anstatt auch nur einen einzigen neuen Arbeitsplatz zu schaffen. Die Bankangestellten sprachen von Wirtschaftssabotage.

Erst nach dem gescheiterten Rechtsputsch vom 11. März gaben sie der Öffentlichkeit Einblick in die gesammelten Unterlagen. Daraus ging hervor, daß die Bankiersfamilie Espírito Santo sich selbst riesige Überziehungskredite eingeräumt hatte, von denen sie dann auch für ihren Privatverbrauch eifrig Gebrauch machte. Zugleich vergab die Bank „Espírito Santo“ auf getarntem Wege Kredite in Millionenhöhe an vier Rechts- und Zentrumsparteien. Am 23. August letzten Jahres z. B. eröffneten zwei Personen ein Konto, ohne jedoch Geld einzuzahlen. Vier Tage später befanden sich auf diesem Konto 600 000 Mark, die von den beiden Kontoinhabern auf eine andere Bank transferiert wurden — zugunsten der rechten Zentrumspartei CDS. Außerdem — so zeigten die Unterlagen — übernahm „Espírito Santo“ auf getarntem Wege 600 000 Mark an Wahlpropagandakosten für die „Demokratische Volkspartei“ PPD. 125 000 Mark wurden als Zuschuß für den Umsturzversuch vom 28. September letzten Jahres gegeben. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

„Metall“, Nr. 7, 8. April 1975, Seite 11

## Irrige Auffassung

Mit steigenden Arbeitslosenzahlen ist in der Bundesrepublik wieder einmal die Frage aufgetaucht, ob es nicht sinnvoller sei, zum Schutz der deutschen Arbeitnehmer jetzt die ausländischen Arbeitskräfte wieder nach Hause zu schicken.

Diese Diskussion findet regelmäßig dann statt, wenn der Konjunkturablauf in der Wirtschaft rezessive Erscheinungen zeigt. Das war in den Jahren 1967/68 auch der Fall. Inzwischen ist aber etwas geschehen, was jeder weitsichtige Arbeitsmarktpolitiker schnell erkennen kann. Es ist nämlich ein Prozeß — seit mindestens 20 Jahren —, der Integration der ausländischen Arbeitskräfte in der Wirtschaft in Gang gesetzt worden, der von heute auf morgen gar nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Die zusätzlichen ausländischen Arbeitskräfte haben nicht nur dazu beigetragen, die Produktionskraft der deutschen Wirtschaft und damit auch den Lebensstandard in der Bundesrepublik zu erhöhen, sondern sie sind in den meisten Betrieben zu einem unentbehrlichen Faktor geworden. Wenn man z. B. die Frage nach der Austauschbarkeit der Ausländer gegen Deutsche stellen würde, so wird sehr schnell deutlich, daß inzwischen ein solcher Tausch gar nicht mehr stattfinden kann. Um so mehr verwundert es, wenn z. B. die Bundesanstalt für Arbeit glaubt, mit administrativen Maßnahmen die Zahl der beschäftigten Ausländer verringern zu können, um angeblich diese Plätze mit deutschen Arbeitskräften zu besetzen.

Es ist auch insgesamt gesehen eine irige Auffassung, daß die Arbeitslosenzahlen gesenkt werden könnten, wenn die ausländischen Arbeitskräfte nach Hause geschickt würden. Abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen allen menschlichen und gewerkschaftlichen Grundsätzen Hohn spricht, stehen dem auch rechtliche Gründe entgegen.

„Gewerkschaftspost“, Nr. 4, April 1975, Seite 16 — Zeitung der IG Chemie-Papier-Keramik.

## Verkehrspolitik ändern

Das Basler Wirtschaftsforschungsinstitut „Prognos“ veröffentlichte jüngst eine zusammen mit der Daimler-Benz AG erarbeitete Studie, wonach der Umfang des öffentlichen Nahverkehrs auf Schiene und Straße bis 1985 etwa doppelt so groß wie heute sein werde. Der private Pkw-Bestand soll dabei entgegen allen Erwartungen noch um 34 Prozent zunehmen. Da das derzeitige Verhältnis zwischen öffentlichem Personennahverkehr und Individualverkehr 20 zu 80 beträgt, ist also das Wachstum des öffentlichen Personennahverkehrs völlig unzureichend. Mehr noch: Sollte der öffentliche Personennahverkehr noch weniger als bisher gefördert werden, so wird das Ungleichgewicht zwischen öffentlichem Personennahverkehr und Individualverkehr in gefährlichem Maß verstärkt.



Dieser Politik müssen wir uns widersetzen. Die Gewerkschaft ÖTV ist nicht autofeindlich. Wir wissen, daß Personenbeförderung mit Hilfe des privaten Pkw auf Jahrzehnte hinaus nicht von anderen Verkehrsmitteln ersetzt werden kann. Daher ist es um so notwendiger, in den Ballungsräumen jetzt ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen öffentlichem Personennahverkehr und Individualverkehr herzustellen.

Voraussetzung dafür ist: Die Infrastrukturpolitik und die Ordnungspolitik des Staates müssen vorrangig auf die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel ausgerichtet werden. Würde einseitig der Individualverkehr gefördert, könnte dies zwar kurzfristig den Bundeshaushalt entlasten, mittelfristig würden sich jedoch mindestens die Kosten für den Straßenbau um ein Vielfaches erhöhen.

Das läßt sich beweisen: Nachdem die Pläne des Bundesverkehrsministers, die Nahverkehrskapazität der Bundesbahn einzuschränken, bekannt geworden sind, haben Länder und Regionalverbände sofort verstärkten Ausbau der Straßennetze gefordert. Damit aber würde Geld, das für den öffentlichen Nahverkehr ausgegeben werden sollte, erneut dem Straßenbau zugute kommen. Das kann und darf nicht im Sinn der Verkehrspolitik dieser Bundesregierung sein.

Jetzt ist noch Zeit, einen erneuten Kurswechsel in der Verkehrspolitik, der sich zum Schaden der Bevölkerung, insbesondere aber zum Schaden der Arbeitnehmer in den Ballungsräumen auswirken müßte, zu verhindern.

„ÖTV-Magazin“, Nr. 4, April 1975, Seite 13 — Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

## Bürgerinitiativen sind notwendig

Für die etablierten Institutionen — Verwaltungen in Bund, Land und Gemeinde, die entsprechenden Parlamenten, die Parteien und ihre Mandatsträger — ist die Tätigkeit der Bürgerinitiativen sicher oft unbequem. Es kann aber nur im Interesse der Funktionsfähigkeit unseres parlamentarisch-demokratischen Systems liegen, wenn diese Institutionen gezwungen werden, ihre Entscheidungen zu erläutern, zu begründen und — wenn Fehler gemacht wurden — auch zu korrigieren. Dagegen kann gar keine Rede davon sein, daß die Bürgerinitiativen etwa anstreben, den gewählten Parlamenten in ihre Entscheidungsbefugnisse oder dem einzelnen Abgeordneten in sein Gewissen hineinzureden. Von ganz wenigen Ausnahmen einiger Außenseiter abgesehen, hat keine der vielen tausend Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland je einen solchen Versuch unternommen.

„ausblick“, Nr. 4, April 1975, Seite 9 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

## ... und wieder Vorleistungen

Das Jahr 1975 hat schon wichtige Tarifabschlüsse gebracht. Bisher sind es rund 9,5 Millionen Arbeitnehmer, die Anspruch auf mehr Lohn und Gehalt haben. In den nächsten drei Monaten werden Tarifverhandlungen für weitere vier Millionen Arbeiter und Angestellte anstehen. Also schon in den ersten 6 Monaten dieses Jahres werden fast 80 Prozent aller Beschäftigten wissen, was für sie lohnpolitisch drin ist.

Anfang dieser Woche wurden die Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie abgeschlossen. Auch sie hielten sich in den Grenzen der bisherigen Abschlüsse.

Die Gewerkschaften haben realistisch und elastisch auf den Beschäftigungseinbruch reagiert. Voran ging die IG Bau-Steine-Erden mit einem 6,8-prozentigen Abschluß. Gefolgt von der IG Metall, die mit 0,2 Prozent mehr abschloß. Von diesen beiden Gewerkschaften wurden die Weichen gestellt. Der mit dem VW-Werk vereinbarte „Haustarif“ blieb mit 5,8 Prozent sogar weit unter den sonst erreichten Erhöhungen.

Die noch ausstehenden Tarifverhandlungen werden kaum über die Grenzmarke von 6,8 hinausgehen. Insgesamt ist das Erreichte konjunkturgerecht und stützt die weitere Preisstabilität. Wenn die Unternehmer es begreifen und ebenso handeln.

„Welt der Arbeit“, Nr. 14, 4. April 1975, Seite 2 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Anschlag der Konservativen

Die Konservativen aller Schattierungen müssen sich dagegen fragen lassen, ob sie sich eigentlich bewußt sind, welche Folgen zwangsläufig eintreten müssen, wenn ihre Verteufelungskampagne gegen die Gewerkschaften tatsächlich den gewünschten „Erfolg“ zeitigt. Die Gewerkschaften würden ihre Basis in der breiten Arbeitnehmerschaft verlieren und sehr wahrscheinlich gleichzeitig erheblich radikalisiert. Ihre bisherige Rolle als wesentlicher innen- und sozialpolitischer Ordnungs- und Integrationsfaktor könnten sie immer unvollkommener und letztlich unter Umständen gar nicht mehr wahrnehmen. Sollte dann auch noch der zweite Plan, nämlich der Stopp der Reformpolitik, gelingen, gehört keine besondere Prophezie mehr zu der Ankündigung: Mit dem sozialen Frieden in der Bundesrepublik, um den uns alle Nachbarländer beneiden, wäre es wohl ein für alle Male vorbei. Und wohin das letztlich führen kann, zeigt nicht zuletzt unsere jüngere Vergangenheit. Den Konservativen darf dieser Anschlag auf den demokratischen und sozialen Rechtsstaat nicht gelingen.

Christian Götz in „ausblick“, Nr. 4, April 1975, Seite 17 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

## Ohne Lohnerhöhungen kein Aufschwung

Stützen des zu erwartenden Aufschwungs werden vorerst der private und der öffentliche Verbrauch sein. Vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung wird für 1975 eine Zunahme des effektiven Einkommens je Beschäftigten (netto) von rund 9 Prozent vorausgeschätzt. Dabei wird neben den tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen vor allem der Kaufkraftzuwachs durch die Steuer- und Kindergeldreform berücksichtigt. Nimmt man an, daß die Verbraucher in diesem Jahr nicht mehr, aber auch nicht weniger sparen als 1974, dann könnte der private Verbrauch real um 2,5 Prozent steigen. Hieran wird die große gesamtwirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik abermals deutlich. Ohne die von den Gewerkschaften durchgesetzten, durchaus maßvollen Lohnerhöhungen wäre es unmöglich, aus dem Konjunkturtal herauszukommen.

„Die Quelle“, Nr. 4, April 1975, Seite 149/150 — Funktionärzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Katastrophenstrategie

Daß Franz Josef Strauß kein Freund der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ist, wissen sie schon lange. Daß er alle Bürger und Wähler für dumm und unzurechnungsfähig hält, wissen wir spätestens seit Bekanntwerden seiner Sonthofener Rede. Denn dort sagte er: „Für die Wahlergebnisse kommt es nicht auf die sachliche Darstellung der Politik an, sondern auf die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild.“ Neben dieser Katastrophenstrategie empfahl er seinen Freunden in CSU und CDU, keine Gegenvorschläge und politische Alternativen mehr aufzuzeigen, damit es auch wirklich richtig bergab gehe bis zum großen Knall. „Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen.“ Und damit auch ja kein Zweifel an seinem Demokratieverständnis mehr übrigbleibe: „Demokratische Gemeinsamkeit, das ist alles blödes Zeug.“ ...

Dies alles gilt zunächst für die Person Strauß, nicht für die Unionsparteien allgemein. Besonnene Kräfte vor allem in der CDU wollen zu Recht nicht mit den Thesen von Sonthofen identifiziert werden. Aber niemand von ihnen hat es bis heute gewagt, sich öffentlich davon zu distanzieren. Kein Blum, kein Katzer oder Köppler. Nicht einmal die von Strauß abfällig beurteilten Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur Kohl, Carstens oder Stoltenberg wagen einen Widerspruch. Ist also F. J. Strauß auch in der CDU die entscheidende politische Größe?

„Deutsche Post“, Nr. 8, 20. April 1975, Seite 32 — Organ der Deutschen Postgewerkschaft.

# Steuerliche Belastung nach wie vor hoch

Es wird derzeit viel über angebliche steuerliche Entlastungen der unselbständig Beschäftigten durch die ab 1. Januar 1975 eingeführten Steuerbestimmungen gesprochen. Die offizielle Propaganda verschweigt dabei einige wesentliche Tatsachen, z. B. den rapid angestiegenen Anteil der Steuern der unselbständig Beschäftigten am Gesamtsteueraufkommen. Das gleiche gilt auch für die gewaltigen Steigerungsraten bei der Lohnsteuer und die damit verbundenen höheren Steuerbelastungen als Folge der inflationistisch angeheizten Steuerprogression.

Aber auch die statistischen Angaben über die Steuerbelastungen der Arbeiter und Angestellten sind verzerrt, da ständig große Massen von Arbeitern und Angestellten eben wegen der Steuerprogression in die veranlagte Einkommensteuer hineingewachsen sind, ein Prozeß, der sich auch 1975 weiter fortsetzen wird. Einige Daten und Berechnungen der Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes beweisen, auf welche Weise die Arbeiter und Angestellten auch steuerlich die Hauptlasten zu tragen haben.

Der reine Lohnsteuerabzug stieg von 63,4 Mrd. DM 1973 (1972: 48,8 Mrd. DM) auf 74,3 Mrd. DM 1974 (vor Verrechnung mit der sogenannten Arbeitnehmer-Sparzulage). Die Lohnsteuer war damit 1974 um 17,2 Prozent höher als 1973. Ähnlich war übrigens auch der Steigerungseffekt bei den Abzügen für die Sozialversicherungsbeiträge. Diese stiegen von 49,3 Mrd. DM 1973 auf 54,5 Mrd. DM 1974 oder im Jahresvergleich um 10,6 Prozent. Die Bruttolöhne stiegen nach Angaben im gleichen Monatsbericht der Bundesbank 1974 nur um 9,5 Prozent. Die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge hatten also 1974 zu 1973 beträchtliche überdurchschnittliche Steigerungsraten. Hinzu kommt die Tatsache, daß 1974 gegenüber 1973 die Zahl der unselbständig Beschäftigten um rund 400 000, das sind 2 Prozent, zurückgegangen war. Zugleich stieg die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter ununterbrochen. Weniger Beschäftigte mußten somit höhere Steuern und Sozialabgaben entrichten. Sehr aufschlußreich sind amtliche Angaben über die Wirkung der inflationsbedingten Steuerprogression.

Am 18. März 1975 berichtete das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über Durchschnittsverdienste, brutto, netto und real von 1970 bis 1974 („Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“, Nr. 26/75). Nach diesen Angaben hat sich die durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltssumme monat-

lich je beschäftigten Arbeitnehmer 1974 von 1565 DM auf 1744 DM oder um 11,4 Prozent erhöht. Die Abzüge (Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge, Arbeitnehmerbeiträge) stiegen je Beschäftigten von 416 auf 481 DM, also um 65 DM oder um 15,6 Prozent. Netto stieg die Lohn- und Gehaltssumme von 1149 DM auf 1263 DM oder um 9,9 Prozent. Real jedoch war die Lohnsumme von 1263 DM im Verhältnis zu 1970 nur 999 DM für jeden Beschäftigten im Monat wert.

Die steuerliche Belastung der Unternehmereinkommen nimmt dagegen eine völlig andere Richtung als die der Arbeiter, Angestellten und Beamten. So erbrachte die Körperschaftsteuer 1974 lediglich rund 10,4 Mrd. DM gegenüber 10,8 Mrd. DM 1973. Das ist ein Rückgang von 4,4 Prozent. Die veranlagte Einkommensteuer stieg 1974 gegenüber 1973 von 26,4 Mrd. DM auf 26,7 Mrd. DM oder um 1,3 Prozent. Hier gibt es jedoch zu berücksichtigen, daß immer mehr unselbständig Beschäftigte von dieser Steuer erfaßt wurden. Damit ist eindeutig klar, daß die wirklich großen Einkommenbezieher wesentlich weniger Steuern als 1973 aufbrachten. Sie sind es auch allein, die den Staat bei ihrer Einkommensteuer betrügen können, beispielsweise durch Steuerflucht, legale und illegale Steuerhinterziehungen usw. Das ganze Steuersystem ist nach diesen Prinzipien angelegt. Die Steuerkasse füllen in immer stärkerem Maße die Arbeiter und Angestellten, obwohl ihre Reallohne stagnieren und vielfach seit 1973 sogar zurückgehen.

Regierungssprecher und Finanzminister Apel behaupten, daß die neuen Steuerbestimmungen und Kindergeldregelungen die Staatskasse in diesem Jahr mit rund 14 Mrd. DM belasten würden. Echte Steuerentlastungen werden jedoch, z. B. vom Bund der Steuerbeamten, mit höchstens 4 bis 5 Mrd. DM angegeben — einschließlich der Entlastungen für die Reichen und Superreichen! 1974 haben aber die Arbeiter und Angestellten allein durch die infla-

tionsbedingte Aufblähung der Lohnsumme rund 10 Mrd. DM zusätzliche Steuern an den Staat abführen müssen. Dadurch ist die den Arbeitern und Angestellten 1975 von der Regierungskoalition angekündigte steuerliche Entlastung bereits 1974 vorfinanziert worden. Oder anders ausgedrückt: Was die Regierung 1975 vorgibt zu geben, hat sie sich bereits 1974 über die unsocialen Wirkungen der inflationistisch angeheizten Steuerprogression hereingeht.

Und 1975 geht dieses Inflationsspiel weiter. Die neue Steuervorausschätzung durch den Arbeitskreis „Steuerschätzung“ vom März 1975 hat ergeben, daß trotz gewisser Revidierungen nach unten und bei anhaltender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Lohnsteuer erneut am stärksten anwachsen wird, nämlich von 71,9 Mrd. DM 1974 auf 79,5 Mrd. DM, das sind 10,5 Prozent. Die Lohnsteuer wird also auch nach der sogenannten Steuerreform noch stärker steigen als die Nominallöhne. Die Steuerschraube dreht sich zu Lasten der Arbeiter und Angestellten immer noch.

Unbestritten ist außerdem, daß direkte höhere Steuersätze ab 1976 in Aussicht stehen. Bis zu 4 Prozent soll z. B. bis 1977 die Mehrwertsteuer steigen, d. h. jährlich um 23 Mrd. DM. Diese Ansicht vertrat Hermann Fredersdorf vom Bund Deutscher Steuerbeamten (SPD) im April in Goslar. Fredersdorf begründete das mit der wachsenden Staatsverschuldung. Aber auch nach der neuen Steuerschätzung wird die Mehrwertsteuer 1975 um 7,5 Prozent (1974 waren es 3,4 Prozent) ansteigen, von den anderen indirekten Steuern auf den Massenbedarf erst gar nicht zu sprechen.

Als „Ausweg zur Verringerung der Defizite“ des Staates forderte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, im Namen der Unternehmerschaft kategorisch u. a. auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wörtlich heißt es in dem jüngsten Konjunkturbrief des Instituts: „Je länger sie hinausgeschoben werden, desto drastischer werden sie sein müssen.“ Im Verwaltungsrat des RWI hat u. a. Sitz und Stimme der Generalsekretär der CDU, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, der Sprecher der Stahlinteressenten und CDU-Abgeordneter im Bundestag, Dr. Herbert W. Köhler, sowie weitere führende Anhänger und Mitglieder der CDU. In der Steuerpolitik zeigen die Zeichen immer noch auf eine weitere Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Gewerkschaften haben alle Ursachen, sich an diesen Realitäten zu orientieren. Fritz Rische

## Enorme Profite

Immer mehr große Unternehmen der Bundesrepublik legen in diesen Wochen ihre Jahresabschlüsse für 1974 vor. Und immer deutlicher wird es, in welchen Umfang besonders die bedeutendsten Konzerngruppen vom Krisenjahr profitiert haben. Von „stagnierenden Gewinnen“ ist da keine Spur, obwohl die veröffentlichten Bilanzen ohnehin einen großen Teil der tatsächlich erzielten Profite nicht ausweisen.

Zur Spitzengruppe gehören die Konzerne der chemischen Industrie. Die BASF „verdiente“ runde 1,3 Mrd. DM, das sind 23,5 Prozent mehr als 1973. Die Hoechst AG steigerte ihren ausgewiesenen Überschub vor Steuern um 22 Prozent auf 958 Mill. DM. Die Bayer AG meldete nur deswegen keinen Gewinnanstieg, weil sie 230 Mill. DM zusätzlich in die Pensionsrückstellung und 200 Mill. DM in die Sanierung der Metzeler AG steckte. Das sind Sonderaufwendungen, die voll aus laufenden Erträgen finanziert wurden. Auch der internationale Akzo-Konzern steigerte das Nettoergebnis um 30,6 Prozent auf 380 Mill. Gulden, rund 380 Mill. DM.

Ähnlich sieht es auch im Stahlbereich aus. Thyssen/Rheinstahl, der zweitgrößte Konzern der Bundesrepublik, erhöhte den Jahresüberschub um 90 Prozent auf 340 Mill. DM und steigerte den Gewinn je 50-DM-Aktie auf 54,10 DM. Mannesmann, der zweitgrößte Stahlkonzern, wird die Dividende von 10 auf 14 Prozent erhöhen und zudem noch 90 bis 100 Mill. DM in die freie Rücklage einstellen. Die Klöckner AG weist im Geschäftsjahr 1973/74 gegenüber einem rechnerischen Verlust von 25 Mill. DM im Vorjahr einen Überschub von 10 bis 15 Mill. DM aus, der „cash-flow“ je Aktie stieg von 32 auf 50 DM.

Eines der größten Energieunternehmen der Bundesrepublik, die RWE, steigerten den Überschub nach Steuern um 12 Mill. auf 321 Mill. DM. Während die deutschen Töchter der internationalen Ölkonzerne über Gewinneinbußen klagen, zeigen die Abschlüsse der internationalen Konzernmütter, in welchem Maße die Profite tatsächlich gestiegen sind. BP erwirtschaftete 476 Mill. Pfund Sterling, das sind zum gegenwärtigen Kurs nahezu 3 Mrd. DM, also 48 Prozent mehr als 1973. Shell steigerte sich sogar um 59 Prozent und erreichte einen Gewinn von 730 Mill. Pfund Sterling, das sind ungefähr 4,5 Mrd. DM.

Während bei Siemens, der Nummer 6 der bundesdeutschen Monopole, rund 20 000 „Mitarbeiter“ kurzarbeiten, legte die Geschäftsleitung einen Abschluß mit einer runden halben Milliarde DM Jahresüberschub vor. Das sind 18 Prozent mehr als im vorangegangenen Geschäftsjahr 1972/73. Den Ertragszuwächsen der meisten Industriekonzerne

stehen die Banken in nichts nach. Die drei privaten Großbanken, die Deutsche, die Dresdner und die Commerzbank, erhöhten ihre ausgewiesenen Jahresüberschüsse zusammen um 44 Prozent auf 515,2 Mill. DM.

Gerade diese großen Konzerne aber sind es, die auch den größten Anteil aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung erhalten. So plant die Bayer AG für 1975 Investitionen in Höhe

von 940 Mill. DM. Da es dem Konzern sicher gelingt, die Bestellungen in den Gültigkeitszeitraum des Konjunkturprogramms zu ziehen, wird er allein aus der Investitionsprämie von 7,5 Prozent Steuergelder in Höhe von 70,5 Mill. DM einstreichen. Die Großkonzerne profitieren also sowohl von der Krise selbst als auch von den konjunkturpolitischen Maßnahmen, die angeblich einen neuen Aufschwung herbeiführen sollen.

berg

## Daten zur Wirtschaftsentwicklung

### 1. Index der industriellen Nettoproduktion

(1970 = 100)	Februar	Veränderung in v. H. geg. Januar 1975	Veränderung in v. H. geg. Februar 1974
Gesamte Industrie	103,6	+ 7,4	- 8,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	102,0	+ 6,9	- 13,6
Investitionsgüterindustrie	98,4	+ 8,9	- 10,7
Verbrauchsgüterindustrie	104,6	+ 11,0	- 6,4
Bauindustrie	76,8	+ 8,6	- 15,1
Maschinenbau	88,0	+ 1,1	- 9,4
Straßenfahrzeugbau	92,3	+ 14,1	- 12,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 63\*)

### 2. Index des Auftragseingangs bei der Industrie

(1970 = 100)	Februar	Veränderung in v. H. geg. Januar 1975	Veränderung in v. H. geg. Februar 1974
Gesamte Industrie	132,9	+ 0,6	- 4,9
davon:			
Aus dem Inland	122,4	+ 0,7	- 3,4
Aus dem Ausland	168,2	+ 1,0	- 7,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	128,0	- 4,4	- 15,3
Investitionsgüterindustrie	146,5	+ 4,0	+ 4,6
Verbrauchsgüterindustrie	108,7	+ 0,4	- 9,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 64\*)

### 3. Preise

Veränderung in 1000 geg.	März	Veränderung in v. H. geg. (HWWA-Index: 1952/56 = 100) Februar 1975	Veränderung in v. H. geg. März 1974
Lebenshaltung aller Haushalte	132,6	+ 0,5	+ 5,9
(Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: Kölner Stadtanzeiger v. 19. 4. 75)			
(HWWA-Index: 1952/56 = 100)	März	Veränderung in v. H. geg. Februar 1975	Veränderung in v. H. geg. März 1974
Rohstoffpreise	283,1	- 4,2	- 4,4
darunter:			
Getreide	195,5	- 1,2	- 12,8
Industrierohstoffe	297,5	0,0	- 7,1
Erdöl und Derivate	480,7	0,0	+ 10,0

(Quelle: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17. 4. 75)

### 4. Arbeitsmarkt (in 1000)

	März	Februar 1975	März 1974
Arbeitslose	1 114	- 70	+ 552
Kurzarbeiter	813	- 144	+ 557
Offene Stellen	261	+ 14	- 88
saisonbereinigt:			
Arbeitslose	898	+ 65	+ 427
Offene Stellen	266	- 4	- 83

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 5 und 63\*)

## Gegen Krisenfolgen Investitionskontrolle

Am 7. und 8. Juni findet in Frankfurt (Main) das von der Monatszeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik veranstaltete Arbeiterseminar '75 zu dem Thema: „Investitionen – Kontrolle“ statt, auf dem die verschiedenen Gesichtspunkte der Investitionslenkung und -kontrolle diskutiert werden sollen. Das Hauptreferat hält Manfred Balder, Funktionär der IG Druck und Papier. Auch dem 10. ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Hamburg liegen zahlreiche Anträge zur Beschlußfassung vor, die sich mit Fragen der Investitionslenkung und -kontrolle befassen.

Mit ihrem Antrag 263 will die IG Metall den DGB-Bundesvorstand beauftragen, in Zusammenarbeit mit den Einzelgewerkschaften weitere Überlegungen zu den theoretischen Grundlagen zur praktischen Anwendbarkeit und zur politischen Durchsetzbarkeit eines Konzepts der Investitionslenkung anzustellen. Seine Forderung nach einer demokratischen Investitionskontrolle der Großunternehmen (Antrag 46) begründet der DGB-Landesbezirk Hessen mit der zunehmenden Unsicherheit der arbeitenden Bevölkerung. Einerseits wachse die Belastung durch große Arbeitslosigkeit und Preiserhöhungen, andererseits wachse der Profit weniger Großunternehmen. Er verweist auf den Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft und die wachsende Macht der multinationalen Konzerne. Dies erfordere eine stärkere Einflußnahme und Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Gewerkschaften.

Daraus leitet der DGB-Landesbezirk Hessen ab, daß die Verwirklichung der alten DGB-Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle immer dringlicher werde.

Die IG Metall begründet ihren Antrag mit der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik, die gekennzeichnet sei durch

„– wachsende beschäftigungs-, preis- und strukturpolitische Fehlentwicklungen;

– Grenzen der sogenannten marktwirtschaftlichen Selbstheilungskräfte und der Globalsteuerung bei dem Versuch, die Ziele der Vollbeschäftigung und größerer Preisniveaustabilität nebeneinander zu verwirklichen;

– zunehmenden Widerstand der Unternehmer, ihrer Verbände und ihrer In-

teressenvertreter im Lager des politischen Konservatismus gegen eine konsequente Politik gesellschaftlicher Reformen im Interesse der Arbeitnehmer; – vermehrte Anstrengungen, vorhandene wirtschaftliche Schwierigkeiten

## Spendenaufwurf

Das Arbeiterseminar '75 verursacht erhebliche Kosten. Selbstverständlich reichen die Teilnehmergebühren nicht aus, um diese zu decken. Wir bitten daher alle Freunde der NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zusätzlich um Spenden. Diese können sowohl während des Arbeiterseminars als auch schon vorher auf eines der Konten des NACHRICHTEN-Verlages mit dem Stichwort „Spende Arbeiterseminar '75“ eingezahlt werden, und zwar auf: Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt am Main, Konto Nr. 1615612 900, Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 3050 40 – 606.

auf Kosten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, insbesondere durch verschärften Druck auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik zu bekämpfen.“

Im Antrag der IG Metall wird keine so weitreichende Reform gefordert wie vom DGB Hessen. Sie will eine bessere Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung sowie über die Wirkung vorhandener wirtschaftspolitischer Instrumente und Maßnahmen. Dabei denkt sie vor allem an einen volkswirtschaftlichen Rahmenplan, an die Veröffentlichung laufender Bedarfs- und Nachfragevorausschätzungen für die einzelnen Wirtschafts- und Industrie-

zweige. Des weiteren fordert sie eine systematische Bestandsaufnahme der vorhandenen Instrumente und Maßnahmen zur Beeinflussung der Investitionstätigkeit sowie die Prüfung ihrer wirtschafts- und verteilungspolitischen Wirkung in der Vergangenheit.

Dabei vertritt die IG Metall die Auffassung, daß eine bessere Koordinierung und Ergänzung des Instrumentariums der sektoralen und regionalen Strukturpolitik notwendig sei. Sie will, daß geprüft wird, ob neben den vorhandenen indirekten Steuerungsmaßnahmen unmittelbare Einwirkungsmaßnahmen möglich sind, wie z. B. durch öffentliche Auflagen und über öffentliche Beteiligungsrechte bei Inanspruchnahme staatlicher Mittel. Auch das Instrumentarium der regionalen Strukturpolitik soll koordiniert und ergänzt werden. Gegen die Schädigung der Umwelt durch private Investitionen sollen mehr und strengere Maßnahmen ergriffen werden.

Die IG Metall will, daß überprüft wird, welchen Einflußbereich und welche Funktion öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen bei der Verwirklichung eines gewerkschaftlichen Investitionslenkungsprinzips zukommt, und sie meint, daß eine bessere Durchsichtigkeit durch die Offenlegung der unternehmerischen Investitionspläne schon ein Fortschritt wäre. Deshalb soll der 10. ordentliche DGB-Bundeskongreß von der Bundesregierung die Einrichtung einer öffentlichen Investitionsmeldestelle fordern, die über Investitionen von Großkonzernen und -unternehmen unterrichtet werden und wirksam werden soll, wenn von zwei drei Kriterien zusammengefallen: 2000 Beschäftigte, 75 Millionen DM Bilanzsumme bzw. 150 Millionen Jahresumsatz.

Außerordentlich problematisch ist ein Antrag der IG Chemie-Papier-Keramik (Antrag 151), der vorschlägt, daß in einigen Sektoren der Volkswirtschaft, die eine ständig wiederkehrende Tendenz zu Überkapazitäten haben, Branchenausschüsse gebildet werden. In diesen sollen Unternehmer, Vertreter der Arbeiter und Angestellte sowie der öffentlichen Hand die wirtschaftlichen Probleme erörtern, bei Gefahr von Überkapazitäten warnen und gegebenenfalls empfehlen, staatliche Instrumente anzuwenden, wie Streichung von Investitionsbeihilfen und steuerliche Maßnahmen. Es besteht die reale Gefahr, daß durch diese Branchenausschüsse die Großunternehmen noch eher instand gesetzt werden, den Konzentrationsprozeß zu beschleunigen.

Der DGB-Landesbezirk Hessen fordert hingegen im Antrag 47, als Gremien gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung und damit auch der Investitionslenkung auf allen Ebenen Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten.

Heinz Schäfer



## Gegen verstärkte Arbeitshetze: Möglichkeiten für Betriebsräte

Die Angst um den Arbeitsplatz trägt für die Arbeitgeber nunmehr reichlich Früchte. Die Produktivität steigt, die Zahl der Kranken sinkt, Sozialleistungen werden gekürzt, tarifliche Lohnerhöhungen werden in vielen Betrieben nicht gezahlt, sondern auf die Zulagen angerechnet. Erkrankte Arbeitnehmer werden ermahnt, verwarnt oder gar gekündigt. All dies geschieht oft, ohne daß nennenswerter Widerstand der Belegschaften oder der Betriebsräte registriert werden kann. Gerade von den Betriebsräten muß aber in dieser Situation erwartet werden, daß sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Verlagerung des oft beschworenen unternehmerischen Risikos auf die Schultern der Arbeitnehmer zu verhindern.

Die derzeitige wirtschaftliche Situation, und als deren Folge die hohe Zahl der Arbeitslosen, bringt für jeden Unternehmer nach dem Schneeballprinzip eine Reihe von Vorteilen. Da sind zunächst die durch Betriebschließung, Teilstillelegung oder Personalreduzierung arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer. Sie sind bereit, trotz einer Minderung ihres Einkommens eine neue Tätigkeit aufzunehmen, da dieses Arbeitsentgelt dennoch höher ist als das Arbeitslosengeld. So wird auf Umwegen das Lohnniveau gedrückt. Betriebsräte müssen solchen Einstellungen nach § 99 Abs. 2 Ziff. 4 BetrVG die Zustimmung verweigern, da der Einstellende benachteiligt wird.

Eine Million Arbeitslose verursachen auch bei denen, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, einige Wirkungen. Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz veranlaßt zum schnelleren Arbeiten und zur Vermeidung jeder Konfrontation mit dem Arbeitgeber. Gezielte Gerüchte über eine tatsächlich nie beabsichtigte Entlassungswelle im Betrieb tun oft ein übriges.

Soll im Betrieb nun noch auch Kurzarbeit eingeführt werden, sei es, weil „es andere Betriebe doch auch tun“, wegen tatsächlichen Arbeitsmangels oder um die Feiertagsbezahlung auf das Arbeitsamt abzuwälzen, wird die Angst um den Arbeitsplatz noch konkreter. Denn nicht wenige Arbeitgeber stellen Belegschaft und Betriebsrat vor die Alternativen: Kurzarbeit oder Entlassungen. Sehr schnell sind dann viele Arbeitnehmer bereit, die Kurzarbeit und damit Einkommensverluste hinzunehmen. Obgleich doch kein Arbeitgeber im Falle von Kurzarbeit bereit ist, sich z. B. zu verpflichten, innerhalb eines halben Jahres nach Beendigung der Kurzarbeit keine Entlassungen durchzuführen. Während solcher Kurzarbeitsphasen wird aber in aller Regel die Arbeitsintensität erhöht.

Was können nun Betriebsrat und Belegschaft gegen all diese Druckmittel

tun? Auf die Frage im Zusammenhang mit Kurzarbeit, Kündigungen und Anrechnung von tariflichen Lohnerhöhungen braucht hier nicht eingegangen zu werden, da dies schon an anderer Stelle beschrieben wurde (siehe NACHRICHTEN 4/75, Seite 5). Die verstärkte Antreiberei stellt den Betriebsrat und die Belegschaft vor eine Reihe von Problemen, deren Bewältigung nachfolgend erläutert werden soll.

Als Grundlage für eine wirksame Abwehr von Antreiberei muß eine breite Aufklärung der Arbeitnehmer durch Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaften angestrebt werden. Dabei sollte deutlich gemacht werden, daß niemand durch schnelleres Arbeiten seinen Arbeitsplatz sicherer macht. Die mit erhöhter Arbeitsintensität verbundenen Gesundheits- und Unfallgefahren müssen hervorgehoben werden. Es muß auch betont werden, daß das Glorifizieren der hohen Leistung dazu führt, die Schutzbedürftigen unserer Gesellschaft, also die Schwachen, die Kranken und die älteren Menschen auszustoßen. Und nicht zuletzt muß deutlich gesagt werden, daß die Folgen von Fehlentscheidungen der Vergangenheit nicht von denen getragen werden dürfen, die an diesen Entscheidungen nicht mitwirken durften.

Ein wichtiges Mittel der Abwehr von Antreiberei ist die Personalplanung. Hier kann der Betriebsrat anhand des geplanten Personalstands und der entsprechenden Vergleichsdaten aus der Vergangenheit die erhöhte Arbeitsintensität feststellen. Gleichbleibende oder gar sinkende Beschäftigtenzahl bei steigendem Umsatz bedeutet unstreitig mehr Leistung durch den einzelnen. Solche Feststellungen muß der Betriebsrat der Belegschaft zur Kenntnis bringen und beim Arbeitgeber auf Angleichung des Personalbestands an den Produktionsumfang hinwirken.

In Betrieben mit Akkord- oder Prämienentlohnung kann der Betriebsrat durch

sein umfassendes Mitbestimmungsrecht eine Erhöhung der Leistungsnormen verhindern. Ein Betriebsrat, der einer solchen Erhöhung zustimmt, müßte eigentlich die längste Zeit im Amt gewesen sein. Überall dort aber, wo Zeitlohn gezahlt wird, hat der Betriebsrat eine schwache Rechtsposition. In vielen Tarifverträgen ist allerdings festgelegt, wenn auch oft nur sinngemäß und versteckt, daß bei Zeitlohn keine Leistungsnormen festgelegt werden können. Anders ausgedrückt, wer Zeitlohn erhält, darf nicht zum Erfüllen bestimmter qualitativer oder quantitativer Leistungen gezwungen werden. Folglich muß es eine Aufgabe des Betriebsrats sein, auch auf die Einhaltung dieser tarifvertraglichen Bestimmung (§ 80 BetrVG) zu achten.

Der Betriebsrat hat ein Mitbestimmungsrecht nach § 87 BetrVG in Fragen der Ordnung des Betriebes. Hierzu gehört auch das Fordern einer höheren Leistung, das Abmahnungen oder das Verwarnen von Arbeitnehmern. Gerade Abmahnung und Verwarnung sind rechtlich bedeutungslos, wenn der Betriebsrat weder im Einzelfall noch pauschal zugestimmt hat. In Betrieben, in denen weder in einer Verwarnungs- und Bußordnung, noch in einer Betriebs- oder Arbeitsordnung die Regularien einer Verwarnung festgelegt sind, können solche ohnehin nicht zur Beurteilung des Arbeitnehmers herangezogen werden. Dies gilt in Fragen der Lohnbemessung ebenso wie in einem evtl. Kündigungsstreit. Darüber hinaus kann sich jeder Arbeitnehmer nach § 85 BetrVG wegen einer Verwarnung beim Betriebsrat beschweren und die Herausnahme aus seiner Personalakte fordern. Da dieser Vorgang ebenfalls der Mitbestimmung des Betriebsrats unterliegt, ist sogar der Weg zur Einigungsstelle offen, die dann über die Berechtigung einer Verwarnung entscheidet.

Daß kein Betriebsrat einer Kündigung wegen Krankheit zustimmen darf, müßte wohl eine Selbstverständlichkeit sein.

Aus dem zuvor Beschriebenen geht hervor, daß die rechtlichen Möglichkeiten zur Abwendung von direkter und insbesondere von indirekter Antreiberei gering sind. Aber für die Arbeitnehmer sind dies auch keine juristischen Fragen, sondern die Lösung der Probleme entscheidet sich mit dem Kräfteverhältnis im Betrieb. Und dieses Kräfteverhältnis wird zugunsten der Arbeitnehmer nur dann beeinflußt werden können, wenn sich außer einer starken Gewerkschaft und einem konsequenten Betriebsrat auch eine informierte und dadurch mobilisierte Belegschaft für die Abwendung von Antreibermethoden einsetzt.

Dietmar Glaß

## In Stuttgart, Dortmund, Frankfurt Machtvolle Gewerkschaftsaktionen

Stuttgart stand am 12. und Dortmund und Frankfurt am 19. April 1975 im Zeichen machtvoller Demonstrationen und Kundgebungen der Gewerkschaften „gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung, für Berufsbildungsreform und Ausbildungsplätze jetzt!“ Vor zusammen weit über 55 000 überwiegend jungen Menschen kritisierten die Redner Benz, Schwab und Preiss übereinstimmend den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Berufsbildung. Im Gegensatz dazu hat der Berufspolitische Ausschuß der IG Chemie-Papier-Keramik am 16. April den Gesetzentwurf begrüßt.

Rund 15 000 überwiegend junge Teilnehmer aus allen Teilen Baden-Württembergs waren am 12. April nach Stuttgart gekommen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie wurden unterstützt von 10 Jugendverbänden, die sich mit den Gewerkschaften solidarisierten. Georg Benz vom Vorstand der IG Metall forderte in seiner Rede die Verwirklichung der im Grundgesetz garantierten Rechte auf freie Berufswahl und Chancengleichheit auch für Arbeiterkinder.

Ein unübersehbarer Demonstrationzug bewegte sich am 19. April durch Dortmunds Straßen. Junge Gewerkschafter, aber auch zahlreiche ältere Kollegen, zum Teil mit Helm und Arbeitszeug, demonstrierten gemeinsam unter der Losung: „Gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung, jetzt für eine Reform der beruflichen Bildung im Interesse der arbeitenden Jugend.“ Grußtelegramme aus zahlreichen Betrieben erklärten sich solidarisch. Unterstützung kam von der Landesschülervertretung und der Landes-Asten-Konferenz der Studenten. Falken, Jungsozialisten, Naturfreundejugend und Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend sowie der Dortmunder Jugendring hatten ihre Mitglieder zur Teilnahme aufgegrufen.

Vor Beginn der Demonstration fand eine Arbeitskonferenz der Gewerkschaftsjugend statt. Siegfried Bleicher, stellvertretender DGB-Landesbezirksvorsitzender, verurteilte die Haltung der Unternehmer, die in strupeloser Weise die gegenwärtige Situation für die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen nutzen wollen.

Die Abschlussskundgebung auf dem Dortmunder „Alten Markt“ bot das Bild eines Meeres von Menschen, Transparenten und Plakaten. Karl Schwab, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, kritisierte die im Regierungsentwurf vorgesehene Finanzierungsregelung als „Notfinanzierung“. „Wir halten die Absicht, einen zentralen Fonds zur Finanzierung einzurichten, für die einzig akzeptable Lösung.“ Dieter Utzerath, DGB-Landesju-

gendsekretär, rief den Kundgebungsteilnehmern zu: „Diese Veranstaltung heute und der tagtägliche Kampf in den Betrieben ist die Antwort auf die Erpressung (durch die Unternehmer) und auch die Sprache, die diese Herren verstehen.“

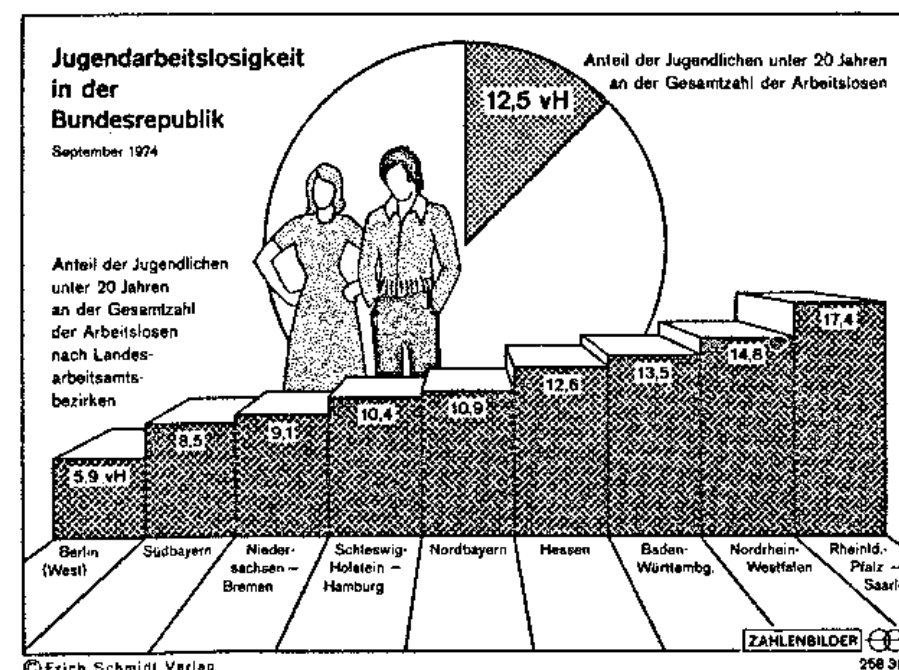
Mit 10 000 überwiegend jungen Teilnehmern erlebte die Mainmetropole Frankfurt die größte gewerkschaftliche Demonstration seit Jahren. Auf zahlreichen Transparenten wurde u. a. eine „Reform der beruflichen Bildung, die für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantiert“ sowie „Einstellung aller verfügbaren Lehrer“ verlangt. Auf dem Weg vom Opernplatz zum Römer wurden immer wieder Sprechchöre laut: „Keine Rüstungssubventionen,

sondern Bildung für Millionen!“ – „Weniger für Krieg und Waffen, dafür bessere Bildung schaffen.“

Eindeutig lehnte Hans Schwarz, DGB-Sekretär in Frankfurt, auf der Abschlussskundgebung den Gesetzentwurf der Bundesregierung ab. Der Hauptredner der Kundgebung, Hans Preiss, vom Vorstand der IG Metall, prangerte die Jugendarbeitslosigkeit als „eine Provokation für alle Arbeitnehmer“ an. Er erklärte, daß 10 000 Jugendliche in Hessen und 100 000 Jugendliche in der Bundesrepublik arbeitslos seien. Hinzu kämen 600 000 Jugendliche, die in diesem Jahr die Schule verlassen. „Wenn überhaupt, dann hat man diesen Jugendlichen in der Schule beigebracht: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘“ Preiss stellte die Frage: „Was bleibt von dieser Würde im Wartesaal der Arbeitsämter? Was bleibt von dieser Würde, wenn sich der Jugendliche einer mörderischen Auslese stellen muß; wenn von 2000 Bewerbern für eine Ausbildungsstelle nur 200 eine Chance haben?“

Ausführlich setzte sich Preiss mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung auseinander. Die wenigen Verbesserungen könnten die Unzulänglichkeiten nicht aufwiegen. Mit dem Gesetzentwurf sei die Auseinandersetzung um die Reform der beruflichen Bildung jedoch nicht beendet. „Im Gegenteil. Sie hat erst begonnen.“

(Auszüge der Reden von Benz, Schwab und Preiss im Einhefter.) W. B./G. M.



Rund ein Achtel der Arbeitslosen in der Bundesrepublik sind Jugendliche im Alter bis zu 20 Jahren. Dies geht aus einer im Herbst 1974 durchgeführten Sondererhebung der Bundesanstalt für Arbeit hervor. Bis Ende Januar 1975 erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 76,3 Prozent auf 123 100. Von ihnen sind 14 500 bisher nicht berufstätig gewesen. Lediglich 34 700 hatten entweder eine betriebliche oder eine schulische Berufsausbildung abgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen ist regional sehr unterschiedlich, wie die Grafik zeigt.

(Aus „druck und papier“, Nr. 7/75)

## Bildungsarbeit der IG DruPa an Arbeiterinteressen ausgerichtet

In der IG Druck und Papier wird Bildungsarbeit groß geschrieben. Dabei liegt das Schwergewicht in der Gruppenarbeit. Dieses Prinzip wird von Lehrgängen in Ortsvereinen, Bezirken und Landesbezirken bis hin zu den zentralen Grundkursen, Aufbaukursen und Seminaren konsequent verwirklicht. Die Teilnehmer erarbeiten kollektiv die Themen, lernen leichter die Zusammenhänge der Situation des einzelnen mit der Lage seiner Gruppenangehörigen und der gesamtgesellschaftlichen Situation der Arbeiter und Angestellten zu erkennen.

Mit Nachdruck forciert die Methodik, die aus einer sinnvollen Kombination von Referat, Gruppenarbeit, Diskussion, Einzelstudium und Lehrgespräch besteht, selbständiges, der im Betrieb herrschenden Unterordnung entgegenwirkendes Denken. Bildungsarbeit wird in der IG Druck und Papier auch nicht als bloße „materielle (instrumentelle) Bedarfsdeckung“, als „Werkzeug- und Leistungswissen im Sinne der Existenz-erhaltung“ verstanden. Sie ist vielmehr „als Erziehung zur Korrektur unzureichender Verhältnisse“ vor allem auch politische Bildung und muß daher „stets unter dem Aspekt der politischen Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen stehen“, bedarf nicht „sogenannter objektiv-neutraler Wissensvermittlung“, sondern der „Parteilnahme“, wie es Rudolf Herbig formuliert.

„Politisches Denken beginnt da, wo der Mensch seinen Standort, seine Interessen gegenüber der Gesellschaft und dem Staat erkennt, politisches Handeln dort, wo er versucht, sie durchzusetzen.“ Die gewerkschaftliche Schulung in der IG Druck und Papier vermittelt deshalb Grundlagenwissen, um auch dem einzelnen seine Zwänge und Abhängigkeiten aus der Klassenlage der arbeitenden Bevölkerung zu erklären, mit dem Ziel „persönliche Phänomene, Situation, Probleme auf gesellschaftliche zu beziehen und umgekehrt“.

Die politische Herrschaft entspringt der ökonomischen, das Abhängigkeitsverhältnis der Menschen von Menschen hat seine Wurzel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel. Darum beschränkt sich die Systemkritik gewerkschaftlicher Schulung auch nicht auf bestimmte „Auswüchse“ des Kapitalismus. Sie ist vielmehr umfassend. „Private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel bedeutet private Festsetzung der Produktionsweise und -ziele im Sinne der Profitinteressen weniger und nicht die Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung“, stellt Herbig fest. Und weiter:

„Die zentrale Frage ist noch immer die nach der Verfügungsgewalt von Menschen über Sachen, die auf die Verfügungsgewalt von Menschen über Menschen übergreift und so zu einem Mittel der Herrschaftsausübung wird, das nicht auf den betrieblichen Bereich beschränkt bleibt.“

Von dieser einzig richtigen Erkenntnis aus reduziert sich gewerkschaftliche Schulung nicht auf die Vermittlung reinen Fachwissens in der Tarif- und Organisationspolitik, im Arbeits- und Sozialrecht beispielsweise. Denn dies bliebe „alles kasuistisch, auf den Einzel-

**Besser informiert  
durch  
NACHRICHTEN**

fall, auf das Spezialgebiet bezogen und damit Stückwerk. Man lernt, daß etwas so ist, aber nicht, warum es so ist, was es für wen bedeutet, welche Konsequenzen darin liegen und wie es zu ändern ist.“ „Der Sinn der Arbeitnehmerbildung heute“, so schreibt Herbig, „kann nur darin bestehen, das Bewußtsein von der tatsächlichen Situation, den materiellen und kulturellen Existenzbedingungen zu entwickeln, um von dieser Basis aus die in der gegenwärtigen Gesellschaft durch Veränderung ihrer Struktur tatsächlich enthaltenen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Befreiung, der politischen Gleichberechtigung, des Kulturniveaus, der sozialen Sicherheit deutlich zu machen.“

Im Kapitalismus erfüllen die Gewerkschaften eine Doppelfunktion und sehen sich einer „paradoxen Situation“ gegenüber: Sie wirken einerseits „systemkonform“, indem sie mit jedem abgeschlossenen Tarifvertrag die Lebensverhältnisse der arbeitenden Be-

völkerung verbessern, damit zugleich aber „zwangsläufig die bestehende Ordnung“ verfestigen. Andererseits aber „haben sie wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativlösungen anzubieten und durchzusetzen, weil in dieser Wirtschaftsordnung ohne wirtschaftspolitische Korrekturen die Arbeitnehmer grundlegend nicht zu sichern sind.“

Die IG Druck und Papier berücksichtigt bei ihren systemverändernden Absichten nicht nur die Erfahrungen der Weimarer Republik und die Epoche terroristischer Unterdrückung durch den Nazi-Faschismus. Vielmehr sieht sie in der „Öffnung“ der SPD von der „Klassen- zur Volkspartei“ die „bisherige politische Repräsentanz der Arbeitnehmer“ durch diese Partei „stark eingeschränkt“. Die Gewerkschaften hätten deshalb „bisherige Aufgaben dieser Partei im Sinne der politischen Vertretung der Arbeitnehmer zum Teil mit zu übernehmen“. Die gesellschaftlichen Forderungen und Vorstellungen der Gewerkschaften aber beruhen auf der Erkenntnis, daß die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ihre gesellschaftliche Nutzung letztlich ausschließen.

Befreiung der arbeitenden Bevölkerung von der Abhängigkeit, von der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft des Kapitals, kann deshalb nur bedeuten, den gesellschaftlichen Status quo, die Besitz-, Macht- und Privilegienverhältnisse zu ändern. „Das heißt: nicht Notstände zu beheben, die aufgrund schlechter Zustände entstehen, sondern Zustände zu schaffen, in denen Notstände nicht auftreten.“ (F. Kersjes)

Aufgabe der Bildungsarbeit der IG Druck und Papier ist es, das Allgemeinwissen zu vertiefen, um „ein Mindestmaß von Kenntnissen der Strukturen und Prozesse des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaft“ herzustellen. Ausgangsposition sind nicht abstrakte Probleme, sondern konkrete Situationen in Betrieb und Familie. Sie setzt es in Beziehung zur gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lage und vermittelt damit „Orientierungswissen“, das zu „kritischer Selbstorientierung“ bilden soll. Schließlich müssen Gewerkschafter über „Aktionswissen“ verfügen. Darum kann Bildungsarbeit, wie sie die IG Druck und Papier versteht, „nur in enger Verbindung mit Organisation und Aktion geleistet werden“, muß mithin der Entscheidungsvorbereitung dienen.

Die Bildungsarbeit der IG Druck und Papier orientiert auf Kampf gegen das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter und Angestellten auch unter veränderten, „verschleierte“ Bedingungen. Die Unternehmer-Theorie der „Sozialpartnerschaft“ hat als ein Mittel der Herrschaftssicherung in ihrer Bildungspolitik keinen Platz. Hans-Peter Brolch

## Klassen- und Sozialstruktur der BRD für politische Arbeit unentbehrlich

Untersuchungen zur Klassen- und Sozialstruktur gewinnen gerade in der Zeit der Zuspitzung der Widersprüche des kapitalistischen Systems an politischer Bedeutung; denn Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozeß mit solchen Erscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit, Preisinflation, industrieller Strukturwandel u. a. m. verlangen kategorische analytische Antworten und Hinweise auf mögliche Alternativen bzw. Auswege. Genau diesen Anforderungen entspricht die mehrbändige „Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970“ — herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) und des Verlages Marxistische Blätter.

Diese Arbeit soll Einblick „in Grundprozesse der Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur geben und damit die Grundlagen zur aktuellen Analyse der Klassengegensätze und ihrer Bewegung in der BRD vermitteln“. Die Verwirklichung dieser Aufgaben geschieht aus marxistischer Sicht in drei umfangreichen Teilen. Teil I („Klassenstruktur und Klassentheorie — Theoretische Grundlagen und Diskussionen, 298 Seiten, DM 14,50) besitzt analytischen und darstellenden Charakter. Teil II (Sozialstatistische Analyse) enthält analytisches Material und ist in zwei Halbbände aufgeteilt (1. Halbband 457 Seiten, DM 15,50 und 2. Halbband, 392 Seiten, DM 15,50). Der Teil II schließlich behandelt „Die Intelligenz 1950–1970“ und erscheint Ende Mai 1975.

Zunächst entwickelt Heinz Jung im ersten Teil eindrucksvoll und ausgewogen „klassentheoretische Grundlagen einer sozialstatistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD“. Er untersucht eingangs „jene Kategorien der marxistischen Klassentheorie, die in der Untersuchung der Klassen und sozialen Schichten im staatsmonopolistischen Kapitalismus Auswirkungen finden müssen“. Dabei stehen im Mittelpunkt einige ideologische und theoretische Aspekte der gängigen Diskussion wie die bürgerliche Schichten-theorie und marxistische Begriffe. Die Herausarbeitung des Verhältnisses von Klassentheorie und materialistischer Geschichtsauffassung ermöglicht dem Autor die Skizzierung der Merkmale der Klassen und Schichten der kapitali-

stischen Gesellschaft im allgemeinen und dann konkret auch der Klassenstruktur (so u. a. der Definition für Monopolkapital, Arbeiterklasse, Intelligenz als soziale Schicht, Bauern).

Christof Kievenheim untersucht in seinem Beitrag vornehmlich Probleme der „Entwicklung der geistigen Arbeit und der Intelligenz“. Er erläutert den Begriff Intelligenz und stellt dann die geistige Arbeit in ihrer geschichtlichen Entwicklung dar. Bemerkenswert sind insbesondere die Ausführungen zur Rolle der Intelligenz in den Klassenkämpfen unserer Zeit und zu den Entwicklungstendenzen dieser gesellschaftlichen Schicht.

Der Aufsatz von M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden „Methodologische Probleme der Klassenanalyse“ rundet den ersten Teil dieser gründlichen Studie ab. Anmerkungen unterstreichen den wissenschaftlichen Charakter und Wert der Arbeit — der intensive Diskussionen zur Thematik vorangegangen sind.

Teil II analysiert das in der Bundesrepublik zu dieser Thematik vorliegende statistische Material auf der Grundlage und unter Anwendung der im ersten Teil herausgearbeiteten Kategorien und Kriterien. Das Gewicht liegt hier erstens auf der Darstellung der Veränderung der einzelnen Klassen, Schichten und Gruppen im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung und zweitens auf der Herausarbeitung von Schlußfolgerungen für den politischen Kampf der Arbeiterbewegung. Zugleich wird die Haupttendenz der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft ablesbar. Dieser Teil besteht vorwiegend aus Dokumentationen und Tabellen (Daten zur Entstehung des Sozialprodukts, Entwicklung und soziale Differenzierung der sozialstatistischen Hauptgruppen wie Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intelligenz, Selbständige, Landwirtschaft, weibliche Beschäftigte, ausländische Beschäftigte, Schüler, Studenten, Rentner). Die ausgewogene Zusammenstellung dieser Materialien ermöglicht eine Vertiefung der allgemeineren Darstellung und auch selbständige Auswertung.

Der Teil III wurde von Christof Kievenheim unter Mitarbeit von Dorlies Polmann erarbeitet und stellt umfassend „Die Intelligenz 1950 bis 1970“ dar. Hier erfolgt noch einmal eine gründliche Einordnung der Intelligenz als gesellschaftliche Gruppierung in das staatsmonopolistische System. Es wird zugleich eine Wertung ihrer Rolle im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung vorgenommen.

„Klassen- und Sozialstruktur der BRD von 1950 bis 1970“ ist als die zur Zeit umfangreichste und auch gelungene Arbeit zu dieser Problematik aus marxistischer Sicht zu werten. Fritz Krause

### Klassenstruktur der Erwerbsbevölkerung 1950 und 1970 in der BRD und Westberlin

Klasse/soziale Schicht	1950		1970	
	1 000	%	1 000	%
<b>1. Arbeiterklasse</b>	<b>15 151</b>	<b>64,5</b>	<b>19 412</b>	<b>71,9</b>
darunter Zwischengruppen	(895)	(3,8)	(1 802)	(6,7)
<b>2. Arbeiterklassengruppen im Macht- und Gewaltapparat<sup>4</sup></b>	<b>194</b>	<b>0,8</b>	<b>998</b>	<b>3,7</b>
<b>3. Lohnabhängige Mittelschichten</b>	<b>1 305</b>	<b>5,6</b>	<b>1 048</b>	<b>3,9</b>
4.a. Lohnabhängige Intelligenz <sup>1</sup>	.	.	699	2,6
4.b. Selbständige Intelligenz <sup>2</sup>	.	.	120	0,4
<b>4. Intelligenz insgesamt</b>	.	.	<b>819</b>	<b>3,0</b>
5.a. Selbständ. agrarische Mittelschichten	3 703	15,8	2 004	7,4
darunter Halbproletarier	(738)	(3,1)	(456)	(1,7)
5.b. Selbständ. gewerbliche Mittelschichten	2 378	10,1	2 151	8,0
darunter Halbproletarier	.	.	(599)	(2,2)
<b>5. Selbständige Mittelschichten insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>6 081</b>	<b>25,9</b>	<b>4 155</b>	<b>15,4</b>
<b>6. Kapitalistenklasse</b>	<b>758</b>	<b>3,2</b>	<b>579</b>	<b>2,1</b>
<b>1.–6. Erwerbsbevölkerung<sup>4</sup></b>	<b>23 489</b>	<b>100</b>	<b>27 011</b>	<b>100</b>

Quelle: Berechnungen des IMSF

<sup>1</sup> 1950 in den lohnabhängigen Mittelschichten enthalten

<sup>2</sup> 1950 in den selbständigen gewerblichen Mittelschichten enthalten

<sup>3</sup> 1970 ohne selbständige Intelligenz

<sup>4</sup> Einschließlich Soldaten



## Der Fall von Caravans Wilk: Ein kapitalistisches Lehrstück

Es gehört zum Alltag kapitalistischer Betriebe, daß Unternehmer Tarifverträge und Gesetze mißachten, daß sie aktive Interessenvertreter der Beschäftigten aus den Betrieben werfen und daß sie die Belegschaften einschüchtern. Was sich der Unternehmer Helmut Wilk, Inhaber der Firma Caravans Wilk GmbH in Bad Kreuznach, geleistet hat, liest sich daher wie ein Bilderbuchfall zum Thema „Herr im Haus bin ich“.

Im Zweigwerk Kellenbach der Fa. Wilk sind 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. In dieser Gegend sind Arbeitsplätze rar. Die Angst entlassen zu werden, sitzt allen im Nacken. Diese Gunst der Stunde nutzte die Unternehmensleitung aus, um bei einem Fünftel der Beschäftigten Lohnkürzungen vorzunehmen, ohne vorher den Betriebsrat zu fragen. Der Betriebsrat wollte dem nicht tatenlos zusehen.

Nach einem Beschluß des gesamten Betriebsrats brachte der Vorsitzende, Dieter Gottlieb, das Thema auf einer Betriebsversammlung Mitte Dezember 1974 zur Sprache und warf der Unternehmensleitung vor, das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Ziff. 10 und 11 BetrVG mißachtet zu haben. Als die Unternehmensleitung ihre Zusage, die Angelegenheit zu überprüfen, nicht einhielt, stellte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff Anfang Januar 1975 Strafantrag nach § 119 BetrVG.

Als Gottlieb wieder zum Spitzenkandidat der Gewerkschaftsliste für die Betriebsratswahl 1975 aufgestellt wurde, wollte es der Unternehmer und mit ihm der Unternehmerverband, der ihn rechtlich unterstützt, genau wissen. Am 11. März 1975 sprach er die fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden und Hausverbot aus. Am gleichen Tag stellte er beim Arbeitsgericht einen Antrag nach § 23 BetrVG, den Betriebsratsvorsitzenden aus dem Betriebsrat auszuschließen. Als „Begründung“ gab er an, Gottlieb habe den Betriebsfrieden und die Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit dadurch gestört, daß er durch das Aufgreifen der „rechtlich völlig einwandfreien Lohnminderung“ die Geschäftsführung „in den Dreck gezogen“ und „systematisch eine negative Stimmung gegen die Betriebsführung durch den Antragsgegner angeheizt“ habe. Außerdem sei Gottlieb Mitglied der DKP. Es bestehe der „dringende Verdacht parteipolitischer Propaganda für die DKP und subversiver Tätigkeit“.

Im Betrieb wurden Gerüchte ausgestreut, daß bei einer Wahl Gottliebs in den Betriebsrat, das Zweigwerk Kellen-

bach stillgelegt würde. Außerdem wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt, bei der drei Vertreter der Unternehmensleitung von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz gingen und die Arbeiter und Angestellten zu einer Unterschrift gegen den Betriebsratsvorsitzenden aufforderten. Als die Gewerkschaft Holz und Kunststoff vor dem Betrieb Flugblätter verteilte und diesen „Herr-im-Hause“-Standpunkt anprangerte, wurde auch gegen sie eine einstweilige Verfügung beantragt.

Da nach § 103 BetrVG zur fristlosen Kündigung eines Betriebsratsmitglieds die Zustimmung des Betriebsrats erforderlich ist, der Betriebsrat die Zustimmung jedoch verweigert hatte, ließ sich Herr Wilk auch hier etwas einfallen.

## Mit klarer Linie in die Krise

Schon seit fast eineinhalb Jahren wird die Bundesrepublik, wie auch die anderen kapitalistischen Länder, erneut von einer Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und inflationärer Teuerung heimgesucht. Doch schon bald soll alles vorbei sein. So verkündet es jedenfalls die Bundesregierung in einer viele Millionen DM Steuer-gelder kostenden Anzeigenkampagne: „Aber im Sommer werden wir über den Berg sein.“

Warum im Sommer und warum erst im Sommer? Auch dazu gibt die von den arbeitenden und den arbeitslosen Steuerzahlern bezahlte Anzeige eine Antwort: „Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung verfolgt eine klare Linie: Es soll den stabilitätsgerechten Aufschwung bringen... Ein Aufschwung, der mehr sein soll als ein Strohfeuer, braucht seine Zeit.“ So einfach ist das alles. Aber warum erst jetzt die „klare Linie“? Warum wurde nicht vorher eine „klare Linie“ verfolgt?

Die CDU/CSU hat allerdings wahrlich keinen Grund, über die Schwierigkeiten zu frohlocken, die die Bonner SPD/FDP-Koalition mit der Wirtschaft hat. Zur Zeit der Wirtschaftskrise 1966/67,

Auf Druck der Unternehmensleitung riefen zwei Betriebsratsmitglieder in Abwesenheit des Betriebsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters eine Betriebsratssitzung ein, zogen zwei Ersatzmitglieder hinzu und unterschrieben flugs die fristlose Kündigung.

Dererlei Praktiken mochte selbst das Arbeitsgericht nicht mitmachen. Es gab den Antrag des Betriebsratsvorsitzenden auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung statt und verpflichtete die Unternehmensleitung, Gottlieb das Betreten des Betriebes zu gestatten. Als dieser jedoch am 1. April unter Berufung auf den Beschluß des Arbeitsgerichts den Betrieb betreten wollte, zeigte Wilk, wer – Gerichte hin, Gerichte her – tatsächlich am längeren Hebel sitzt. Er ließ den Betrieb kurzerhand für einige Tage schließen und lediglich zur Betriebsratswahl am 4. April für einige Stunden öffnen.

Es ist erstaunlich, daß Gottlieb nach dieser massiven Einschüchterungskampagne bei der Betriebsratswahl immerhin noch 23 von 94 Stimmen erhielt. Er hatte damit jedoch nicht mehr die erforderliche Stimmenzahl, um in den Betriebsrat zu kommen. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff will überprüfen, ob die Betriebsratswahl überhaupt rechtlich gültig ist. Neueste Entwicklung: Am 9. April 1975, wenige Tage nach der Betriebsratswahl, hat die Unternehmensleitung Gottlieb erneut fristlos gekündigt.

B.D.

## „Milliarden-Segen“ blieb aus Reform der Steuerreform notwendig!

Keine Mühen und Kosten (zu Lasten der Steuerzahler) hat das Bundesfinanzministerium gescheut, um durch Veröffentlichungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen die Enttäuschung abzubauen, die bei Arbeitern und Angestellten die praktischen Auswirkungen der Steuerreform ausgelöst haben. Dabei ist immer wieder betont worden, daß die Steuerpflichtigen in diesem Jahr 14 Milliarden DM Steuern einsparen würden, davon die Arbeiter und Angestellten allein 11 Milliarden DM. Doch dieser Milliarden-Segen schlägt sich offensichtlich bei weitem nicht auf deren Lohn- und Gehaltskonten nieder.

In der Tat aber hat ein Teil der Lohn- und Gehaltsabhängigen ab Januar dieses Jahres weniger Steuern zu zahlen. Es ist auch richtig, daß bei den Auswirkungen der Steuerreform das erhöhte Kindergeld berücksichtigt werden muß. Aber wie in NACHRICHTEN bereits nachgewiesen wurde, hat auch die Kindergeldreform nicht für alle Arbeiter und Angestellten eine Verbesserung, sondern teilweise, vor allem für ausländische Kollegen, eine Verschlechterung gebracht.

Fest steht jedenfalls, daß für 1975 nicht mit einem geringeren, sondern mit einem um 10 Milliarden DM, das sind 13,5 Prozent, höheren Lohnsteuereinkommen im Vergleich zum Vorjahr gerechnet wird. Und wenn es in Verlautbarungen des Bundesfinanzministeriums heißt, daß sich die versprochenen 11 Milliarden DM Steuerersparnis für die Arbeiter und Angestellten nicht in Luft auflösen kann, so ist doch ebenso richtig, daß die 10 Milliarden DM Steuermehreinnahmen aus der Lohnsteuer auch nicht aus der Luft gewonnen, sondern von den Löhnen und Gehältern abgezogen werden.

An dieser Tatsache wird auch noch soviel Aufklärung über die Vorteile der Steuerreform bei den Arbeitern und Angestellten keine Begeisterung auslösen, die mehr Steuern und dazu höhere Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung, gestiegene „Sozial“-Mieten sowie höhere kommunale Gebühren und Tarife bezahlen müssen. Notwendig wäre es vielmehr, die negativen Seiten der Reform zu korrigieren und eine grundlegende Umverteilung der Steuerlasten zugunsten der Arbeiter und Angestellten einzuleiten. Das könnte z. B. durch die Verwirklichung der Forderungen erreicht werden, die der DGB am 22. Oktober 1969 an die Bundesregierung, in den Prüfsteinen zur Bundestagswahl 1972 und in den Vorschlägen zur Steuerreform vom 7. November 1972 erhoben hat.

Zu diesen gewerkschaftlichen Forderungen gehört der Vorwegabzug von 20

Prozent aller Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, einschließlich der Beiträge zu betrieblichen und öffentlichen Zusatzkassen in unbegrenzter Höhe sowie von 20 Prozent der Lebensvorsorgeaufwendungen bis zu einem festzusetzenden Höchstbetrag von der Lohnsteuerschuld, ebenso die Wiedererhöhung der schon in der Krise 1966/67 gekürzten Kilometer-Pauschale. Dabei müßten die in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Kosten für Kraftfahrzeuge und ihren Unterhalt berücksichtigt werden.

## Neues Gesetz bringt keine Lösung der Mietprobleme

Am 10. April 1975 hat der Bundestag das „Gesetz zur Förderung von Wohneigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau“ verabschiedet (Bundestagsdrucksache 7/3314). Dieses Gesetz fördert nicht den verstärkten Bau von Sozialwohnungen oder regelt gar die Umwandlung von 300 000 leerstehenden Wohnungen in sozialgebundenen Wohnraum, wie Mieterbundpräsident Nevermann jüngst gefordert hatte. Durch die Einführung von „Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau“ wird die Wohnungsmisere fortgeschrieben und der Sozialmieter obendrein noch zur Kasse gebeten.

Nach Aufhebung der allgemeinen Preisbindung für Wohnraum Mitte der 60er Jahre durch die Lücke-Gesetze, der Beseitigung noch bestehender Mietpreisbindungen für Altbauwohnungen in Hamburg und München ab 1977 stellt dieses Gesetz nun auch für den Bereich des sozialen Wohnungsbaus drastische Mieterhöhungen in Aussicht. Zum Ausgleich wird den Sozialmietern dafür der Erwerb von Wohnungseigentum bzw. eines neuartigen Wohnbesitzbriefes angeboten.

Im sozialen Wohnungsbau soll künftig der „überwiegende“ Teil der öffentli-

Alle bei der Steuerreform aufgetretenen Härten müßten beseitigt werden. Dazu gehört die Streichung der Freibeträge für Diätkost und auch, daß Witwen mit Kindern nicht mehr in der günstigeren Steuerklasse für Verheiratete sind und für über 50 Jahre alte Arbeiter und Angestellte der doppelte Freibetrag für Sonderausgaben weggefallen ist.

Ziel einer „Reform der Steuerreform“ ist es, die Steuerbelastung für Lohn- und Gehaltsabhängige in erheblichem Umfang zu senken. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß das Einkommen aus der Lohnsteuer von 1963 bis 1973 von 13,8 Milliarden DM auf 61,3 Milliarden DM gestiegen ist, während sich das Einkommen aus der Einkommensteuer in diesen zehn Jahren nur von 21,2 Milliarden DM auf 37,4 Milliarden DM erhöht hat. Zu einer wirklichen Steuerreform gehört auch der Abbau der indirekten Steuern. Der dadurch eingetretene Steuerausfall konnte voll durch eine drastische Steuerheraufsetzung für die hohen Unternehmensgewinne, Dividenden und Großvermögen kompensiert werden.

Eine solche hier nur grob skizzierte „Reform der Steuerreform“ würde wirklich eine soziale Reform sein. Doch wird sie – wie jeder soziale Fortschritt in diesem Land – den Arbeitern und Angestellten nicht geschenkt werden.

Bö.

chen Wohnungsbauförderungsmittel für den Bau von Eigentums- bzw. Wohnbesitzwohnungen verwandt werden (Art. 1 I 1a). Begründet wird dies damit, daß angeblich der „Wohnungsmarkt heute rechnerisch ausgeglichen“ sei, dabei allerdings noch ungenügend berücksichtigt werden, daß „das eigene Haus, die eigene Wohnung... die vorwiegend angestrebte Wohnform gerade auch (der) sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen“ sei.

Zunächst werden damit nachträglich die jahrzehntelangen Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau bemängelt. Bis-

her waren bereits die Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau denkbar sparsam — von 1965 bis 1969 wurden sie um mehr als die Hälfte auf 636 Millionen DM gesenkt —, der Bau von Sozialwohnungen ungenügend, beispielsweise 1971 nur 195 000 Wohnungen, dafür aber die Mieten um so stattlicher, 5 DM/qm und mehr sind keine Seltenheit.

Künftig sollen die fehlenden Finanzmittel nun von den Mietern selbst aufgebracht werden, indem „Sparwille und Bereitschaft zur Selbsthilfe“ angeregt werden (§ 1 a), vor allem zum Kauf von Eigentums- und Wohnbesitzwohnungen. Die letztere Wohnform wurde eigens für den sozialen Wohnungsbau neu geschaffen und ist ein Zwitwerg zwischen Wohnungseigentum und Mietverhältnis. Sie soll „für diejenigen die Schwelle im sozialen Wohnungsbau herabsetzen, für die der Zugang zum echten Eigentum schwer oder nicht erreichbar ist“ (Ausschußbericht).

Dafür erhält der „Wohnbesitzberechtigte“ einen „Wohnbesitzbrief“, womit ihm ein Dauerwohnrecht eingeräumt wird (§ 12 a). Allerdings kann auch dieses Wohnrecht, wie ein Mietverhältnis, fristlos gekündigt werden, § 62e (z. B. nach § 554 a BGB bei „nachhaltiger Störung des Hausfriedens“). Denn Eigentümer bleiben private Kapitalgesellschaften als „Bauträger“, mit denen ein Beteiligungsvertrag abgeschlossen und durch den Wohnbesitzbrief unkundlich bestätigt wird. Als Kaufpreis darf bei Erstbezug ein Betrag gefordert werden, der anteilmäßig nach den Gesamtkosten des Bauvorhabens zu berechnen ist, § 62 c Abs. 1. Durch die Möglichkeit des Nachsparens läuft das laut Wohnungsbauminister Ravens bei einer 70-qm-Wohnung auf monatlich 100 DM mehr Miete hinaus.

Wird der Wohnbesitzbrief jedoch erst zwei Jahre nach Bezugsfertigkeit eingeräumt, so kann bereits der Verkehrswert zugrunde gelegt werden. Damit sind der Preistreiber im sozialen Wohnungsbau Tür und Tor geöffnet. Der Erwerber eines Wohnbesitzbriefes (Erwerbsberechtigte sind nur Inhaber eines § 5-Scheines) wird als Gesellschafter an einem Immobilienfonds beteiligt, was ihm Steuer- und Prämienvergünstigungen, wie bei Erwerb von Wohnungseigentum, einbringt. Schließlich kann der Wohnbesitzbrief an andere § 5-Schein-Berechtigte weiterverkauft werden, wobei nun ebenfalls als Preisgrundlage der Verkehrswert gilt und damit ein Hochschaukeln der Mieten im sozialen Wohnungsbau gefördert wird.

Dieses Gesetz durchlöchert somit den letzten Wohnungsektor, in dem noch eine gewisse Mietpreisbindung gilt, und stellt drastische Mittelkürzungen für den Bau von Mietwohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus in Aussicht.

U. M.

## Gewerkschafter in Frankreich fordern Preis- und Gewinnkontrolle

Wie bei uns in der BRD, so wird die Wirtschaftskrise, die noch immer alle großen kapitalistischen Länder beherrscht, auch in Frankreich von Regierung und Unternehmern zum Vorwand genommen, um eine ideologische und antisoziale Großoffensive zu starten. Die französische Arbeiterklasse verstärkt zur Zeit ihre Anstrengungen, um die Angriffe auf ihren Lebensstandard abzuwehren und dem Kapital eine entsprechende Antwort zu erteilen.

Zwei wesentliche Merkmale kennzeichnen die gegenwärtige Situation in Frankreich, bestimmen das Verhalten der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräfte und bedingen folglich auch die gewerkschaftliche Aktion: 1. die Verschärfung der Krise, die die Wirtschaft und das Leben des Landes belastet, 2. der wachsende Wille zur Veränderung und die Perspektive, die die Linksunion auf der Basis des gemeinsamen Regierungsprogramms bietet.

Nach Auffassung der französischen Gewerkschaften bemühen sich Unternehmer und Regierung, aus der Wirtschaftslage, die sie verschuldet haben, auch noch Nutzen zu ziehen. Sie drücken die Kaufkraft der Lohnabhängigen. Sie stellen Betriebsschließungen und Kündigungen als etwas durchaus Natürliches hin. Sie verschlechtern die Arbeitsbedingungen, erhöhen die Lohnsteuerbelastung, entwerten die Sozial- und Familienbeihilfen und verstärken die Ausbeutung der französischen und ausländischen Arbeiter.

Es gilt daher für CGT und CFDT zu beweisen, daß die gegenwärtige Krise weder allgemein oder eine schicksalhafte Fügung ist, noch daß sie „weltweite“ Dimensionen hat. In den sozialistischen Ländern leben und arbeiten bekanntlich Millionen Menschen ohne Angst vor Arbeitslosigkeit und Preiserhöhungen. So führt die CGT seit einigen Monaten eine intensive Aufklärungskampagne mit Veranstaltungen und Versammlungen zu diesen Problemen durch. Ergebnisse dieser Kampagne sind bereits spürbar. Die Erfolge von Betriebsbelegschaften, die ihre Interessen in den zugespitzten sozialen Auseinandersetzungen bewußt und einheitlich vertreten, nehmen ständig zu.

Bei den Renault- und den Dassault-Werken konnten die sozialen und die Lohnforderungen von CGT und CFDT nach Streik und Betriebsbesetzung durchgesetzt werden. General-Motors bei Paris, das Warmwasserspeicherwerk Saunier-Duval bei Nantes, die Firma Radia-Elektronik in Briare, das Eisen- und Stahlwerk Usinor in Thionville

oder Peugeot in Beaulieu sind wenige Beispiele allein aus der Metallindustrie für die tägliche Verbreiterung der sozialen Kämpfe.

Nach Meinung der Gewerkschaften bestehen die Maßnahmen der Regierung zur „Wiederankurbelung der Industrie“ hauptsächlich darin, die Mittel des Landes sowie Finanzkraft und Wirtschaftsmechanismen des Staates den großen Industrie- und Finanzgruppen zur Verfügung zu stellen, die bei dieser Gelegenheit die kapitalistische Konzentration und die Auflösung kleinerer, mittlerer und manchmal sogar großer Unternehmen vorantreiben. Die französischen Werktätigen versuchen demgegenüber andere Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation und der Arbeitslosigkeit zu erzwingen und mit der großen Mehrheit der Lohnabhängigen entsprechende Aktionen zu starten. Die Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, nach ungehinderter gewerkschaftlicher Tätigkeit in den Betrieben werden mit Nachdruck gestellt.

Die Vorschläge des Bundesvorstandes der CGT sollen den Arbeitern und Angestellten einen höheren Anteil am Ergebnis ihrer Arbeit bringen, gleichzeitig den Binnenmarkt ankurbeln und so zur Senkung der Arbeitslosigkeit beitragen. Zusammengefaßt wird gefordert:

- Herabsetzung der Mehrwertsteuer,
- Preisstopp für Massenkonsumgüter, Mieten und öffentliche Tarife,
- Einführung einer Lohngleitskala,
- Einführung einer Kapitalsteuer,
- Herabsetzung und Kontrolle der Gewinnmargen von Großunternehmen.

Diese Sofortlösungen werden von den Lohnabhängigen in ihren täglichen Aktionen immer stärker vertreten. Dabei reißen sich die Aktionen ein in den allgemeinen Kampf für grundlegende Veränderungen, die im „Gemeinsamen Programm der Linkskräfte Frankreichs“ vorgesehen sind.

a. p.

## 30 Jahre FDGB – Bilanz einer erfolgreichen Arbeit

Von Werner Heilemann,  
Sekretär des FDGB-Bundesvorstands

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR besteht am 15. Juni 1975 30 Jahre. Er ist mit rund 7,8 Millionen Mitgliedern, das sind über 96 Prozent aller Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz, die größte Organisation der DDR. Es gibt keinen Bereich im politischen, wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Leben, auf dem der FDGB nicht aktiven Einfluß ausübt. Er hat dazu alle Rechte; sie sind in der DDR-Verfassung garantiert. Gründung, Entwicklung und Wirken des FDGB stehen in engem Zusammenhang mit dem 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, der sich in diesem Jahr ebenfalls zum 30. Male jährt.

In der DDR ist die alte Arbeiterforderung: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“ verwirklicht. Die Produktionsmittel, die großen Betriebe und alle Reichtümer der Gesellschaft sind Volkseigentum. So sind die Arbeiter Eigentümer und Produzenten zugleich, die zum eigenen wie zum Nutzen der Gesellschaft arbeiten und produzieren. Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftliche Abhängigkeit gehören der Vergangenheit an. Gegenseitige Achtung, Hilfe und Wahrung der Würde des Menschen sind das Grundprinzip des Zusammenlebens der Menschen in der DDR. Es gibt keine Krisen, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit, weil die Ursache dieser Geißeln der Menschheit, das kapitalistische Wirtschaftssystem, beseitigt wurde.

In der heutigen DDR zogen die Arbeiter und Angestellten die Lehren aus Faschismus und Krieg und gründeten die Einheitsgewerkschaft. In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß die Bildung der Einheitsgewerkschaft die Vereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — SED — begünstigte. Vom ersten Tage seines Bestehens hat der FDGB in dem revolutionären Umgestaltungsprozeß eine aktive Rolle gespielt. In den Betrieben sicherte er sich die Mitbestimmung bei der Leitung der Produktion und bei der Verteilung sowie bei der Personalpolitik. So wurde der FDGB zu einer wichtigen Stütze der neuen demokratischen Ordnung. Er half mit, den geistigen Schutt aus den Köpfen der Menschen zu räumen. Tausende von Arbeitern und Gewerkschaftern warb er als Nachfolger der Lehrtätigkeit aufnahmen. Groß war auch sein Einfluß auf Inhalt und Gestaltung neuer Lehrbücher. Damit war der Grundstein für das gegenwärtige Bildungssystem in der DDR gelegt.

Die zunehmende Führungsrolle der Ar-

beiterklasse in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verlangte neue Wege, Mittel und Methoden bei der Interessenvertretung der arbeitenden Menschen. Sichtbarster Ausdruck war die Überführung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher in Volkseigentum auf der Grundlage des 1946 in Sachsen durchgeführten Volksentscheides. Mit dieser Maßnahme hatte die Arbeiterklasse nicht nur entscheidende ökonomische und politische Machtpositionen erobert, sondern sie stand auch vor der Aufgabe, diese Betriebe zu lenken und zu leiten.

Mehr noch: Dieser volkseigene Sektor der Wirtschaft war die entscheidende Grundlage für eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiterklasse und für eine zielstrebige Verbesserung der Lebenslage des Volkes. Er mußte gefestigt und ausgebaut werden. Damit erhielt die gewerkschaftliche Interessenvertretung einen neuen Inhalt. Nun kam es darauf an, den Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben zu führen. Dazu mußte die Masseninitiative der Arbeiter und Angestellten, ihr Wettstreit um gute Produktionsergebnisse entwickelt werden. So entstand die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die Grundlage wurde für die Weiterführung des Kampfes um den Aufbau des Sozialismus.

Durch diesen Kampf der Gewerkschaften an der Seite der vereinigten Arbeiterpartei entwickelte sich ein neues Verhältnis zum Staat. In rund einem Jahrhundert der Geschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stand der Staat, ganz gleich in welcher Form er auch existierte, der Arbeiterklasse und ihren Organisationen feindlich gegenüber. Jedes demokratische und gewerkschaftliche Recht, jede soziale Verbesserung mußten in harten und aufopferungsvollen Kämpfen gegen das Machtinstrument der herrschenden Klasse durchgesetzt werden.

Einen völlig anderen Charakter wiesen die in der sowjetischen Besatzungszone entstehenden Staatsorgane auf, an deren Schaffung der FDGB tatkräftig mitgewirkt hat. Arbeiter und Gewerkschafter nahmen in diesen Organen leitende und bestimmende Positionen ein und trugen dazu bei, jene Voraussetzungen zu schaffen sowie jene Rechte machtpolitisch zu sichern, die es ihnen ermöglichten, bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu nehmen.

Jede Opposition zu diesen Organen und ihrer Politik oder gar ein Kampf gegen sie, wäre gleichzustellen mit einer Selbstenthauptung der Arbeiterklasse, vielmehr erforderte der Kampf um die Festigung und den weiteren Ausbau der Machtpositionen der Arbeiterklasse, der Weg zur Eroberung der politischen und ökonomischen Macht sowie zum Aufbau des Sozialismus gerade die Stärkung und Festigung dieser Machtorgane durch die Gewerkschaften.

Heute wirken die Gewerkschaften in allen Staats- und Wirtschaftsorganen mit und sind in allen parlamentarischen Körperschaften vertreten. In der Volkskammer, dem höchsten Organ des Staates, haben sie eine eigene Fraktion und das Recht der Gesetzesinitiative. Umfassende Rechte ermöglichen den Gewerkschaften in den Betrieben die allseitige Mitbestimmung bei der Planung und Leitung der Produktion sowie bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Alle Rechte sind in der Verfassung garantiert. Das ist erstmalig in der Geschichte eines deutschen Staates.

Auf alten Gebieten hat der FDGB in den 30 Jahren seines Wirkens beachtliche Erfolge erreicht. Rund zwei Millionen ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben ermöglichen eine umfassende Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten. Mit der vom FDGB geleiteten Sozialversicherung ist der Mensch von Geburt an bis ins hohe Alter gesundheitlich, fürsorglich und materiell gesichert.

Vielseitige Möglichkeiten schufen die Gewerkschaften auch für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, für sportliche Betätigung und die Erholung der Arbeiter und Angestellten. Es gibt keinen Arbeits- und Lebensbereich, auf den die Gewerkschaften keinen Einfluß genommen haben und nehmen. Die Jahre nach dem VIII. Parteitag der SED im Sommer 1971 zählen zu den bisher erfolgreichsten in der Entwicklung der DDR und damit auch zu den erfolgreichsten in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Die Lösung der dort beschlossenen Hauptaufgabe, das kulturelle und materielle Lebensniveau des Volkes zu entwickeln, wird auch



weiterhin Ziel der Gewerkschaftsarbeit sein.

Wie sein Gründungsdokument zeigt, hat der FDGB von Anfang an Klassenpositionen bezogen und allen Versuchen, die Gewerkschaften auf die für die Arbeiterklasse so verhängnisvollen Positionen der Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit zu ziehen, eine entschiedene Abfuhr erteilt. Alle seine Bestrebungen waren darauf gerichtet, nicht nur die Versuche des Kapitals, Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu gewinnen, zu vereiteln, sondern seine noch vorhandenen Machtpositionen immer mehr einzuzengen. Dabei ließ er sich in seiner Politik vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten und von der Erkenntnis, daß nur die Arbeiterklasse berufen und imstande ist, das kapitalistische Herrschaftssystem zu beseitigen und den Sozialismus zu errichten.

Einer der wesentlichen Gründe für die erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten durch den FDGB war und ist das enge freundschaftliche Verhältnis und die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der SED. Es gab und gibt nicht wenige Versuche, daraus eine Hörigkeit und Abhängigkeit des FDGB zu konstruieren, dieses Verhältnis zu trüben und einen Keil in die Arbeiterklasse zu treiben. Nie aber hat die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse zur Einschränkung oder gar Aufgabe der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften geführt. Im Gegenteil. Die Anforderungen an das eigenständige Denken und Handeln werden ständig größer.

Als Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes ist der FDGB in seiner Politik immer davon ausgegangen, daß sein Kampf um ein demokratisches und sozialistisches Deutschland ein Beitrag zum weltweiten Kampf der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus ist. Ständig standen die DDR-Gewerkschaften an der Seite jener Kräfte, deren Anliegen es ist, den arbeitenden Menschen auf dieser Welt ein dauerhaft sicheres, glückliches und friedliches Leben zu schaffen. In enger Zusammenarbeit mit den sowjetischen Gewerkschaften und den Gewerkschaftsorganisationen der anderen sozialistischen Länder setzt der FDGB seine Kraft dafür ein, daß die sozialistische Staatengemeinschaft wächst und erstarkt.

Enge Beziehungen hat der FDGB auch zu den jungen Nationalstaaten und den noch unter Kolonialjoch stehenden Völkern. Sie unterstützt er aktiv in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit. Seit seiner Gründung ist der FDGB für die Herstellung normaler und gleichberechtigter Beziehungen zu den Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern eingetreten.

## 18. Arbeiterkonferenz: Treffpunkt von Gewerkschaftern im Ostseeraum

**„Die Vorbereitung und Durchführung der 18. Arbeiterkonferenz steht im Zeichen des historischen Sieges über den Hitlerfaschismus. Dadurch wurde in diesem Jahrhundert die längste Friedensperiode in Europa eingeleitet.“ So heißt es in dem Beschluß des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands über die Vorbereitung und Durchführung der 18. Arbeiterkonferenz.**

Am 8. Mai jährt sich zum 30. Male der Tag, an dem die Reste des Hitlerreiches unter den Schlägen der Armeen der Anti-Hitler-Koalition zusammenbrachen. Dieser Jahrestag und die Lehren aus diesem Ereignis werden auch auf der Arbeiterkonferenz, die im Rahmen der Ostseewoche in Rostock/DDR vom 5. bis 11. Juli stattfindet, eine gewichtige Rolle spielen.

Das Internationale Sekretariat der Arbeiterkonferenz, dem Vertreter der Landeskomitees aus der BRD, Dänemark, der DDR, Finnland, Island, Polen, Norwegen, Schweden und der Sowjetunion angehören, hat auf seiner Sitzung Ende April in Gdansk den Stand der Vorbereitung auf der Basis des oben genannten Beschlusses geprüft.

Ebenfalls mit dem Stand der Vorbereitung beschäftigte sich das BRD-Landeskomitee der Arbeiterkonferenz auf seiner Sitzung am 3. Mai in Hamburg. Wie der Vorsitzende des Komitees, Gerd Siebert (Mitglied des NACHRICHTEN-Redaktionskollegiums), feststellen konnte, hat bereits jetzt der größte Teil der rund 70 Personen umfassenden Teilnehmergruppe aus der Bundesrepublik die Beteiligung zugesagt. Dabei handelte es sich vorwiegend um Personen mit Wahlfunktionen in Gewerkschaften und Betrieben.

In der Tat ist die Rostocker Arbeiterkonferenz, die nunmehr zum 18. Male durchgeführt wird, für diesen Personenkreis von besonderem Interesse. Außer von den Gewerkschaften der sozialistischen Anliegerländer findet die Arbeiterkonferenz als Forum gewerkschaftlichen Gedankenaustausches seitens der skandinavischen Gewerkschaften Unterstützung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich noch nicht zu einer offiziellen Beteiligung entschließen können, weshalb Mitglieder von DGB-Gewerkschaften nur in ihrem eigenen Namen bzw. auch im Namen der Kollegen teilnehmen, von denen sie dafür evtl. einen Auftrag erhalten.

Das Motto der Arbeiterkonferenz selbst lautet: „Entspannung — Abrüstung — sozialer Fortschritt durch Aktionseinheit der Gewerkschaften“.

Interessenten, die mehr über die 18. Arbeiterkonferenz sowie über Inhalt

und Ablauf der 17. Konferenz 1974 erfahren möchten, wenden sich am besten an das

BRD-Landeskomitee der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands  
c/o Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

## Friede in Vietnam

Wenige Tage nach dem Einmarsch der Roten Khmer in die kambodschanische Hauptstadt Pnom Penh wurde Saigon von den Soldaten der revolutionären Befreiungsarmee eingenommen und das Marionettenregime Thieu gestürzt. An seine Stelle trat die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam.

Damit nahm ein dreißigjähriger blutiger Krieg sein Ende, in dem das vietnamesische Volk seine nationale und gesellschaftliche Freiheit gegen die Armeen Japans, Frankreichs und zuletzt der USA erkämpfte. Ein Volkshero, nur unzulänglich mit modernen Waffen ausgerüstet, besiegte nicht nur die mit amerikanischen Dollars ausgehaltenen Soldatenarmeen der Machthaber in Südvietnam, sondern trieb die über riesige Machtmittel verfügende Supermacht USA aus dem Land.

Für diesen Sieg hat das vietnamesische Volk unsägliches Opfer gebracht. Ganz besonders in den letzten 20 Jahren nach dem brutalen Eingreifen Amerikas. Die US-Armee, die zeitweilig mit mehr als 600 000 Soldaten im Vietnamkrieg kämpfte, hat eineinhalb Millionen Vietnamesen, Männer, Frauen und Kinder, auf dem Gewissen und mit dem Abwurf von 7 Millionen Tonnen Spreng- und Napalmbomben furchtbare Verwüstungen in Nord- und Südvietnam angerichtet.

Macht- und Profitsicherung des Imperialismus waren letztlich die Beweggründe der US-Regierung für den Völkermord in Indochina. Das amerikani-

## Wahlen in Portugal – Wichtiger Schritt zur Demokratie

**Die antimonopolistische Koalition in Portugal hat durch die Wahl – die erste nach 50 Jahren faschistischer Diktatur – eine großartige Bestätigung erhalten. Gleichzeitig kommt in dem Wahlergebnis die vorbehaltlose Unterstützung der politischen Plattform der Bewegung der Streitkräfte (MFA) durch die überwältigende Mehrheit der portugiesischen Bevölkerung und ihrer Zustimmung für den Weg Portugals zum Sozialismus zum Ausdruck.**

Die demokratischen Parteien – Sozialistische Partei (PSP), Demokratische Volkspartei (PPD) und die Kommunistische Partei (PCP) konnten über 76 Prozent der Stimmen bei hoher Wahlbeteiligung auf sich vereinigen. Das „Demokratische Zentrum“, eine ausgesprochene Rechtspartei, in der sich nach Auffassung der Bevölkerung die Restbestände der ehemaligen Caetano-Diktatur zusammengefunden haben, ist weit abgeschlagen. Die am 25. April gewählten Vertreter werden nun die „Verfassungsgebende Versammlung“ bilden und ein Grundgesetz verabschieden. Danach werden später Parlamentswahlen in Portugal stattfinden.

Schon ein Jahr nach dem Sturz der faschistischen Diktatur sind durch Maßnahmen des Revolutionsrates der MFA über 70 Prozent der privatwirtschaftlichen Banken und Industriekonzerne in die Hand des Staates überführt. Die MFA hat nicht nur vom Aufbau einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geredet, sondern mit Hilfe des Volkes und besonders der Einheitsgewerkschaft „Inter sindical“ erste Schritte in dieser Richtung gemacht. Die Voraussetzungen für diesen rasanten Fortgang der im April 1974 eingeleiteten Revolution war das Zusammengehen der revolutionären Streitkräfte mit dem werktätigen Volk. Ohne diese enge Verbundenheit hätte die Veränderung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nicht stattfinden können. Allein diese Zusammenarbeit ga-

sche Volk hat dafür bezahlen müssen mit 56 000 Toten und 300 000 Kriegsbeschädigten. Der verbrecherische Krieg kostete dem amerikanischen Steuerzahler 141 Milliarden Dollar direkter Kriegskosten.

In Saigon und in anderen großen Städten Südvietnams wurde die Revolutionäre Befreiungsarmee mit Herzlichkeit begrüßt. Während bundesdeutsche Zeitungen die Befreiung Südvietnams mit den Worten, nun sei in Südvietnam alles zu Ende, kommentierten, zeigt sich das Gegenteil: In Südvietnam fängt alles an! Der friedliche Aufbau eines zerstörten Landes.

rantiert auch die Absicherung des Erreichten und die Weiterführung der sozialistischen Ziele in die Zukunft.

Es war vorauszusehen, daß der Erfolg der portugiesischen Revolution die reaktionären Kräfte im eigenen Lande wie auch in Europa und den USA auf den Plan rufen würde. Die Versuche, die demokratischen Parteien, die sich unmißverständlich für die sozialistische Revolution ausgesprochen haben, mit antikommunistischen Parolen auseinanderzudividieren und die Volksfront zu untergraben, sind offensichtlich.

Das portugiesische Volk verdient Hilfe und Unterstützung der Gewerkschaften und aller fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik auf ihrem Weg zur Demokratie und Sozialismus.

## Harry Tisch wurde FDGB-Vorsitzender

Als Nachfolger des am 26. März 1975 verstorbenen Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der DDR, Herbert Warnke, wurde der 48jährige Harry Tisch gewählt. Dem gelernten Bauschlosser, der in den letzten Jahren Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock war, ist Gewerkschaftsarbeit nichts Neues. Bereits 1945 wurde er Mitglied des FDGB. Im gleichen Jahr trat er der KPD bei. Bis 1948 war Harry Tisch ehrenamtlich als Betriebsratsvorsitzender und Ortsvertrauensmann der IG Metall in seinem Heimatkreis Ueckermünde tätig.

1948 wurde er zum Jugendsekretär und stellvertretend Kreisvorsitzenden des FDGB in Ueckermünde gewählt. Später wurde er Kreisvorsitzender. Von 1950 bis 1952 übte er die Funktion des Landesvorsitzenden der IG Metall in Mecklenburg aus und von 1952 bis 1953 die des stellvertretenden FDGB-Vorsitzenden im Bezirk Rostock. Durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des Komitees der Ostseewoche ist Harry Tisch auch manchen Gewerkschaftern der Bundesrepublik schon lange kein Unbekannter mehr.

## Bucheingänge

### Pokerspiel

Ernst Günter Vetter: Pokerspiel um den Lohn. Tarifautonomie – wie lange noch? Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1974, 128 Seiten, 14,80 DM.

Vetter, Redaktionsmitglied der „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ) und dort spezialisiert auf Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, faßt seine Erfahrungen und Ansichten zur Tarifpolitik in der BRD in diesem Buch zusammen. Sein Standpunkt: Wenn die Tarifautonomie „stabilisiert“ werden soll, dann müsse gelten: „Verbesserung des Instrumentariums, Sonderregelungen für den öffentlichen Dienst, mehr Vertrauen – weniger Diffamierung, Abschied vom Klassenkampf!“

### Betriebsverfassungsgesetz

Dieter Siege/F. K. Weinspach: Betriebsverfassungsgesetz. Handbuch für die betriebliche Praxis. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1975, 640 Seiten, 49,80 DM.

Drei Jahre nach Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 legen die Verfasser eine überarbeitete und ergänzte Fassung ihres Kommentars vor. Ein „praktischer Ratgeber“ für Unternehmer, Manager und alle, die wissen wollen, wie man das Gesetz zum Nutzen des Kapitals anwenden kann.

### Jugendbildungsarbeit

Gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit. Zur Entwicklung ihrer Inhalte und Methoden. Informationsbericht Nr. 16 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), verfaßt von G. Heinrich u. a., Frankfurt/M. 1975, 104 Seiten, 8 DM.

Die Verfasser beschäftigen sich mit der Entwicklung von Gewerkschaftsjugend und gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit seit 1945 und analysieren verschiedene in die Arbeit der Gewerkschaften eingegangene Bildungskonzeptionen. Der Bericht wird durch einen Dokumentenanhang ergänzt.

### Gewerkschaften und UNO

Die Gewerkschaften und die Vereinten Nationen. Herausgegeben vom Weltgewerkschaftsbund. Tribüne-Verlag, Berlin (DDR) 1973, 78 Seiten.

Diese Broschüre gibt einen Überblick über die Entwicklung der Beziehungen des Weltgewerkschaftsbundes zur UNO und ihrer Unterorganisationen und informiert über weltweite Aktivitäten des WGB.



## Terminkalender

- **25. bis 31. Mai 1975**  
10. ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Hamburg
- **31. Mai bis 1. Juni**  
Bundeshandwerktagung der IG Bau-Steine-Erden in Mainz
- **6. bis 8. Juni**  
Bundestagung junger Gewerkschafter der IG Bau-Steine-Erden in Koblenz
- **7. und 8. Juni**  
Arbeiterseminar '75 der Zeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frankfurt/Main
- **10. bis 13. Juni**  
Woche der Wissenschaft im Rahmen der Ruhrfestspiele in Recklinghausen
- **8. bis 10. Juli**  
18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock
- **12. September**  
9. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg
- **6. bis 11. Oktober**  
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg
- **12. bis 17. Oktober**  
Aktionswoche des DGB zum „Internationalen Jahr der Frau 1975“
- **13. bis 17. Oktober**  
11. Bundeskongreß der Deutschen Angestelltengewerkschaft in Wiesbaden
- **Oktober**  
Bundeshandwerktagung des DGB in Saarbrücken
- **13. bis 14. November**  
Bundespersonalrätekongferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Saarbrücken
- **28. bis 29. November**  
3. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Hamm
- **November**  
Bundes-Arbeiterkonferenz des DGB in Düsseldorf

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

## Zu guter Letzt

Weil der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wehner, F. J. Strauß einen „geistigen Terroristen“ genannt hatte, entschuldigte sich der SPD-Bürgermeister von Altenholz bei Kiel, Meschkat, schriftlich bei dem CSU-Vorsitzenden für Wehners Äußerung. Strauß bedankte sich schriftlich und am 11. April noch per Handschlag bei Meschkat: „Die SPD braucht mehr solcher Männer wie Sie und Leber.“

Die hat sie sogar. Doch jetzt forderte der SPD-Kreisvorstand von Rendsburg/Eckernförde Meschkat auf, die Partei zu verlassen. Und was wird mit Leber?

Auf „der Welt größter Industriemesse“ in Hannover mußten die Besucher in den Messe-Restaurants auch „größte“ Preise zahlen: eine Tasse Kaffee 2,80 DM, ein Glas Bier (0,2 l) 3,50 DM, einfache Erbsensuppe 6,50 DM, belegtes Brötchen 3,50 DM. Sogar für die preisgebundenen Zigaretten mußte man statt 2,20 DM 2,60 DM berappen, und das „stille Örtchen“ kostete 60 Pfennig.

Ein Vorgeschmack auf kommende Zeiten? Ja – wenn's nach den Unternehmern geht; nein – wenn die Gewerkschaften dazwischenfahren.

Kürzlich behauptete Bundestagspräsidentin Renger allen Ernstes, so schlimm sei das mit der Unterbezahlung der Frauen gar nicht. Sie jedenfalls habe Schwierigkeiten mit dem Auffinden unterbezahlter Frauen.

Die gibt es eben nicht im Bundestag und auch nicht dort, wo Frau Renger verkehrt. Deshalb rieten ihr auf der bayerischen Bezirkskonferenz der IG Metall mehrere Betriebsrätinnen, sie möge mal zu den Metallarbeiterinnen nach Bayern kommen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger (CDU) weiß angeblich ganz genau, worauf die Massenentlassungen beim VW-Konzern und vor allem bei Audi-NSU in Neckarsulm und Heilbronn zurückzuführen sind, auf den angeblich zu hohen Haustarif bei VW. Filbinger sollte eigentlich wissen, daß bei VW die Tariflöhne gleich Effektivlöhne sind und zudem die VW-Tochter Audi-NSU am unteren Ende der Lohn- und Gehaltskala der Automobilindustrie liegt. Nun sollen die Arbeiter und Angestellten, ginge es nach Filbinger, auf einen Teil ihrer Löhne und Gehälter verzichten. Nun geht es aber nicht nach ihm.

Übrigens, wie wäre es, wenn Herr Filbinger auf einen Teil seines Riesengehalts von 12 000 DM monatlich verzichten würde?

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel  
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72, Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58 029-0 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 25,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 12,50 DM.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Barbara Degen, Frankfurt/M.; Sabine Eiermann, Gießen; Claus Friedrich, DDR; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Mayer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Herbert Prudlo, Ilsede; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.

**N**  
VG

**NACHRICHTEN-Verlags-**  
**Gesellschaft mbH.**

**Frankfurt am Main**